

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis halbjährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-  
 abonnement 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltene Zeile  
 sechs oder deren Raum 20 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Inserate  
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (ein-  
 gedruckt) Wort 20 Pf., jedes weitere  
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schaf-  
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über  
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
 Inserate für die nächste Nummer müssen  
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 25. August 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Riesenkampf in Schweden.

Nach den übereinstimmenden Berichten, die uns zugegangen sind, ist der gestrige Montag ohne jegliche Änderung der Situation vorübergegangen. Die Reihen der Ausständigen sind ungebrochen, die Entschlossenheit hat keinen Abbruch erlitten. Die vierte Ausstandswoche hat begonnen, ohne daß die Unternehmerzentrale ihre Hoffnungen auf eine Zerfällung der Arbeiter erfüllt sieht. Alle ihre Bluffs sind fehlergeschlagen, sie wirken nicht einmal auf die Unorganisierten, wie viel weniger denn auf die in langjährigen Kämpfen geschulten Kerntruppen der schwedischen Gewerkschaften.

Die Haltung der bürgerlichen Presse ist recht interessant. Gestern abend wußten die Berliner Abendblätter nur von den Maßnahmen der Regierung zum Schutze etwaiger Arbeitwilliger zu berichten, von denen sie durch das Wolffsche Bureau informiert wurden. Die sonst so fleißigen Korrespondenten schienen sich dem Streik plötzlich angegeschlossen zu haben, nachdem ihre Prophezeiungen vom Freitag und Sonnabend so gründlich fehlergeschlagen waren. Auch Scherl schwieg. Dafür läßt er sich heute morgen dahin vernehmen, daß der Streik dem Ausgange nahe sei und daß die Selben die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Weides stimmt zwar nicht mit den Tatsachen überein, aber die „unparteiische“ Scherldresse hat bisher die Unternehmerbluffs unbeachtet gelassen; sie muß daher im alten Gleis weiter schwindeln.

Unieren gestrigen Meldungen können wir heute hinzufügen, daß auch die Filialen des „Schwedischen Arbeiterverbandes“ in Hudiksvall, Stairneholm und Södertelje gegen den Beschluß ihres Zentralvorstandes protestieren und die Wiederaufnahme der Arbeit verweigern.

Die Forderung weiter Gesellschaftskreise nach einem vermittelnden Eingreifen der Regierung wird immer dringender erhoben. Wie nachstehende Privatdepesche des „Bortwärts“ meldet, erheben jetzt die schwedischen Frauen die gleiche Forderung. Die Meldung lautet:

Stockholm, 24. August. „Svaret“ konstatiert heute, daß den and den meisten Streikreifen bereits eingegangenen Meldungen zufolge die Reihen der kämpfenden Arbeiter auch am gestrigen Montag ungebrochen blieben.

Eine Deputation von Frauen des öffentlichen Lebens, darunter die bekannte Dichterin Selma Lagerlöf, und die Führerinnen der Bewegung für das Frauenstimmrecht begaben sich heute zum König und zur Regierung, um deren vermittelndes Eingreifen im Interesse des Heims, der Gesellschaft und des sozialen Friedens zu fordern. Weder der König noch der Zivilminister (Minister des Innern) waren indes zugegen; ein Registrar nahm die Petition entgegen. Das Wiedererbet gegen unseren norwegischen Genossen Quaterbold wirkt als neue Volkszeitung sehr aufrichtig.

Die 117 Streikbrecher aus Lübeck sind hier angekommen und wurden sofort auf ein Logementsschiff gebracht. Einer davon war während der Überreise über Bord gesprungen. Die Leute sind als Streikbrecher im Hafen bestimmt.

Die Stimmung unter den Ausständigen ist unverändert fest. Das Bedürfnis nach Unterstützung wächst natürlich mit der Dauer des Ausstandes. Aber auch in diesem Punkte werden sich die Unternehmerführer verhalten haben, solange die Brüder im Auslande den kämpfenden ihre tatkräftige Unterstützung gewähren.

Das Schicksal der Frauendeputation, die sowohl beim König als auch bei dem Minister des Innern vor verschlossenen Türen stand, ist bezeichnend. Daß der König nicht zu Hause war und dem Registrar den Empfang der Deputation, zu der die berühmte Dichterin der schwedischen Nation gehörte, überließ, besagt nicht allzu viel. Ein König ist manchmal vielbeschäftigt, und außerdem kann er nicht dafür, daß er ein König ist. Die Macht des Königs von Schweden reicht in diesen sozialen Kämpfen auch nicht weiter, als die des ersten Schreibers, des Herrn v. Södow. Dagegen wird ein Sozialdemokrat am allerwenigsten etwas einzuwenden haben. Der König hätte der Deputation auch nur mit einer Variation des Wortes eines großen norwegischen Dichters antworten können: Die schwedische Bourgeoisie betrachtet mich nur als den Schlüssel zu ihrer Schatzkammer; den Schlüssel haben zurzeit die Herren v. Södow und Lindman. Wenden sie sich freundlichst an diese Herren!

Ganz anders steht es aber mit dem Herrn Zivilminister. Er ist verfassungsgemäß wenigstens dazu da, um die Geschäfte der Nation wahrzunehmen; uns scheint, die schwedische Nation fängt an, auf dem Vulkan zu tanzen. Kein moderner Staat kann es aushalten, wenn sein Erwerbsleben auf lange Wochen oder gar Monate völlig eingestellt wird. Die schwedische Regierung tröstet sich zwar in ihrer tiefgründigen nationalökonomischen Weisheit, die sie in dem nach Deutschland verbanden offiziellen Gespräch über den schwedischen Generalstreik verzapft, damit, daß der „Produktionsausfall durch die gleichzeitige Einschränkung des Konsums einigermaßen neutralisiert worden ist“, weshalb angeblich die schwedische Volkswirtschaft durch die Betriebseinstellungen keinen großen Schaden erleide.

So sieht es nun freilich nicht. Ein Minister aber, auch ein solcher von Gnaden der ersten schwedischen Kammer, hat schließlich die Pflicht, die Auffassung auch anderer Bürger

als einzig der bornierten Führer der schwedischen Unternehmer anzuhören. Wenn er das nicht tut, hat er offen vor der ganzen Welt kundgegeben, daß in Schweden zwar eine Regierung vorhanden ist, die aber nur die Geschäftsträgerin des organisierten Unternehmertums ist. Jenes Unternehmertums nämlich, das soeben 80 000 Arbeiter ohne jeden Grund — denn sie waren unbetieilt an den Differenzen in den drei Erwerbsgruppen, die unmittelbar den Anlaß zu diesem Kampfe gaben — ausgeperret hat und sich mit der Absicht trug, weitere 80 000 hinauszuwerfen. Brutaler als in diesem Falle hat sich selten die Regierung eines konstitutionellen Staates, der wenigstens die Ansätze zum parlamentarischen Regierungssystem aufweist, als ausschließlicher Handlanger einer ganz eng begrenzten Klasse entpuppt. In diesem Falle handelt es sich um nur 1400 organisierte Unternehmer, die im Schwedischen Arbeitgeberverein organisiert sind, als deren Geschäftsträger die Regierung fungiert! Diese Unternehmer beschäftigen zusammen 160 000 Arbeiter. Die 1400 Unternehmer bedeuten für die Regierung alles, die Hunderttausende von Arbeitern, sowie die den Frieden herbeiwünschenden Kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung nichts!

Wir haben es in dem schwedischen Kampfe aber mit einem sozialen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit von feltener Schärfe zu tun. Diese Zuspitzung der Klassegegensätze wird notgedrungen auch auf politischem Gebiet zum Austrag kommen. So viel darf heute schon als sicher angenommen werden, daß bei den nächsten Reichstagswahlen diese Regierung, die mit zynischer Brutalität die Geschäfte einer ganz verschwindenden Minorität der Bevölkerung besorgt, von der Bildfläche verschwinden wird!

### Die Streikbrecherlieferung.

die soeben aus Lübeck in Stockholm eingetroffen ist, bedeutet die schlimmste Schandung des deutschen Ansehens, die es in diesem Augenblick geben konnte. Unwissenheit kann diesen Leuten nicht als Entschuldigung dienen, denn seit drei Wochen berichtet die ganze deutsche Presse über den Ausstand, so daß jeder, der in eine Zeitung blüht, sofort von dem Vorhandensein des schwedischen Kampfes unterrichtet wird. Es bleibt abzuwarten, welche Motive den einen Mann in den Tod trieben, bevor man ein entgeltliches Urteil über die Anwerbung und die hierbei benutzten Vorpiegelungen fällen kann. Nur scheint uns die Frage am Platze, ob die Lübecker Arbeiterschaft von dieser schändlichen Streikbrecherwerbung nichts erfahren konnte. Jedenfalls müssen wir die Genossen in allen Hafenorten dringend ersuchen, auf der Wacht zu sein!

Eine andere wichtige Frage ist die, was das schwedische Unternehmertum mit den 117 Streikbrechern will. Sie können doch nicht irgend wie in Frage kommen als Ersatz der großen Zahl der Ausständigen. Auch muß es als ausgeschlossen gelten, daß Streikbrechererwerb für 300 000 überhaupt herangezogen werden kann.

Es bleibt also nur eine Annahme übrig: Das Unternehmertum sucht alle Möglichkeiten zur Provokation der Ausständigen! Einen anderen Zweck können die Streikbrecher nicht haben. Dem Unternehmertum gelistet es anscheinend noch einer zweiten Walmöbombe; es will den Kampf nicht mit den unblutigen Mitteln der gestrigen Arme ausgefochten sehen, es verlangt nach Arbeiterblut! Ist man sich über die Verantwortung klar, die das Unternehmertum damit auf sich lädt? Drei volle Wochen hat die schwedische Arbeiterschaft der ganzen Welt gezeigt, daß sie ruhig und besonnen ist, ihren großen Kampf auszukämpfen. Den Prekariat der schwedischen Unternehmertums wird es jetzt nicht mehr gelingen, den Ausstand das Gegenteil aufzuschwächen. Das Heranziehen ausländischer Streikbrecher durch die Unternehmer kann nur die einzige Aufgabe haben, Kravalle zu provozieren und zu organisieren. Das schwedische Unternehmertum mag diese Rechnung mit seinen Gläubigern in zweifacher Richtung ausmachen. Aber an die deutsche Regierung richten wir nochmals die dringende Frage: Will sie die Anwerbung von Streikbrechern auf deutschem Boden dulden, oder will sie dem Beispiel des englischen Handelsministeriums folgen?!

Deutschland hat nichts zu gewinnen, wohl aber viel zu verlieren, würde es zulassen, daß das schwedische Unternehmertum die im eigenen Lande fehlenden Provokateure hier antwerben darf!

(Von unserem nach Schweden entsandten Mitarbeiter.)

Stockholm, den 23. August.

Man hat sich wohl auch in Deutschland schon daran gewöhnt, in den bürgerlichen Blättern seit Wochen tagtäglich vom Fiasko des Generalstreiks und von der nahe bevorstehenden Niederlage der Arbeiterschaft zu lesen, die ja eine vollendete Tatsache sein müßte, wenn alle die von den schwedischen Unternehmern in die Welt gesetzten Nachrichten über die „Wiederaufnahme der Arbeit“ wahr wären. Da aber die amtliche Statistik erst vor wenigen Tagen bewiesen hat, daß die gewaltige Masse der Arbeiterschaft noch immer ungezwängt im Streit verharrt, stellt sich natürlich das Bedürfnis heraus, einen bestimmten Tag für das Ende des Streiks voranzufagen. Dieses dringende Bedürfnis der bürgerlichen Gesellschaft zu befriedigen, hat ja nun die „Vossische Zeitung“ unternommen. Sie läßt sich von ihrem Stockholmer Korrespondenten erzählen, eine Gruppe von Textilarbeitern sei vom Landessekretariat dringend ermahnt worden, bis zum Dienstag auszuhalten, da dann wahrscheinlich alles vorüber sein werde. Also die oberste Körperschaft der gesamten Gewerkschaftsorganisation mußte eingreifen, um eine kleine Schar wankelmütiger Textilarbeiter wieder freizusetzen zu machen. Der Wadere, der diese Notiz fabriziert hat, scheint gar nicht zu wissen, daß, wenn in irgend einer Arbeitergruppe Wankelmütigkeit

sich zeigt, die besondere Berufsorganisation der betreffenden Arbeiter es ist, die sie zum Aushalten ermahnt. Das Landessekretariat der Gewerkschaften wendet sich nur an die Gesamtheit der Arbeiterschaft und hat weder Veranlassung noch Zeit, sich um die Vorgänge in den verschiedenen Berufsgruppen eingehend zu bekümmern. Aber es ist auch an sich unbillig, daß überhaupt an irgend eine Gruppe von Arbeitern eine solche Verströmung auf Dienstag oder einen anderen Tag ergangen sein sollte. Die Arbeiterschaft ist vielmehr darauf vorbereitet, daß der Kampf noch wochenlang dauern kann und wird darüber auch von den leitenden Personen nicht getäuscht. Andererseits weiß man aber aus sicherer Quelle, daß die Vorstände der Arbeitgeberorganisation alle Mühe haben, ihre Mitglieder von Tag zu Tag, von Woche zu Woche auf den baldigen Abschluß des Kampfes zu verströhen, daß sie dabei auch einen bestimmten Termin angeben und daß es schon lange in ihren Versammlungen, soweit die leitenden Ausschussmitglieder vor die Mitglieder zu treten wagen, zu stürmischen Auftritten gekommen ist. Sicherlich soll das erwähnte Geschreibsel in der „Vossischen“ nur dazu dienen, die Aufmerksamkeit von der unhaltbaren Stellung des Unternehmertums abzulenken.

Es ist ja auch ganz erklärlich, daß die Masse der Arbeitgeber immer unzufriedener mit ihrer Leitung werden. Bedeutet doch ein solch langdauernder Kampf die Vernichtung vieler Kleinbürgerlicher Existenzen. Durch die sehr zweifelhaften Unterstüßungen auf Kredit ist natürlich den nicht kapitalkräftigen Leuten unter den Arbeitgebern auch nicht geholfen. Wenn der Kampf gegen die Arbeiterschaft überhaupt Ziel und Zweck haben soll, so muß es doch wohl der sein, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterorganisationen über die Festsetzung der Löhne auszuschalten. Wenn aber — was gänzlich ausgeschlossen ist — dieses Ziel erreicht würde, wer hätte irgend einen Vorteil davon? Vielleicht die mit dem Ausland konkurrierende Großindustrie. Aber dem steht entgegen, daß erfahrungsgemäß mit der Herabsetzung der Löhne auch die Arbeitsfreudigkeit und die Leistungsfähigkeit der Arbeiter sinkt, und damit müssen die Herren rechnen. Die kleinen Arbeitgeber aber, die mit der Wertverwertung ihrer Produkte auf das Inland angewiesen sind, hätten von beliebiger Herabsetzung der Löhne nichts anderes als eine mächtige Förderung der Schmutzkonkurrenz und ein starkes Sinken der Werte ihrer Produkte zu erwarten. Dazu kommt, daß ihr Absatz im wesentlichen von der Kaufkraft der großen Volksmassen abhängig ist. Sie haben also eigentlich ein Interesse daran, daß die Arbeiter nicht zu schlecht verdienen und im Kampfe nicht unterliegen. Das gleiche Interesse haben alle die Leute aus dem Bürgertum, die außerhalb der kämpfenden Parteien stehen, aber vom Verdienst der Arbeiterschaft leben. Da sind neben der großen Masse von Geschäftsteuten auch die Hausbesitzer, die in ihrer großen Mehrheit nur wünschen können, daß der Kampf schnelligt und zum Vorteil der Arbeiter beendet werde. Hier in Stockholm droht schon eine förmliche Panik unter den Hausbesitzern anzubrechen. Viele von ihnen wirtschaften nur auf Kredit. Wo sollen sie die Zinsen hernehmen, wenn die Arbeiter, und wahrscheinlich auch manche Ladeninhaber, infolge des langen Kampfes mit dem besten Willen nicht in der Lage sein werden, die zum 1. Oktober fällige Vierteljahrsrente zu zahlen? So fragt man sich in ihren Kreisen in banger Erwartung. Die Mieten sind in Stockholm ungeheuer hoch. Für 500 Kronen findet man hier kaum eine Zweizimmerwohnung, 600 bis 700 und mehr muß man zahlen, um mit einer kleinen Familie einigermaßen anständig wohnen zu können. Die Mieten werden hier allgemein vierteljährlich gezahlt und man kann sich denken, wie schwer es manchem Arbeiter werden muß, der nun den ganzen August über und vielleicht noch wochenlang ohne Arbeit ist und sein wird, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Und nicht leichter wird es manchem Geschäftsinhaber werden, dessen Waren infolge der auf äußerste verminderten Kaufkraft der großen Volksmasse keinen Absatz finden konnten. Geldleute spekulieren denn auch darauf, daß sie demnächst Käufer von den Wessigern, die nicht mehr aus noch ein wissen, weit unter dem üblichen Preis erwerben können. Wie hier, so geht es auch in anderen Städten, wo die Verhältnisse ungefähr die gleichen sind.

Darum drängt das Bürgertum, so sehr es auch als Klasse der Arbeiterschaft eine Niederlage wünschen mag, immer mehr auf einen schleunigen Abschluß des Kampfes. Das tritt auch in solchen bürgerlichen Blättern, die nicht gänzlich unter der Fuchel der Unternehmerorganisation stehen, von Tag zu Tag deutlicher hervor. Im allgemeinen hat der Massenstreik dazu geführt, daß die Klassegegensätze nun auch in der Presse stärker als je hervortreten. Der Liberalismus, der ad und zu mit der Arbeiterschaft zu liebäugeln pflegt, ist hier in Schweden ein ungefähr ebenso zweifelhaftes Gewächs wie in Deutschland. Seine Blätter entrüsten sich ebenso über die Kampfmethoden der Arbeiterklasse wie die konservativen, und fassen ebenso wie diese vom „Fiasko“ des Massenstreiks. Aber hier und da wagen sie doch anzudeuten, daß auch die Arbeitgeber ihr Teil Schuld an dem allgemeinen wirtschaftlichen Kampfe tragen. So veröffentlicht „Dagens Nyheter“ heute an leitender Stelle einen „Vermittlungsvorschlag wie möglich“ überschriebenen Artikel des freireligiösen Reichstagsabgeordneten J. Ohström. — „Freireligiös“ bedeutet hier in Schweden, daß jemand einer meist orthodox bibelgläubigen Sekte angehört, politisch in der Regel konservativ gesinnt, nur mit der Einschränkung, daß er das Staatskirchentum nicht für die geeignete Einrichtung zur Pflege und Förderung des alleinigmachenden Glaubens hält. Ein solcher Mann ist auch jener Ohström, der nun in seinem Artikel der Regierung zur Pflicht macht, so schnell wie möglich alles zu tun, um die Parteien zur Verhandlung zu bringen. Um die Regierung hierzu zu zwingen, schlägt er vor, daß durch allgemeine Versamm-

Lungen, Resolutionen, Petitionen, Deputationen die Regierung bestimmt werden soll, die kämpfenden Parteien zu Verhandlungen zu bringen.

Die Aufforderung des Schwedischen Arbeiterverbandes zur Wiederaufnahme der Arbeit hat offenbar ihre Wirkung verfehlt. Aus einer Reihe von Orten liegen bereits Mitteilungen vor, daß die Mitglieder eben dieses Verbandes es mit Entzückung abgelehnt haben, der Aufforderung ihres Hauptvorstandes Folge zu leisten und in Eskilstuna, wo der Verbandsvorsitzende Ceder in der Versammlung anwesend war, sah er sich selbst zu der Erklärung genötigt, daß das bekannte Zirkular mit der Aufforderung zur Arbeitsaufnahme etwas überhäuftet zustande gekommen sei. Er selbst sei von der vielen Arbeit der letzten Zeit zu sehr übermüdet gewesen, um gegen den Druck, der von gewissen Abteilungen auf ihn ausgeübt worden sei, zu reagieren. — Vermutlich sind diese gewissen Abteilungen die der Arbeitgeber gewesen, denen er nachgab!

## Die preußische Gemeindeverfassung.

### Zur Verwaltungsreform.

Die Gleichstellung von Stadt und Land ist eine dringende Forderung unserer Kulturentwicklung. Diese Gleichstellung muß vor allem erfolgen in bezug auf die Gemeindeverfassung. Einheitliche Verfassung für Stadt- und Landgemeinde ist die wichtigste Aufgabe einer aufrichtigen Verwaltungsreform. Daß das Dreiklassenwahlrecht unseren Landgemeindevorstellungen, das sich auch in der altpreussischen und westfälischen Städteordnung findet, unmoralisch und verwerflich ist, versteht sich von selbst. Es ist interessant, daß zu Stein's Zeiten, also vor hundert Jahren, das allgemeine und gleiche Wahlrecht das selbstverständliche war. Man war damals allerdings noch nicht so wohlhabend, wie heute, und nicht so geldhungrig. Man stufte die Menschheit noch nicht ab nach Steuerleistungen. Das allgemeine, gleiche, direkte und gleiche Wahlrecht ist eine selbstverständliche Forderung jeder Demokratie, auch der bürgerlichen. Es erhebt sich nur die Frage, ob das Wahlrecht nur den Steuerzahlern zustehen soll, nur gewissen Steuerzahlern oder allen Einwohnern. Vom demokratischen Standpunkt kann allein das letzte gefordert werden. Ebenso ist das Wahlrecht für die Frauen zu verlangen, die an manchen Einrichtungen der Gemeinde ein viel größeres Interesse als die Männer haben. Man mache sich nur klar, daß gegenwärtig Tausende von verschuldeten hinterlassenen Arbeiterfamilien eben wegen ihrer vielen Kinder und Schulden frei von Staats- und Gemeindesteuern sind. Alle diese Leute ihrer kommunalpolitischen Rechte zu berauben, kann nur der verachtendste, der die Qualitäten der Menschheit nach Steuerleistungen abschätzt.

Zu fordern ist also die wahlberechtigten Einwohnergemeinde. Nicht wahlberechtigt sein dürfen solche Einwohner, die die Reichsangehörigkeit nicht besitzen. Weitere Voraussetzung wäre der Wohnsitz an dem Orte, an dem die Wahl ausgeübt werden soll, und selbstverständlich der Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte. Der Ausschluß der Armenunterstützungsempfänger vom Gemeindevahlrecht müßte aufhören. Wie würde das unsere Armenkommissionen aufzählen, wenn mal ein Bürger hineinkäme, der die Verwaltung der Armenhäuser aus eigener Anschauung kennt! Fortfallen müßten die Hausbesitzerprivilegien, das Erfordernis der Selbständigkeit, der Besitz und alle anderen Mittel, mit denen die herrschenden Klassen die Macht des Proletariats bisher geschickt brechen können. Voraussetzung des Wahlrechts müßte die Volljährigkeit sein, die Ausübung vermittelt der Verhältniswahl geschehen, wofür Bayern vorbildlich geworden ist.

Es ist das Wesen der Demokratie, daß sie stets mit und unter der Kritik der ganzen Bevölkerung arbeitet, unter Anteilnahme und der Aufsicht aller Bevölkerungsgruppen. Das aristokratische Regime muß alles mit dem Schleier des Geheimnisses bedecken, weil überall die Kritik zu fürchten ist. Ein demokratisches Regime kann die Kritik und die Öffentlichkeit nicht entbehren. Die Demokratie arbeitet mit der Popularität, die Aristokratie mit dem Zwange. Eine nach demokratischen Gesetzen wahlberechtigte Einwohnergemeinde würde zweifellos an der Gemeindeverwaltung und Gemeindeverfassung größeres Interesse haben, als die jetzige Bürgergemeinde, die z. B. in den Städten der Provinz Hannover nur einen kleinen Prozentsatz der Einwohner ausmacht. Die Einwohnergemeinde müßte als Stadtvertretung ein Kollegium wählen. Das altpreussische Doppellokollegium ist geschaffen, um Reiz und Mißgunst unter den beiden Kollegien nie einschlafen zu lassen und der Regierung die Möglichkeit zu geben, durch fortgesetztes Eingreifen bei Schlichtung von Konflikten sich in die Stadtverwaltung hineinzumischen. Außerdem ist eine Abgrenzung der Befugnisse zwischen Magistrat und Stadtverordneten in der Praxis nicht immer möglich, auch ganz überflüssig. Das allein zweckmäßige ist ein Gemeindeverordnetenkollegium, das unter dem Vorsitz eines von der gesamten Bürgerschaft gewählten Bürgermeisters zusammentritt. In größeren Gemeinden könnten dem Bürgermeister Gehilfen als Gemeindevorstände zur Seite treten. Für die Gemeindevorsteher- oder Bürgermeisterwahl ist eine Präsenztabelle nicht gefällig vorzuschreiben, da gerade hierbei so oft dem Willen der Bürgerschaft ein einflussreicher Stadtverordneter entgegenhandelt wird. Bürgermeister, Gemeindevorstände und Gemeindevorsteher wirken zusammen als beschließende und verwaltende Behörde. Zwei sich kontrollierende Kollegien, die in der Stärke oft nicht mal sehr verschieden sind, und teilweise dieselben Kompetenzen und für dieselben Zwecke Kommissionen haben, sind ein Unsinn und eine Kraftverschwendung.

Dagegen wäre die Einführung einer Bürgerversammlung als gesetzlicher Einrichtung für die Gemeindevertretung äußerst wertvoll. Die Volksabstimmung hat sich in der Schweiz durchaus bewährt. Sie ist dort meist obligatorisch für die Gemeindeordnung, für Ausgaben von bestimmter Höhe und Schaffung bestimmter Aemter. Ein solches Referendum in die Gemeindeordnung aufzunehmen, wäre eine demokratische Forderung, die allerdings eine bessere Volksschule wie die preussische voraussetzt. Der im Volke nie ganz entfaltete Gedanke des Bürgervereins zeigt immer wieder, daß das Volk die Idee, in der Verwaltung der Gemeinde auch außerhalb der Gemeindevahlen selbständig mitzuwirken, demzufolge jeder Stimmberechtigte eine „Kotition“ einreichen kann über Gegenstände, die in die Kompetenz der Gemeinde fallen, über welche Kotition bei genügender Unterstützung durch andere Stimmberechtigte von der Gemeinde durch Abstimmung entschieden werden muß, ist höchst nachahmenswert. Wieviel Städte und Landgemeinden in Preußen hätten schon Elektrizitätswerke, Krematorien, öffentliche Bäder, Volkshochschulen, Bibliotheken, Gemeindevorstellungsbüros, Arbeitsnachweise, Kaffeehäuser, Waldschulen usw., wenn unsere Gemeindeangehörigen das Initiativbegehren hätten und auf die Gemeindevertretung von unten eingewirkt werden könnte.

Unsere preussischen Gemeindevertretungen sind nur den Aufsichtsbefehlen verantwortlich, sonst niemanden. Und die Aufsichtsbefehle sind reaktionär und haben ein großes Interesse daran, den Kulturfortschritt zu hindern.

## Wieder ein Stückchen von der loyalen Ausführung des Vereinsgesetzes.

In Altenau bei Militsch in Schlesien sollte am gestrigen Sonntag in einer von der Sozialdemokratie einberufenen Versammlung Genosse Löbe-Dreslau die Tätigkeit des „ungekrönten Königs von Preußen“, des Herrn v. Heydebrand, kritisch besprechen, der der Vertreter des Wahlkreises Militsch-Zschornitz ist. Die Genossen von Militsch und Zschornitz hatten für diese Versammlung gute Vorbereitung geleistet, indem sie in einigen 80 Dörfern der Umgebung ein Flugblatt: „Die Abstimmungen des Herrn Heydebrand im Bilde“ verbreiteten, dessen Illustrationen unter dem Landvolk viel Interesse, bei dem „gnädigen Herrn“ aber helle Entzückung erregten. Genosse Schöllch meldete die Versammlung von Breslau aus an. Statt der erwarteten Bescheinigung traf zunächst vom zuständigen Amtsvorsteher, Herrn Leutnant Lehmann — Besitzer von 8800 Morgen im Werte von 1 1/2 Millionen Mark —, der folgende Bescheid ein: Bogislawitz, 17. August 1909.

Herrn Gustav Schöllch mit dem Bemerkten zurückgeschickt, daß ich nicht eher die Genehmigung zu dieser Versammlung erteile, bevor mir nicht die Tagesordnung mitgeteilt worden ist.

Der Amtsvorsteher Lehmann.

Genosse Schöllch antwortete dem Herrn Leutnant:

Breslau, den 18. August.

Ich teile Ihnen mit, daß ich keine Veranlassung habe, Ihnen die Tagesordnung mitzuteilen. Ferner habe ich nicht um eine Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung nachgedacht, da ich eine solche gar nicht brauche, sondern nur die gesetzlich vorgeschriebene Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung gefordert. (§ 5 des Vereinsgesetzes vom 14. April 1908.)

Die schnellst erwartete Bescheinigung ließ sich aber erst am Sonnabendabend erblicken, und zwar in Gestalt des folgenden Telegrammes von der nächsten Station Zschornitz:

ParteiSekretär Gustav Schöllch, Breslau, Gartenstraße. Wegen Scharlach-Epidemie darf Versammlung in Altenau nicht abgehalten werden.

Der Amtsvorsteher.

Merkwürdigerweise war, wie die „Breslauer Volkswacht“ feststellt, den zahlreichen Personen, die am Sonntag im Versammlungsort zu Altenau erschienen waren, da sie von dem Verbot nichts wußten, nichts von einer Scharlach-Epidemie, ja nicht einmal von einem einzelnen Scharlachfalle bekannt. In Altenau gab es weder einen Kranken noch einen Todesfall, irgendeine Bekanntheit, eine Warnung war nirgends erfolgt. Schließlich konnte festgestellt werden, daß in dem eine halbe Stunde entfernten Bogislawitz vor zwei Wochen das 1 1/2-jährige Kind eines Zimmermanns gestorben und beerdigt war — allerdings wußte von dem Gestorbenen in Dorfe niemand, daß Scharlach vorgelegen haben soll. Sie erfuhren erst aus Breslau diese Neuigkeit. In den vierzehn Tagen seit dem einzigen Todesfall hatten alle Vergnügungen und Feste im ganzen Kreise und in Altenau ungehindert stattgefunden, die Schulen waren geöffnet und der Jahrmarkt wurde in Militsch abgehalten. In Altenau fand das örtliche Scheidenschießen statt und in Aufschwitz, ebenfalls eine halbe Stunde von Bogislawitz, feierte man an diesem Sonntag den Entsehrung. In Bogislawitz, also dem einzigen Orte, wo vielleicht vor Wochen die Spur einer Krankheit in einem Einzelfalle hätte gefunden werden können, rücken am gleichen Tage die deutschen Turner aus Suden in geschlossenem Zuge ein und arrangierten eine solenne Kneipe! Nur die Volksoberverwaltung und ein Kränzchen der Bauhandwerker waren dem Scharlach zum Opfer gefallen! Nun ist es ja anzugeben, daß die Zahl der Sozialdemokraten im Militscher Kreise bisher nicht allzu groß war und die Befürchtung, daß ein oder zwei von ihnen durch Krankheit weggerafft werden könnten, eher die Behörden außerordentlich immerhin — so viel Schmutz beanspruchten unsere Freunde nicht und deshalb werden sie dem Herrn Leutnant und Amtsvorsteher Gelegenheit geben, seiner vorgesehnen Behörde und, wenn es Not tut, dem Minister des Innern nähere Aufklärung über die Scharlach-Epidemie in Altenau zu geben.

Katzenfisch ist inzwischen auch eine merkwürdige Wandlung mit dem Gastwirt in Altenau vorgegangen, der sein Lokal nicht mehr zur Verfügung stellen will, auch wenn der „Scharlach“ vorüber sein wird, von dem er natürlich auch nichts wußte. Abtreibung von Versammlungsorten ist verboten und der schlichte Wirt, der selbst keine Zeitung liest und politisch ganz unbewandert ist, begann denn auch seine Ansprache in erschütterter Korrektheit mit den Worten: „Ich bin von seiner Seite beeinflusst, aber Heydebrand kann ich in meinem Lokal nicht gestatten, weil ich vom Amtsvorsteher keine Genehmigung dazu habe.“

Unsere schlesischen Genossen werden sich natürlich nicht abhalten lassen, in der gefährlichen Gegend weiterzuarbeiten. Am kommenden Sonntag werden in Zschornitz und in Ziegenhain bei Militsch Versammlungen mit Herrn Heydebrands politischer Tätigkeit befaßt — wenn die Scharlach-Epidemie nicht inzwischen auch dort hin gedrungen ist.

Aber schließlich, die Scharlach-Epidemie kann ja nicht ewig dauern und unsere Genossen können zunächst ruhig abwarten, was länger dauert, der Scharlach oder die Wirkung der neuen Steuern!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. August 1909.

### Die „Dynastie Bacher“.

Vor zehn Jahren schrieb der in Münster erscheinende „Klerikal-agrarische Westfale“ in einer Auseinandersetzung mit der „Kölnischen Volkszeitung“:

„Auf die Gefahr hin, es mit der vielbermögenden Dynastie Bacher ganz und gar zu verschütten, möchten wir an ein prophetisches Wort erinnern, das der selige Windthorst einmal im Unmut gesagt haben soll: „Die Dynastie Bacher wird noch einmal das Zentrum ruinieren...“ Der alte Windthorst konnte seine Pappenhelmer.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ stritt das Wort Windthorst nicht ab; sie begnügte sich mit der Bemerkung, daß sie von dem Wort nichts wisse und daß im übrigen Windthorst bis an sein Lebensende mit Mitgliedern des Hauses Bacher freundschaftlich verkehrt habe. Es ist kein Geheimnis, daß die „Kölnische Volkszeitung“ im Zentrum viele Feinde hat und die von ihr vertretene Richtung, die man als die klerikal-kapitalistische bezeichneten kann, in den agrarischen und kleinbürgerlichen Kreisen der Partei viel Anfechtung erfährt. Und auch die jetzige, von den Herren Bitter und Koeren geleitete Bewegung richtet sich zum wesentlichen Teil gegen die „Kölnische Volkszeitung“ und ihre Hintermänner in Rheinland, die das Zentrum aus seiner konfessionellen Absonderung, seiner wirt-

schafflichen und geistigen Rückständigkeit herausführen und zum Anschluß an die neuzeitliche Entwicklung bringen möchten. Es ist die katholische Bourgeoisie, deren Interessen in dieser Richtung Bacher zum Ausdruck kommen, die Leute im ultramontanen Lager, die Kommerzienrat werden, ihre Söhne in die höheren Beamtenstellen und ihre Töchter in die bessere Gesellschaft bringen möchte. Modernismus des katholischen Geldadls!

Der führende Geist dieser Richtung ist Justizrat Dr. Julius Bacher, ein Vetter der Verlegerfirma, an der „Kölnischen Volkszeitung“ nicht finanziell, wohl aber als deren geistiger Leiter beteiligt. Dr. Bacher gehörte in den achtziger Jahren dem preussischen Abgeordnetenhaus an, er war Führer des Kölner Katholizenzentrums und juristischer Berater des Erzbischofs, bis ihn anfangs der neunziger Jahre ein unliebsames Vorkommnis zwang, von seinen öffentlichen Aemtern zurückzutreten und überhaupt das Auftreten nach außen hin zu vermeiden. Der Einfluß dieses kenntnisreichsten und geschicktesten Gliedes der Dynastie Bacher ist darum nicht geringer geworden. In den Spalten der „Kölnischen Volkszeitung“, in der Organisation der rheinischen Zentrumspartei und hinter den Kulissen der Zentrumsfraktionen weiß er noch wie vor seine Meinung geltend zu machen, und wer zwischen den Zeilen der Koeren-Bitterschen Kundgebungen zu lesen versteht, der erkennt, daß Dr. Julius Bacher, auch wenn man ihn nicht als solchen bezeichnet, doch als der eigentliche Stein des Anstoßes gilt.

Die Dynastie Bacher und ihr Organ, die „Kölnische Volkszeitung“, wird in der nächsten Zeit noch manches unangenehme Wort hören müssen. Sie ist sich dessen bewußt, und es tritt deutlich bei dem Blatte das Bestreben zutage, die Auseinandersetzung in weniger erregte Bahnen zu leiten. Zu den Angreifern gesellt sich auch die „Westfälische Zeitung“, das Blatt der „Deutschen Vereinigung“, in der zahlreiche ehemalige Zentrumsleute den Ton angeben. Das Blatt schrieb: „Die Kölner Richtung hat bedauerlicherweise bereits einen großen Einfluß auf die Zentrumsparthei gewonnen. Die alten Führer des Zentrums haben selbst dem schroffsten Gegner gegenüber niemals zu solchen Mitteln gegriffen, sondern sich durch ihre ritterliche Kampfweise auch die Achtung mancher Gegner erworben. Wenn heute vielfach eine so grobe Abneigung gegen die Zentrumsparthei besteht, so dürfte das nicht zum wenigsten auf das Schuldkonto der „Kölnischen Volkszeitung“ zu setzen sein...“ Zwar herrscht die „Kölnische Volkszeitung“ gestützt auf ihre Macht heute noch unumstößlich, aber alle Anzeichen sprechen dafür, daß auch ihr und ihrer Politik dereinst aus den eigenen Reihen der Räder erstehen wird.

Da kennt das Blatt nun wieder die Dynastie Bacher schlecht. Die Leute wissen, wie weit sie zu gehen haben; sie kennen die Grenzen ihrer Macht und sind sich klar darüber, daß die „Kölner Richtung“, die sie vertreten, sich nicht vom Zentrum isolieren kann. Der berühmte Artikel: „Wir müssen aus dem Lärm heraus!“ ist im Hause Bacher schon mehr als einmal beredt worden und manches andere der Zeit vorausseilende Wort auch. Und so wird, wenn nicht anders geht, die Dynastie Bacher beiseite einzulenken wissen und gern oder ungern die Tore des Zentrums wieder schließen, die sie etwas voreilig geöffnet hatte.

### Inbequeme Bundesgenossen.

Die Konservativen haben die Hilfe des Zentrums bei der Reichsfinanzsanierung gerne angenommen, doch mehren sich die Anzeichen, daß ihnen die Bloßgenossenschaft der Klerikalen bereits un bequem zu werden beginnt. Aus ihren Verhörungen zum Hof wissen sie, daß in den „allerhöchsten“ Kreisen noch immer eine gewisse Verstimmung gegen das Zentrum besteht, und zugleich fürchten sie, daß das Zentrum als Entgelt für seine Hilfeleistung im „Dienst des teuren Vaterlandes“ auf kirchenpolitischem Gebiet Forderungen stellen wird, die nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei einem Teil der evangelischen Anhänger der konservativen Partei auf entschiedenen Widerstand stoßen. Es aber nun auch noch, nachdem schon ihre Opposition bei der Reichsfinanzreform in den eigenen Reihen vielfach übel vermerkt worden ist, mit den Barrern und evangelischen Orthodoxen zu verderben, dazu haben die konservativen Parteiführer wenig Lust. Sie geben deshalb schon jetzt dem klerikalen Bundesgenossen zu verstehen, daß sie nicht gewillt sind, für ihnen allzu bedenklich erscheinende Forderungen der katholischen Kirche einzutreten. So schreibt die „Kreuzzeitung“:

Wir haben uns weder dem Zentrum noch den Polen zu irgendwelchen Gegenleistungen verpflichtet. Das durch die Zeit zu beweisen, wird sich vielleicht bald Gelegenheit geben. Man sagt, das Zentrum werde noch im Herbst den Antrag stellen, auch den allein noch stehen gebliebenen § 1 des Jesuitengesetzes aufzuheben, der den Jesuitenorden und verwandte Orden vom Deutschen Reich ausschließt. Die konservative Fraktion hat sich bisher gegen die Aufhebung dieses Paragraphen erklärt; Zentrum, Polen und Sozialdemokraten sind für die Aufhebung. Man wird hier ja sehen, ob die sogenannte „konservativ-klerikal-polnische Koalition“ tatsächlich besteht. Wir haben uns auch in den Streit der Zentrumsleute untereinander nicht gemischt. Für uns existiert die Streitfrage nicht, ob das Zentrum eine konfessionelle Partei ist oder eine interkonfessionelle. Wir sehen aus dem tatsächlichen Verhalten des deutschen Zentrums, daß es sich als konfessionelle Partei betätigt. Wo es Ausnahmen macht, liegt die tatsächliche Absicht klar zutage. Als zwingenden Grund, diese Partei für eine konfessionelle zu halten, führen wir hier nur an, daß bei allem Mißgeschick und aller Bedrängnis der katholischen Kirche in Frankreich, Italien und anderen Ländern die ganze Zentrumspresse als Radikalmittel die Begründung einer Zentrumspartei in jenen Ländern empfiehlt. Warum geschieht das? Interkonfessionelle Parteien, denen man den Schutz des Katholizismus anempfohlen könnte, gibt es dort überall. Man sieht aber das Heilmittel nur in einer konfessionell katholischen Partei, wie dem deutschen Zentrum, dessen Erfolge in kirchenpolitischer Hinsicht allerdings nicht viel mehr zu wünschen übrig lassen. Diese katholischen Bestrebungen zu unterstützen, ist die konservative Partei jetzt so wenig wie früher geneigt, wenn sie sich auch des mit dem Zentrum als einer spezifisch katholischen Partei gemeinsamen Bodens der christlichen Weltanschauung stets bewußt bleiben wird.

Möglich, daß das Zentrum aus Klugheitsrücksichten einsteilen noch mit seinen Forderungen zurückhält; aber schließlich will es doch seine Schwänkung bei der Reichsfinanzreform nicht umsonst gemacht haben. Nur der schönen Augen der Konservativen wegen hat es diesen doch nicht Hilfe geleistet und eine Revolte in seiner eigenen Anhängerschaft heraufbeschworen.

### Korruption.

Als im vorigen Jahre ein großer Teil der Stadt Donau- eschingen abbrannte und aus allen Teilen des Reichs reiche Gaben nach diesem Ort strömten, tauchte mehrfach in der Presse die Behauptung auf, daß bei der Verteilung des gesammelten Geldes

an die durch die Feuerbrunst Geschädigten die eigentlichen Kollektanden meist schlecht wegkommen seien, während viele Wohlhabenden weit mehr erhalten hätten, als ihrem Schaden entsprach. In dem bunten Wechsel der Tagesereignisse schloßen indes diese Vorwürfe bald ein. Jetzt werden sie durch einen Brief des Zentrumsabgeordneten Wittemann wieder ans Licht gezogen. In diesem Herrn Wittemann richtete nämlich ein liberales Blatt die Frage, ob es richtig sei, daß er, Wittemann, von den zur Linderung der Not der Brandgeschädigten auf öffentlichen Aufruf hin gesammelten Hilfsgebern sich habe auszahlen lassen, und daß er nicht nur den Anteil, der seinem Versicherungsbeitrag (17 000 M.) entsprach, sondern noch mehr (42 000 M.) haben wollte, damit aber abgewiesen worden sei. Herr Wittemann hat darauf in Form einer auch vom Stadtrichter Zentrumsblatt reproduzierten prägnanten Verächtlichkeit folgendes geantwortet:

Es ist nicht wahr, daß ich nach dem Brande in Donauerschlagungen „ohne Not“ als begüterter Landtagsabgeordneter und als gut bezahlter höherer böhmischer Richter von den gesammelten Hilfsgebern noch mehr haben wollte, als meinem Versicherungsbeitrag entsprach, damit aber abgewiesen wurde. Wahr ist, daß ich dem Hilfskomitee, so wie dasselbe die Angaben verlangte, meinen vollständigen Brandschaden, gerade so wie liberale höhere Beamte und reiche Donauerschlagungen Einwohner auch, nach dem Brande anmeldete, und daß ich gerade wie diese zum Teil in fährlicher liberaler Stellung befindliche Staats- und Kommunalbeamten, welche überdies wohl ein höheres Einkommen hatten, den mir von den Hilfsgebern zugewiesenen Anteil annahm. Es ist nicht wahr, daß ich nach Beschränkung meiner Forderung auf den versicherten Betrag mich noch dahin bemüht habe, einen höheren Prozentsatz als die Hausbesitzer zu erhalten. Wahr ist, daß vor der Festsetzung, wie die Hilfsgeber verteilt werden sollten, ohne mein Wissen von zwei höheren Staatsbeamten, die selbst brandgeschädigt waren, eine Versammlung der Fabrikbrandgeschädigten einberufen und hier ein Vorschlag über die Verteilung der Hilfsgeber zur Beschlußfassung unterbreitet wurde und daß ich diesem Vorschlage lebhaft zustimmte.

Die Verächtlichkeit des Herrn Wittemann stellt nicht nur den Beteiligten wohlhabenden Staats- und Kommunalbeamten sondern auch dem Verteilungskomitee eine miserable Zensur aus. Ist tatsächlich so verfahren worden, wie Herr Wittemann behauptet, dann hat das Hilfskomitee ganz eigenartig gewirtschaftet. Dazu, um die Profithucht einer Anzahl „reicher Donauerschlagungen“ zu befriedigen und ihnen die Mittel zu liefern, sich schöne neue Häuser zu bauen, sind die Gaben nicht im ganzen Reiche zusammengebedelt worden. Die Gerechtigkeit kann verlangen, daß die Angelegenheit gründlich untersucht wird, und zwar von Unparteiischen und Unbeteiligten, nicht von Mitgliedern des sogenannten Verteilungskomitees.

### Die „Leipziger Volkszeitung“ in Rußland verboten!

Unser Leipziger Parteiorgan erhielt folgendes Schreiben:  
Kaiserliches Postamt 10. Leipzig, den 20. August 1909.  
Konto Nr. 8 beim Postinspektat Leipzig,  
Da laut Schreiben von Hlga die „Leipziger Volkszeitung“ von der Zensur in Rußland verboten worden ist, wird gebeten, bis auf weiteres 85 für Rußland bestimmte Exemplare nicht mehr liefern zu wollen. J. B.: Postasgewitz.

Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt dazu:

Die 85 Exemplare, denen hier die russische Zensur den Eingang in Böhmen und Böhmen zu verweigern will, sind selbstredend nur die, die auf legalem Wege nach Rußland gehen. Unsere Leser in Rußland werden aber auf die Reklame der „Leipziger Volkszeitung“ nicht verzichten wollen, und so werden wir ihnen ihr Blatt auf anderem Wege zustellen. Die Zwirnsfäden der russischen Zensur existieren für uns ebensowenig, wie für die deutsche Sozialdemokratie zur Zeit des Ausnahmegesetzes die Zwirnsfäden der Reichspostverwaltung existieren.

Außerdem ist der russischen Zensur die treffliche Charakteristik des Blattes auf die Kerben gefallen, die unser Genosse Liebkecht in Kiel neulich vorgenommen hatte.

### Unter dem neuen Vereinsgesetz.

Das Landgericht Thorn hat am 17. August als Verurteilungssinstanz die Zahlstelle des Verbandes der Töpfer für politisch erklärt und den Vorsitzenden zu 10 Mark Strafe verurteilt, weil er trotz Aufforderung die Vorstandsmitglieder nicht angemeldet hat. Diese Angelegenheit ist zustande gekommen aus Grund von zusammengetragenen Berichten der Polizei aus überwachter Versammlung unter dem alten Vereinsgesetz. Die Staatsanwaltschaft hat sich bei der Angelegenheit namentlich darauf gestützt, daß nach dem Bericht eines Polizeibeamten in einer Mitgliederversammlung kurz vor den Reichstagswahlen 1907 der Vorsitzende auf die Wahlen hinwirkte. Ergo schlüßfolgert man, daß in der Zahlstelle der Töpfer Politik getrieben wird, diese ein politischer Verein sei und der Vorstand gemeldet werden müsse. Das ist die Praxis des liberalen Vereinsgesetzes.

Aus dem Prager Blatt Mleczyn hat die neueste Untersuchungskommission, die in voriger Woche dorthin abgegangen war, jetzt das Ergebnis ihrer Studienreise nach Berlin mitgebracht. Die Teilnehmer werden nun zunächst ihrer vorgelegten Behörden darüber berichten, dem preussischen Ministerium des Innern der Geheimrat Schlosser, dem Berliner Magistrat der Stadtrat Münsterberg. Wir fürchten indes, daß die Herren in Mleczyn nicht mehr viel zu untersuchen gefunden haben werden. Inzwischen soll nämlich eine beträchtliche Zahl Hölzlinge sich der Fürsorge des Pastors Dreißhaupt entzogen haben, so daß es der neuesten Untersuchungskommission nicht mehr möglich gewesen sei, auch diese zu vernehmen. Die Fluchtversuche haben, so hören wir, in den letzten Wochen sich in Mleczyn ganz auffällig gemehrt, und nicht wenige davon sind überraschend geglückt. Gewissen Leuten wird das sehr erwünscht gekommen sein. Einmal wird aus der Mehrzahl der Fluchtversuche der „Beweis“ hergeleitet werden, daß Pastor Dreißhaupt Methode „nötig“ gewesen sei, um von Fluchtversuchen — „abzuschrecken“. So dann aber ist durch die gegliederten Entweichungen die Anstalt just manchen der Hölzlinge losgeworden, die über Dreißhaupt's Erziehungstätigkeit sehr viel hätten bekunden können. Die sind nun „unschädlich“ geworden. Bei den ersten Untersuchungen hat übrigens die Furcht vor Herrn Pastor Dreißhaupt noch manchen Hölzling gehindert, gegen ihn die volle Wahrheit zu sagen. Ist dieser Einfluß auch jetzt noch wirksam gewesen, so dürften die beiden Herren nicht viel Neues zu berichten haben. Was nunmehr der Minister tun wird, muß abgewartet werden. Der Magistrat wird voraussichtlich — nichts tun wollen. Einsteilen aber wird ihm, wo wir bereits meldeiten, Gelegenheit gegeben werden, in der Stadtverordnetenversammlung den sozialdemokratischen Stadtverordneten Rede und Antwort zu stehen.

### Eine Null zu viel.

Bürgerliche Blätter wußten dieser Tage zu melden, daß der Empfang auf der Hohenzollern einen Betrag von 700 000 Mark veranschlagt habe. Zur Veranschlagung wird jetzt mitgeteilt, daß es sich bei Angabe der Summe um einen Druckfehler gehandelt habe, denn nicht 700 000 Mark, sondern „nur“ 70 000 Mark sollen bei der Veranschlagung draufgegangen sein.

Und dankt, daß eine Ausgabe von 70 000 Mark unter den heutigen Verhältnissen auch noch eine ganz unverantwortliche Geldverschwendung bedeutet. —

### Türkei.

#### Kaufmann in Albanien.

Konstantinopel, 21. August. Da die in Veriffowich versammelten Albanesen der Aufforderung des Wutessaris von Prishtina, sich zu zerstreuen, nicht Folge leisteten, eröffnete Militär am 22. Feuer gegen sie, worauf sie sich ins Gebirge zurückzogen, ohne das Feuer zu erwidern. Am 23. kam es abermals zu Zusammenstößen, wobei die Artillerie in Aktion trat. Aus Uesküb und Kumanovo gingen drei Bataillone mit drei Maschinengewehren nach Veriffowich ab.

Köln, 23. August. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Uesküb vom 22. telegraphiert: Die Albanesen lehnten es ab, Verhandlungen anzunehmen. Infolgedessen wurde um 10 Uhr vormittags von der Station Veriffowich aus mit Schnellfeuergeschützen die Säuberung des umliegenden Geländes von Albanesen begonnen. Der Bahnverkehr wurde eingestellt. Ueber die Verluste ist noch nichts bekannt.

### Amerika.

#### Blutbad unter Streikenden.

In Pittsburg ist es abermals zu Blutaten des Militärs gegen streikende Arbeiter gekommen. Am Sonntag kam es zu fünf Zusammenstößen. Im Vorort Radeers Road blieben 11 Tote. Ueber den Ort ist der Belagerungszustand verhängt. Alle Häuser werden nach Waffen durchsucht und viele Verdächtige werden verhaftet. Alle Straßenenden sind von Soldaten besetzt, die die Passanten durchsuchen. Wer sich weigert, wird niedergeschossen. Die Behörde ist zu den schärfsten Maßnahmen entschlossen. Die Maßnahmen werden um so rigorosere sein und werden von der Presse gutgeheißen, da es sich um ausländische Arbeiter (1) handelt. Man will vor den blutigsten Mitteln nicht zurückschrecken. Bisher sind neben den Toten 40 Verwundete Opfer des Kampfes geworden. In Pittsburg treffen noch immer Truppenverstärkungen ein.

### Ein Soldschreiber des Unternehmertums.

Gestern spielte Lebius vor Gericht wieder eine Rolle, um die ihn niemand beneiden wird. Als Kläger gegen unseren verantwortlichen Redakteur Weber trat er auf. Bald aber sah er sich durch eine lange Reihe begründeter Weisungsanträge, die Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld als Verteidiger Webers stellte, in die Rolle eines Angeklagten gedrängt, der mit leidenschaftlichem Eifer, aber ohne den gewünschten Erfolg, sich gegen die Beschuldigungen zu wehren suchte, die Rechtsanwalt Rosenfeld gegen ihn erhob und unter Verweis stellte.

Ein Gerichtsbericht, den wir über eine Klagesache Lebius' gegen Weber am 13. Januar veröffentlichten, bringt nebenbei eine für das Verständnis der Prozeßverhandlung notwendige Kennzeichnung der Persönlichkeit des Lebius sowie seiner journalistischen Leistung, die den Gegenstand der damaligen Klage bildete. Der Bericht über jene Verhandlung veranlaßte Lebius zur Erhebung einer neuen Verleumdungsklage. Diese wurde gestern vor dem Schöffengericht verhandelt. Bekanntlich hat das Kammergericht aus Anlaß einer früheren Verleumdungsklage des Lebius gegen den „Vorwärts“ entschieden, der Wahrheitsbeweis über die moralische Qualität des Klägers Lebius müsse zugelassen werden, da diese für die Beurteilung einer Verleumdung von wesentlichem Einfluß sei. Weber machte also von seinem guten Recht Gebrauch, indem er durch seinen Verteidiger eine Reihe von Anträgen stellte, um zu beweisen, daß Lebius ein Mann sei, dem in Bezug auf Ehre nicht derjenige Schutz gebühre, auf den sonst jeder anständiger Mensch Anspruch habe, und daß selbst die schärfsten Ausdrücke nicht scharf genug seien, um Lebius und sein Treiben zutreffend zu kennzeichnen. Ausgehend von dieser Ansicht, stellte der Verteidiger folgende Weisungsanträge:

Es solle bewiesen werden, daß Lebius gleichzeitig für Zeitungen verschiedener Parteirichtung, und zwar eine nationalliberale, eine unparteilich-zentrumsfreundliche und — eine sozialdemokratische geschrieben habe. Nicht etwa, wie Lebius behauptet, unpolitische Lokalnotizen, sondern Artikel politischer Tendenz.

Es solle bewiesen werden, daß Lebius, als er Redakteur einer in Vohum erscheinenden parteilosen Zeitung gewesen sei, zu dem Verleger einer gleichfalls in Vohum erscheinenden national-liberalen Zeitung gegangen sei und sich erboten habe, in der national-liberalen Zeitung gegen die Zeitung zu polemisieren, deren Redakteur er zu jener Zeit nach gewesen sei. Auf diese Weise — so habe Lebius dem Verleger gesagt — könne die Zeitung, an der er angestellt sei, kaputt gemacht werden.

Es solle bewiesen werden, daß Lebius während der Zeit, wo er journalistisch, vielleicht auch noch während der Zeit, wo er bereits als sozialdemokratischer Redakteur tätig gewesen sei, mit der Polizei in Verbindung gestanden und ihr Berichte geliefert habe.

Es solle bewiesen werden, daß Lebius zu einer bestimmten Zeit sich selber nicht zu den ehrenhaftesten Menschen rechnen könne, denn er habe, was ebenfalls erwiesen werden könne, gesagt: „Geseh, Humanität, Moral, das sei alles Anstus, das Geld regiere die Welt, Geld stehe höher als alle Ideale, der Grundlag der Journalisten sei: vor uns am meisten zählt, der hat uns.“

Es solle bewiesen werden, daß Lebius in einem früheren Prozeß gegen den „Vorwärts“ zum Beweise dafür, daß einflussreiche Führer der Sozialdemokratie anders über ihn denken, wie der „Vorwärts“, die unwahre Behauptung aufgestellt habe, daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Sadekum ihm vor kurzer Zeit eine Glückwunschkarte gesandt habe.

Es solle bewiesen werden, daß Lebius als Herausgeber einer Zeitung bei einem Prozeß gegen den Verfasser des unter Anklage gestellten Artikels nicht genannt habe, daß er aber nach Jahren, als derselbe Verfasser gegen ihn als Zeuge vor Gericht geladen werden sollte, denselben

bei der Dresdener Polizeidirektion als Verfasser des Artikels benannt habe, der sich gegen einen Dresdener Polizeibeamten gerichtet habe.

Es solle bewiesen werden, daß Lebius durch seine Frau versucht habe, einen Zeugen, der in einem früheren Prozeß gegen ihn geladen gewesen sei, zum Meineid zu verleiten.

Es solle bewiesen werden, daß Lebius in einem früheren Prozeß einen Dresdener Journalisten wahrheitswidrig als Polizeispion bezeichnet habe.

Es solle bewiesen werden, daß Lebius unter falschen Vorspiegelungen einen jungen Mann zur Abfassung einer Drohschüre bewogen habe, die Lebius nachher so zurückgefordert habe, daß sie lediglich eine bestimmte Person vernichten sollte, die als Zeuge gegen ihn vor Gericht zu erscheinen hatte und daß es dem Lebius darauf angekommen sei, diese Drohschüre noch vor dem betreffenden Berichtstermin erscheinen zu lassen, um dadurch den ihn belagerten Zeugen als nicht einwandfrei hinzustellen.

Es solle bewiesen werden, daß Lebius als Führer der gelben Arbeitervereine

### Die Arbeiter kläufte,

indem er ihnen vorspiegelte, er vertrete ihre Interessen, während er tatsächlich die Interessen der Unternehmer vertrete, die ja auch die Geldmittel für die gelben Vereine und deren Blatt aufbrachten.

Es solle bewiesen werden, daß Lebius bei einer in einem gelben Verein vorgenommenen Unterschlagung sich der Begünstigung schuldig gemacht hat.

Es solle bewiesen werden, daß Lebius die verschiedenen Wandlungen durchgemacht habe, von einer Partei zur anderen gegangen sei, als er unter Hinterlassung von Schulden die Sozialdemokratie verlassen habe, sei er in Dresden zu den Nationalsozialisten gegangen; nachdem er auch von diesen abgeschüttelt wurde, sei er unter Hinterlassung eines beträchtlichen Schuldenkontos plötzlich aus Dresden verschwunden.

Wenn diese Beweise erhoben würden — jagte der Verteidiger —, dann werde der Kläger als ein Mann gekennzeichnet, dessen Gemeinschaft jeder anständige Mensch meide, und der sich durch Neuerungen, wie sie im „Vorwärts“ gegen ihn gebraucht worden seien, nicht beleidigt fühlen könnte.

Angesichts dieses wichtigen Beweismaterials mag dem Kläger Lebius jedenfalls nicht wohl zumute gewesen sein. Als er sich zu den Beweisunterlagen äußern sollte, spielte er eine recht klägliche Rolle. Vieles von dem, was der Verteidiger angeführt hatte, bezeichnete Lebius als unwahr, und wo er bereits erwiesene Tatsachen nicht abstreiten konnte, suchte er ihnen eine möglichst harmlose Deutung zu geben. Der Umstand, daß seine bewegte Vergangenheit durch seine eigene Schuld nun vor Gericht beleuchtet werden soll, brachte den Kläger Lebius in eine verärgerte Stimmung, die ihn mehrmals zu groben Ausschreitungen im Gerichtssaale hinriß, welche der Vorsitzende entschieden rügte. Zunächst suchte Lebius dadurch Stimmung zu machen, daß er sich als eine von den Sozialdemokraten verfolgte Unschuld aufspielte. Mit unerschrockener Dreistigkeit stellte Lebius die Behauptung auf, es werde in diesem Prozeß

#### mit Meineiden

gegen ihn operiert. Die gegen ihn benannten Zeugen Schriftsteller Wah aus Dresden und dessen Frau bildeten mit einem dritten Zeugen, dem Militärschriftsteller Dietrich zusammen einen Meineidflügel, sie schwören im gemeinsamen Interesse Meineide. Weiter brachte der Kläger die schon oft als bodenlose Verleumdung erwiesene Behauptung vor, in der Sozialdemokratie gelte es als Pflicht, politische Gegner durch Meineide zu vernichten. Als Weber zu den Weisungsanträgen eine Bemerkung machte, bezeichnete Lebius diese als unwahr und richtete an Weber die Frage, ob er das auch beschwören wolle. Als Weber das bejahte, jagte Lebius wütend: „Dann sind Sie Ihrer Parteigenossen würdig. Fiat Deibel!“

Da diese Äußerung des Lebius unmittelbar hindeutete auf seine Behauptung, in der Sozialdemokratie gelte der Meineid gegen den Gegner als Pflicht, so forderten Weber und seine Verteidiger den Schutz des Gerichts vor solchen infamen Verleumdungen. Der Vorsitzende stellte dem Lebius denn auch eine Ordnungsstrafe in Aussicht, falls er seine Schwärzereien nicht zurücknehme. Das tat Lebius. Ein ähnlicher Vorgang hatte sich übrigens schon zu Beginn der Verhandlung abgespielt. Da bezeichnete Lebius den Verteidiger Rosenfeld der Unglaubwürdigkeit. Doch mußte er diese Verunglimpfung auf Veranlassung des Vorsitzenden ebenfalls zurücknehmen. Als später Zeugen für die einzelnen Weisungsanträge benannt wurden, kam Lebius wieder auf seine Meineidphantasien zurück. Ich bitte — jagte er —, keinen Sozialdemokraten als Zeugen zu haben, da diese alle Meineide leisten. Ich werde ein Buch von Kautsky vorlegen, worin gesagt wird, daß den Sozialdemokraten im politischen Interesse Meineid und Diebstahl gestattet sind. — Der Vorsitzende wies diesen Ausfall mit der Bemerkung zurück: Die Glaubwürdigkeit eines Zeugen könne doch erst dann angefochten werden, wenn der Zeuge vor Gericht stehe.

Die Verhandlung kam nicht zum Abschluß. Das Gericht beschloß, Beweis darüber zu erheben, ob Lebius gleichzeitig für Zeitungen verschiedener politischer Richtungen geschrieben habe; ob er sich in Vohum zur Bekämpfung des Blattes, an dem er angestellt war, erboten habe; ob er als Sozialdemokrat mit der Polizei in Verbindung gestanden habe; ob er die bezeichnete Karte von Sadekum erhalten habe; ob er die Äußerung: „Moral ist Kumpel“ usw. gemacht habe; ob er einen Zeugen zum Meineid zu verleiten gesucht habe, und ob er von den Nationalsozialisten abgeschüttelt worden sei und Dresden nach Hinterlassung eines größeren Schuldenkontos plötzlich verlassen habe.

Es wird also wieder einmal vor Gericht in die Vergangenheit des Lebius hineingeleuchtet werden. Angenehme Bilder sind es nicht, die man da zu sehen bekommen wird. Doch ihre Aufrollung ist nötig, um die Person eines Schlingens der Unternehmer gebührend zu zeichnen.

### Jugendbewegung.

#### Die Gewerkschaften und die Jugendbewegung.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission deutscher Gewerkschaften“ schreibt:

„Der Buchdrucker-Korrespondent“ beschäftigt sich in einer seiner Artikelserien neuerdings mit der Frage der Jugendberziehung. Schon im zweiten Artikel beginnt er, gegen die von Partei und Gewerkschaften in vielen Orten eingeleiteten Jugendausschüsse Sturm zu laufen. Er fordert die Verbandsmitglieder auf, die Buchdruckerlehrlinge von dem Besuch der Veranstaltungen der Jugendausschüsse und vom Beitritt in die Jugendorganisation abzuhalten. Den Gewerkschaften und besonders der Generalkommission wird der Vorwurf gemacht, sie lassen sich in allen wichtigen Fragen von der Partei das Messer „aus den Händen winden“. Und der Partei wird das Zeugnis ausgestellt, ihre Taktik gelte dahin: „Die kompromittiere ich die Gewerkschaften nach außen, um ihnen den Rimbuss der Neutralität und Unabhängigkeit gründlich zu rauben.“ (1) Das Blatt bezeichnet dann schließlich die „sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Jugendberziehung als für die Gewerkschaften gemeinschädlich“, die „unbedingt abgelehnt werden“ müsse.

Wir haben keine Ursache, die Gewerkschaften bezu. die Generalkommission gegenüber diesen ebenso takt- als verständnislosen Anwürfen zu verteidigen, weil sie in sich selbst zusammenfallen. Und ist nicht bekannt, daß die „Korrespondent“-Redaktion jemals irgendwelche Schritte zur Erziehung der Buchdruckerjugend unternommen hätte. Solange der „Korrespondent“ nicht mit praktischen Resultaten auf diesem Gebiete aufwarten kann, wird er sich mit dem Schibolä abfinden müssen, daß die Gewerkschaften auf dem von ihnen nun einmal als richtig erkannten Weg weiter gehen. Die gewerkschaftliche Neutralitätsfrage hat wirklich nichts damit zu tun, da die eingeleitete Organisation der Jugendberziehung außerhalb des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes vor sich geht. Die gewerkschaftlichen Interessen können dabei nur durch die Mitarbeit der Gewerkschaften gewahrt werden. Das Recht der einzelnen Verbände, besondere Abteilungen für ihre jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge zu errichten, wird durch die Mitarbeit gewerkschaftlicher Kreise in den Jugendausschüssen nirgends angetastet; es ist im Gegenteil recht erwünscht, daß in dieser Richtung mehr als bisher geschieht. Die Gewerkschaften haben ein sehr großes Interesse daran, daß die nun einmal vorhandenen Bestrebungen der jungen Generation nach Schulung und Befähigung in Wahren gelenkt werden, die zu erproblichen Resultaten führen. Sie haben dagegen kein Interesse daran, die Jugendberziehung den konfessionellen Jünglingsvereinen oder deren Extrem, anarchisierenden Phrasen, zu überlassen. Der „Korrespondent“ wird es also den Gewerkschaften gefällig überlassen müssen, selbst darüber zu entscheiden, was für sie „gemeinschaftlich“ ist oder nicht.

# Gewerkschaftliches.

## Das liberale Reichsvereinsgesetz.

Waldenburg, 21. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Am 6. Juli d. J. wurde der Vertrauensmann der Zahlstelle Gottesberg des Deutschen Bergarbeiterverbandes vor dem dortigen Schöffengericht, weil er jugendliche, unter 18 Jahre alte Bergarbeiter in den Bergarbeiterverband aufgenommen hatte, zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verurteilung erfolgte, weil der Bergarbeiterverband als politischer Verein anzusehen sei. In der heutigen Berufungsinstanz vor der Strafkammer zu Waldenburg wurde das schöffengerichtliche Urteil bestätigt mit der Begründung, daß der Bergarbeiterverband sich mit politischen Angelegenheiten beschäftige, infolgedessen den politischen Vereinen zuzuzählen sei, was zur Folge habe, daß jugendliche Bergarbeiter ihm nicht angehören dürften. Der Staatsanwalt begründete seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Sachs, ein Führer der Sozialdemokratie sei. Dies schon genüge, um zu beweisen, daß der Verband ein politischer sei.

Der Staatsanwalt hat sich die Sache wirklich sehr leicht gemacht. Nach jener Logik sind alle agrarischen Genossenschaften konservative politische Vereine, denn die Hauptleiter sind konservative Führer. Es soll auch Schützen-, Sängervereine und sonstige Sportvereine geben, deren leitende Persönlichkeiten ausgesprochene Parteimänner sind. Der Waldenburger Staatsanwalt hat da seinen Kollegen im Reich ein großes Feld staatsrechtlicher Wirksamkeit gezeigt. Also los auf die politischen Vereine!

### Bürger Lebus abermals beleidigt.

Wegen Beleidigung des Führers der „gelben“ Gewerkschaften, Lebus, ist dieser Tage der Redakteur der „Hilfe“ Dr. Heuß zu 125 M. Strafe verurteilt worden. Heuß hatte von den gerichtlich festgestellten Qualitäten des Herrn Lebus gesprochen. Der von seinem Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Engel, in umfassender Weise angebotene Wahrheitsbeweis wurde leider vom Schöffengericht abgelehnt und Heuß wegen formaler Beleidigung verurteilt. Der Prozeß, der das Treiben der „gelben“ Gewerkschaften und ihres leitenden Mannes gebührender feststellen wird, wird eine zweite Auflage erleben, da Dr. Heuß sofort Verurteilung eingelegt hat.

Da übrigens auch im Prozeß Lebus kontra Weber das Gericht dem Antrage Webers, den Wahrheitsbeweis in vollem Umfange zuzulassen, stattgegeben hat, wird man den gelben Helden in der Glorie aller seiner menschenfreundlichen und moralischen Taten zu bewundern Gelegenheit finden.

### Die Polizei als Statistiker.

In Kassel und Bromberg ist die Polizei bemüht, zu erfahren, wer die Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften an Orte sind, wieviel Mitglieder sie haben und wie hoch die Kassendebüts sind. Wie die Beamten auf Anfrage sagen, sollen diese Angaben dem Zwecke einer Statistik dienen. Die Beamten sind in den Wohnungen der ihnen bekannten Vorstandsmitglieder gewesen und haben sich dort die erdenklichste Mühe gegeben, etwas herauszubekommen. Die befragten Vorstandsmitglieder haben sich jedoch in Schweigen gehüllt.

Was soll diese Aktion? Für wen oder für welche Zwecke veranstaltet die Polizei diese Umfrage?

### Berlin und Umgegend.

#### Die streikenden Jungbierkutscher

berfammlen sich am Dienstagmorgen im Gewerkschaftshaus. August Werner vom Deutschen Transportarbeiterverband berichtete, daß die Bewegung einen vielversprechenden Anfang genommen habe und zu einem Erfolge führen würde, wenn die Kutscher fest zusammenhalten. Es gelte, den Preis von 12 Pf. pro Liter Bier zur Durchführung zu bringen. Die Brauereibesitzer hätten sich auf 13 Pf. festgelegt. Die Kutscher haben ein Flugblatt verbreitet, um ihre Kundenschaft über die Situation aufzuklären; sie erwarren, daß das Publikum auf ihre Seite treten werde. Die Arbeiter können es sich auch nicht gefallen lassen, daß sie in Zukunft bei einer Bierpreissteigerung nicht mitreden sollen. Das aber beabsichtigen die Unternehmer und bedrohen damit die Existenz der Fahrer. — Die Jungbierfahrer vom Deutschen Brauhaus haben am Dienstagmorgen ebenfalls die Arbeit eingestellt, und bei 8 Uhr sind die Fahrer, die noch arbeiten, schwänkend geworden; sie werden sich vielleicht auch der Bewegung anschließen. — Wo die Unternehmer versuchen, Abmachungen mit einzelnen Fahrern zu treffen, sollen sich diese nicht darauf einlassen, ohne einen Vertreter ihrer Organisation hinzuzuziehen.

**Achtung, Friseurgehilfen!** Wegen Differenzen und Tarifbruch für Verbandsmitglieder gesperrt: Erlking, Wiesenstr. 20; Zech, Michaelskirchstr. 2. Geregelt: Ebel, Schönleinstr. 28; Sigus, Sparrstraße 11; Anuth, Frankfurter Chaussee 134; Mädlein, Ober-Schöneweide, Marienstr. 6.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands.  
Zweigverein Berlin und Vororte.

### Achtung, Radierer!

Die Radierer der Firma Vorig in Tegel sind mit dem gestrigen Tage in den Streik eingetreten. Veranlassung dazu gaben die geradezu ungeheuerlichen Abzüge, die seitens der Betriebsleitung — ob mit Wissen des Firmenträgers, des Kommerzienrats Vorig, mag dahingestellt sein — vorgenommen werden sollten. So sollte nach den neuerlichen Preisreduktionen zum Beispiel eine Kommission, die bisher mit 17 M. berechnet wurde, in Zukunft nur noch mit 10 M. bezahlt werden. Ein anderer Aufschlag wurde gleichfalls von 17 M. auf 9 M. herabgesetzt. Dieses schien dem Betriebsleiter jedoch noch um 1 M. zuviel, so daß seinen Kürzungen gemäß sich der nunmehrige Preis auf 8 M. beläuft. Mit den anderen Arbeiten sind ebenfalls bedeutsame Herabsetzungen vorgenommen worden. Alles im Interesse der Konkurrenz und — der Arbeiter!! — Bezug ist fernzuhalten!

Verband der Maler, Radierer, Anstreicher usw., Ortsverwaltung Berlin.

### Achtung, Metallarbeiter!

Differenzen sind bei der Firma R. Eichler, G. m. b. H., in Fürstentwale ausgebrochen. Die dort beschäftigten Metallarbeiter wollten über die erfolgte Maßregelung eines ihrer Kollegen mit der Firma sprechen. Dies betrachtete die Firma als einen Eingriff in ihr „Herrschaftsrecht“ und entließ infolgedessen sämtliche Metallarbeiter. Es wird ersucht, den Bezug nach Fürstentwale fernzuhalten. Die Firma R. Eichler ist gesperrt. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck ersucht.

Deutscher Metallarbeiterverband, 3. Bezirk.

### Deutsches Reich.

#### Aufgehobene Ausperrung.

Nach einer fünfzehnjährigen Dauer ist die Ausperrung der Glasarbeiter in Eiertal im Sigteta aufgehoben worden. Im Frühjahr dieses Jahres schlossen sich die Arbeiter der Glasfabrik Littel u. Co. (Inhaber Oberender) dem Glasarbeiterverband an. Der Unternehmer stellte darauf die Arbeiter vor die Alternative, entweder aus dem Verbande auszutreten oder aus gesperrt zu werden. Die Arbeiter ließen sich

nicht einschüchtern, hielten treu zu der Gewerkschaft, worauf am 8. Mai die Defen gelöst wurden und die Ausperrung erfolgte. — Nachdem alle Versuche, die Arbeiter breitzuschlagen, erfolglos blieben, sah sich endlich die Firma, die vom Vorsitzenden des „Thüringer Glasindustriellenverbandes“ dirigiert wurde, genötigt, den Betrieb wieder zu eröffnen. Die Fabrikleitung sah sich gezwungen, die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit aufzufordern. Der Verlauf der Ausperrung bedeutet für den Thüringer Glasgewaltigen eine blamable Niederlage, die anderen Scharfmachern zur Warnung dienen möge.

### Weitere Arbeiterentlassungen in der Tabakindustrie.

Am dritten Bau des Tabakarbeiterverbandes (Braunschweig und Umgebung) sind insgesamt etwa 4400 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Tabakindustrie beschäftigt. Davon sind infolge des Tabaksteuergesetzes seit dem 15. d. M. 388 Arbeiter beschäftigungslos.

### Eisenbahnarbeiterstreik.

Zu einem Streik unorganisierter Streckenarbeiter kam es am 20. August auf der Franzburger Kleinbahn in Vorpommern. Die Ausständigen verlangen den bescheidenen Stundenlohn von 30 Pf., haken aber noch kein Entgegenkommen auf seiten der Betriebsdirektion gefunden.

### Streik bei den Tunnelarbeitern in Löhlsburg in Lothringen.

Von den bei den Tunnelarbeiten beschäftigten Arbeitern haben 73 Maurer, Mineure und Hilfsarbeiter — 23 davon sind Deutsche, die übrigen Italiener — die Arbeit niedergelegt. Schon vor vier Wochen forderten die Maurer und Mineure 58 Pf., die Hilfsarbeiter 48 Pf. und die jüngeren Arbeiter 30 Pf. Stundenlohn. Der Betriebsleiter am Bau sagte in einer Besprechung mit dem Bauleiter des Maurerverbandes zu, die bisher bezahlten Löhne um 5 Pf. zu erhöhen, mit Ausnahme der Löhne der Mineure. Damit gaben sich die Arbeiter, die bisher als Maurer und Mineure 45 bis 50 Pf. (bei den Mineuren kommen noch sogenannte Prämiengehälter hinzu), als Hilfsarbeiter 38 bis 43 Pf. Stundenlohn hatten, zufrieden. Als aber die erhöhten Löhne ausbezahlt werden sollten, erhielten nur einige Maurer eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde. Der Bauleiter wollte von seiner gegebenen Zusage nichts mehr wissen. Vorstellungen bei dem Vertreter der Firma Ph. Holzmann u. Co. in Strahlburg, die die Arbeiten ausführte, waren erfolglos, so daß die Arbeiter sich veranlaßt sahen, die Arbeit einzustellen. Vier christlich organisierte Arbeiter wurden zu Streikbrechern. Sie werden von bewaffneten Gendarmen nach und von der Arbeitsstelle begleitet, ebenso zwei italienische arbeitswillige Vorarbeiter. Den anderen Italienern hat man schon mit der Ausweisung gedroht. Die Arbeiter hoffen auf einen vollen Sieg, wenn der Zugzug streng ferngehalten wird.

### Zum Maurerstreik in Gdernsförde-Borby.

Der seit dem 15. Juli toben Kampf hat sich in den letzten Tagen bedeutend verschärft. Die Unternehmer haben nicht allein schwarze Listen in Umlauf gesetzt und die Baumaterialienhändler auf Veranlassung des Unternehmerverbandes die Materialsperrung verhängt, damit die Streikenden nicht für sich selbst arbeiten oder von Privatleuten beschäftigt werden können, man ist jetzt noch dazu übergegangen, auch die Lehrlinge ganz besonders heranzuziehen. Auf den Neubauten arbeiten die Lehrlinge unter Aufsicht und Mithilfe der Meister und Poliere, müssen nach Feierabend sogar noch Steine tragen und erhalten dafür eine Vergütung von 3 bis 4 M. die Woche. (1) So werden die jungen Arbeitskräfte ausgebeutet. — Streikbrecher sind nicht vorhanden. Wenn Zugzug ferngehalten wird, muß trotz aller Anstrengungen der Scharfmacher der Sieg auf seiten der Streikenden sein.

# Aus Industrie und Handel.

## Verteuerung der Lebenshaltung.

Wenn man auf Grund der Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten den wöchentlichen Kostenaufwand für die vierköpfige Familie in 65 deutschen Städten ermittelt, gewinnt man folgende Durchschnittsziffer für den Nahrungsmittelaufwand:

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
22,46	22,37	22,47	22,59	22,87	23,24	23,67

Gegenüber Februar ergibt sich im Juli somit ein Plus von 1,30 M. pro Woche oder von zirka 5,58 pro Monat. Die relative Steigerung gegen Februar beträgt nicht weniger als 8,2 Proz. Die Steigerung der Nahrungsmittelpreise im laufenden Jahre macht sich um so mehr bemerkbar, als gerade in diese Zeit der steigenden Preise noch die zum Teil weit übertriebene Abwälzung der neuen Steuern auf die Verbraucher fällt. Am höchsten steht die Standardziffer mit 28,28 M. in Köln, am niedrigsten mit 19,74 in Alsenstein.

Die Nahrungsmittel, deren Preisbewegung die Steigerung bewirkt hat, sind vor allem Kartoffeln, Butter und Schweinefleisch. Der Kartoffelpreis ist ungewöhnlich stark gestiegen; er stieg in den letzten Jahren von Juni auf Juli gewöhnlich zurückzugehen. Er ist jetzt in Danzig von 10 Pf. pro Kilogramm im Juni auf 20 Pf. pro Kilogramm im Juli gestiegen, in Graudenz gar von 7 auf 21 Pf. In Frankfurt a. D. stieg er von 6 auf 11, in Köln von 7 auf 15, in Gletzig von 6 auf 20, in Flensburg von 13 auf 23 Pf. Der Preis in Kassel ist von 11 auf 19 Pf. gestiegen. Auch der Butterpreis weist zum Teil äußerst starke Steigerungen auf; er ist zum Beispiel in Königsberg i. Pr. von 2,40 M. pro Kilogramm im Juni auf 2,60 M. im Juli hinaufgegangen; in Hannover betrug er 2,70 gegen 2,90, in Paderborn 2,40 gegen 2,90, in Kaden 2,60 gegen 2,40 M. Der Preis für Schweinefleisch ging vornehmlich in Danzig, Potsdam, Brandenburg a. S., Posen, Bromberg, Gdansk, Biegnitz, Erfurt, Kiel, Flensburg, Harburg, Emden, Danau und Trier hinauf. Der höchste Schweinefleischpreis wurde im Juli mit 2,60 M. in Hanau, Frankfurt a. M. und Köln, der niedrigste mit 1,85 M. in Graudenz notiert.

Immer fühlbarer wird dem Volke der Segen der schwarz-blauen Zoll- und Steuerwucherpolitik.

## Schätzung der Weltweizenernte.

Eine Schätzung der Weltweizenernte für das letzte Jahr, in Vergleichung mit den Entsergebnissen der Vorjahre, ergibt nach „Vegetation Evening Corn Trade List“ für 1900 einen Rekordretrag. Folgende Angaben zeigen das:

### Weizenernte.

Europa	Außereuropäische Länder	Insgesamt
1904 . . . . .	223	170
1905 . . . . .	223	182
1906 . . . . .	231	201
1907 . . . . .	211	184
1908 . . . . .	218	180
1909 . . . . .	224	197

Demnach wird die vorjährige Ernte um 23 Mill. Quarters übertraffen und sie reicht nahe an die Riesenernte des Jahres 1906 heran. Auch unter Berücksichtigung der Vorräte ergibt sich ein ganz

günstiges Verhältnis. Die Schätzungen rechnen mit folgenden Mengen aus Ernte und Vorräten in Mill. Quarters:

1904	1905	1906	1907	1908	1909
404	426	445	411	407	429

Ein abschließendes Urteil über die Preisgestaltung gestatten die Zahlen natürlich noch nicht. Die Schätzungen können noch etwelche Korrekturen erfahren, auch ist der Ertrag der übrigen Getreidearten besonders für uns von großer Bedeutung. Immerhin gehen die Preise am Getreidemarkt schon zurück. In welchem Umfange sich das auf die Mehlpreise und die Preise für Backerzeugnisse übertragen wird, kann man noch gar nicht absehen. Speziell für den heimischen Markt erlauben die günstigen Erntezahlen noch keine große Hoffnung auf bemerkenswertere Senken der Preise. Als Ball dagegen dient den Zählern der 5 resp. 5,50 Mark-Joll und das System der Einfuhrzölle.

## Das Kohlenyndikat und die Konsumentengenossenschaften.

Der Kohlenhandel ist vom Syndikat im großen und im kleinen reglementiert. Soweit nicht die verhältnismäßig geringen Kohlenquantitäten syndikatsfreier Bechen in Betracht kommen, muß auch der genossenschaftliche Kohlenbezug sich der Diktatur des Syndikats anpassen. Bedingt durch Ersparnisse bei Transport und Verschleiß können die Genossenschaften ihren Mitgliedern Vorteile verschaffen. Aber auch da spricht das Syndikat gelegentlich ein Rechtswort, wie es jetzt die Kohlenkasse Bibel zu veripären bekam. Die Details händler sind dort wie anderwärts gänzlich in die Hände des Syndikats gegeben; dazu kam, daß die Kohlenkasse, die von Jahr zu Jahr steigende Umlätze erzielt, einen wesentlichen Teil des Abzuges an sich gezogen hat. Segen das Syndikat können die Händler nichts unternehmen; nun versuchten sie es mit einer Aktion gegen die Kohlenkasse. Die Kohlenkasse verkauft regulär um zehn bis zwanzig Pfennig pro Tonne billiger als die Händler; die Händler erhoben nun Beschwerden bei der Frankfurter Geschäftsstelle des Syndikats, weil die Kohlenkasse den vorgeschriebenen Verkaufspreis nicht einhalte. Und wirklich zwang die Geschäftsstelle die Kohlenkasse bei Strafe der Disziplinierung, den Preis auf 1,30 Mark — das ist der auch den Händlern vorgeschriebene Einheitspreis — zu erhöhen. Selbstverständlich kann und wird die Kohlenkasse den Mehrerlös den Mitgliedern rückvergüten, aber nach anzuhin sieht es doch so aus, als befänden gleiche Einkaufspreise. Der Vorgang, der sich ähnlichermode an anderen Orten vollzogen hat, zeigt wieder, wie selbstherrlich der Kapitalismus schaltet.

**Amerikanische Ernte.** Die Hauptpunkte des von dem Ackerbau-bureau veröffentlichten August-Berichtes über den Stand der Getreideernte lassen sich, wie folgt, zusammenfassen:

In erster Linie besteht Aussicht auf eine Maisernte von 3 000 000 000 Bushel. Die bisher größte Maisernte war die des Jahres 1900, mit 2 927 416 000 Bushel.

Sodann wird ein Gesamttertrag der Weizenernte von 708 000 000 Bushel erwartet, ein Ertragnis, wie es bisher nur 1908 mit einer Ernte von 735 Millionen und in 1901 mit 748 Millionen Bushel übertraffen wurde.

Drittens steht eine Haferernte von 1 027 000 000 Bushel in Aussicht, wie solche noch in keinem früheren Jahre erzielt worden ist.

Die neuesten amtlichen und daraus zu berechnenden Ziffern der diesjährigen Getreideernte vergleichen sich mit den amtlichen Schätzungen der tatsächlichen letzten Ernte in folgender Weise (in Bushels):

	August 1909	Ernte im Jahre 1908
Winterweizen . . . . .	482 920 000	487 908 000
Frühjahrsweizen . . . . .	270 848 000	226 094 000
Weizen insgesamt . . . . .	753 768 000	668 004 000
Rais . . . . .	2 954 000 000	2 688 651 000
Safer . . . . .	1 027 000 000	807 158 000
Hoggen . . . . .	81 540 000	81 851 000
Gerste . . . . .	181 653 000	168 756 000

Für die übrigen Feldfrüchte stellt sich die Schätzung des Durchschnittsstandes am 1. Juli wie folgt:

Gerste 85,4 Proz. gegen 83,1 Proz. vor Jahresfrist und 86,1 Prozent im Durchschnitt der letzten zehn Jahre.  
Hoggen 80,1 Proz. gegen 88,8 Proz. vor Jahresfrist und 87,9 Prozent im Durchschnitt der letzten zehn Jahre.  
Weiße Kartoffeln 85,8 Proz. gegen 82,9 Proz. vor Jahresfrist.

## Die Wirkung des Tabaksteuergesetzes auf andere Industriezweige.

Einen weiteren Belag dafür, daß nicht nur die Tabakarbeiter selbst, sondern auch die in den Nebenindustrien beschäftigten Arbeiter durch die neuen Steuergeetze stark in Mitleidenschaft gezogen werden, können wir wiederum erbringen. So waren in Bremen bisher eine Anzahl Firmen, die zusammen 628 Arbeiter mit der Herstellung von Zigarrenkisten beschäftigt waren; durch die Verteuerung der Zigarren ist einmal der Konsum zurückgegangen, zum anderen wird an der Verpackung gespart. An Stelle der bisherigen Holzboxen tritt die billigere Papierpackung. Die Folge ist, daß allein in drei Bremer Zigarrenkistenfabriken mit 195 Arbeitern nur halbe Tage gearbeitet wird. In zwei weiteren Betrieben mit 175 Arbeitern ist eine Verkürzung der Arbeitszeit und damit natürlich auch des Verdienstes angekündigt.

# Letzte Nachrichten und Depeschen.

## Ein Reinfall.

Stockholm, 24. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Aktion der bürgerlichen Zeitungen gegen den Buchdruckerverband hat heute zur gerichtlichen Beschlagnahme der Verbandskasse geführt. Die auf die Beschlagnahme gesetzten Hoffnungen der Unternehmer wurden gründlich getäuscht. Statt des erhofften Verbandsvermögens in Höhe von einer halben Million Kronen fielen dem Gericht — 2 Kronen 41 Öere in die Hände.

## Betrüben.

London, 24. August. (B. G.) Die Waffenfabrik Ordnance Company hat in der letzten Woche von der englischen Regierung und von auswärtigen Staaten Aufträge an Geschützen und sonstigem Kriegsmaterial in Höhe von einer Million Pf. erhalten. Die Gesellschaft mußte 1500 neue Arbeiter einstellen, denen Arbeit für 18 Monate gesichert wurde.

## Schutz den Fremden in Mazedonien.

Konstantinopel, 24. August. (B. G.) Da die Zustände in Mazedonien sich von Tag zu Tag verschlimmern, werden die Vorkämpfer der Großmächte die Porte auffordern, für einen energischen Schutz der Bevölkerung in Mazedonien Sorge zu tragen.

Für den Schwedischen Generalstreik.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen ferner für die... Arbeiter ein:

- 6647 Hiltorf, 5. Rand u. Hartmann 7,25. 1 Telegraphenarbeiter 5,--. 197. Reg. X. 3. H. 2. ...

- v. H. Scholem, 2. Rate 12,70. Norddeutsche Stammfabrik 7,50. 6644 Buchdr. u. Seeger 2. Rate 12,40. ...

- Arbeiter der Märkischen Metallwarenfabrik 11,55. Kartonfabrik Megander 11,10. 7431 Kabinenfabr. Union 7,--. ...

Kleines feuilleton.

Städtische Schulzahnkliniken. Auf dem fünften Internationalen Zahnärztlichen Kongress, der diese Woche in Berlin tagt, wurde in der Sektion für Mund- und Zahnhygiene eine Frage von allgemeinem Interesse verhandelt.

Kontrolle systematisch zu gestalten, müsse die Fürsorge möglichst früh schon in den Kleinkinderschulen einsetzen. Bei der Behandlung der Schulkinder müsse größeres Gewicht auf die vorbeugenden Mittel gelegt werden.

nächstigen Besuch des Grafen in der Reichshauptstadt bereits die folgenden Schonungsbestimmungen vereinbart: Die Besucher des Zempelhofer Feldes erscheinen auf Gummischuhen.

Notizen.

- Zepelin für den Hausgebrauch. Zepelins Luftschiff ist im Verlage von J. F. Schreiber als Modellbogen erschienen. Es gibt eine große Ausgabe in vier und eine in zwei Bogen (jeder zu 15 Pf.).

Humor und Satire.

„Ruhe für den Grafen Zepelin!“ ist das Schlagwort, unter dem das Wolffsche Telegraphenbureau für die Herren des glücklichen Luftschiffers um Schonung fleht.

Gelber, welche per Post eingesandt werden, sind an H. Förster, Engellufer 15 I zu senden. Alle Sammlungen sind sofort an unserm Bureau, Engellufer 15 I, Zimmer 23, vormittags 9-12 1/2 und nachmittags von 4-7 1/2 Uhr abzuliefern.

Die Listen 3905, 3987, 1194 und 7248 sind verloren gegangen und sind beim Vorseigen anzuhalten.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Vom Bierkrieg.

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß das liberale Unternehmertum und Händlertum in wirtschaftlicher Beziehung nicht minder reaktionär und volksfeindlich ist als das Bruderpaar im Schnapsbiod, jetzt liegt er vor! Der Schnapsbiod, dieses für die soziale und kulturelle Entwicklung Deutschlands gefährliche Gebilde plünderte mit der Finanzreform das Volk um 400 Millionen Mark; das besonders in Berlin stark liberal durchgeführte Unternehmertum, das gern Arbeiterfreundlichkeit markiert und mit Worten für politischen Fortschritt schwärmt, verdoppelt und verdreifacht diese Last. Und besonders die Bierbrauer haben sich — schon längst auf einen ordentlichen Fischzug präpariert. Die großen Brauereien erwünschten die Steuererhöhung geradezu als äußeren Anlaß zu einer planmäßigen Plünderung. Was wir vor einigen Wochen als Resultat der Steuererhöhung in Verbindung mit der Straßsteuer für neue Brauereien kommen sahen, einen Vorkrampf, das ist nun tatsächlich in Bildung begriffen. Man hat nicht nur eine Produktionsregelung mit Abgaben für Reherzeugung und Prämien für Minderproduktion, vorläufig für ein begrenztes Gebiet — Berlin — geschaffen, es ist auch schon die Kampfeskarte gegen die noch vorhandenen Outsider festgelegt, um sie unter die Ringelkette zu zwingen, damit man nachher in der Preisfrage Rücksicht zu nehmen gar nicht mehr nötig hat. Ob ein Wirt bisher noch unabhängig war von den Brauereien oder nicht, das spielt dann nur noch eine sehr untergeordnete Rolle. Wie die Kohlenhändler eigentlich nur noch Angehörige des Kohlenyndikats sind, die selbst vorgezeichnete Preise zahlen und zu vorgezeichneten Preisen verkaufen müssen, so werden die Wirte die ganz willenslosen Objekte der Preisdiskatur des Bierkrampfes werden, wenn sie nicht mit kluger Taktik die Pläne der Ringbrauereien zuhause machen. Durch Einigkeit können die Wirte immer noch viel erreichen. Und wenn sie einzig sind im Kampfe gegen die plündernden Brauereien, wird ihnen auch die Unterstützung der Konsumenten nicht fehlen. Ganz sicher sind die Wirte betrogen und verkauft, wenn sie kurzfristigerweise auf die Kampfeskarte der Ringbrauereien hereinfallen. Um die ringfreien Brauereien mürbe zu machen, sollen sie bei ihrer Kundenschaft von den Trüfflersternen ziemlich erheblich unterboten werden — Schmuckkonkurrenz! Ja, man beabsichtigt sogar, mit Kunden der ringfreien Brauereien Verträge auf längere Zeit abzuschließen, und zwar zu Preisen, die unter den jetzigen liegen — also Preisabschlag, trotz der beschlossenen Preiserhöhung. Wer solche Verträge abschließt, in der Annahme wenigstens für seine Person ein gutes Geschäft zu machen, ist natürlich gründlich betrogen. Wellt es nämlich, sämtliche Brauereien dem Ringe anzuschließen, dann hat man auch Mittel und Wege, sich für die gewählten Preisvergünstigungen schadlos zu halten. Sind die Wirte sich der Folgen eines geschlossenen Brauereirings klar, rufen sie zu energischem Widerstand, bringen sie den Willen auf, eventuell für einige Zeit sogar Opfer zu bringen, vielleicht durch Bezug auswärtigen Bieres, dann treiben sie eine Politik der Wahrnehmung eigener Interessen, während sie nur die Geschäfte der Brauer besorgen, wenn sie auf deren Pläne eingehen. Jetzt ist die Konkurrenz noch groß genug, um Widerstand leisten zu können. Wählt man aber erst den Krut für Berlin und Umgegend Wirklichkeit werden, dann hat man den Weg bereiten helfen, auf dem die Verständigung mit den auswärtigen Brauereien leicht ist. Die Produktionsregelung wird dann auf erweiterter Basis vorgenommen, und dann ist es mit jeder Bewegungsfreiheit der Wirte vorbei. Deren Verhalten wird natürlich auch das der Konsumenten bestimmen. Nehmen die Wirte nicht den Kampf gegen die Brauer auf, dann werden sie sicher die Hauptleidtragenden sein.

Wohltot ohne offizielle Wohltotterklärung. Daß auch ohne öffentliche Ankündigung ein Wohltot durchgeführt, mit durchschlagendem Erfolg durchgeführt werden kann, hat sich in Bochum gezeigt. Gerade als folgten sie einem organisierten Versuch, wanderten die Biertrinker zu den Lokalen, in denen nicht verteuertes Bier ausgedient wurde. Neben der Freude über gemachte Ersparnis hätte man auch noch die über die Ratlosigkeit der Wirte, die infolge des stichschneidenden Fernlebens ihrer früheren Kunden wie aus den Wolken gefallen waren. Und der Erfolg? Der Preis sank überall schnell wieder auf den früheren Stand — und teilweise noch darunter. Recht wirkungsvoll mühte so ein stiller Wohltot sein, wenn er sich gegen eine bestimmte Brauerei richtete, vielleicht die, die den größten Einfluß hat und am energischsten die Preiserhöhung betrieb.

Passive Resistenz. In Kant beschloß am Sonntag eine von 6000 Personen besuchte Versammlung auf dem Marktplatz, in allen Wirtschaften, in denen für 1/4 Liter Bier mehr wie 10 Pf. oder für vier Bechtel Bier mehr wie 15 Pf. und für 1/2 Liter mehr wie 18 Pf. verlangt werden, passive Resistenz zu üben und kein Bier mehr zu trinken.

Es sich nicht mehr. Die Vereinsvorstände zahlreicher geselliger Vereine in Bochum beschloßen, unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen auf den strengen Verzicht des Biergenusses hinzuwirken. Um den Verschleß mehr nachdruck zu verschaffen, gaben mehrere Vereinsvorstände die Erklärung ab, daß sie auf die Abhaltung ihrer Wintervergünungen verzichten.

Umzug der Biertrinker. In Reddinghausen hat eine Reihe Wirte den Preis des Bieres auf 50 Pf. erhöht. Die Kunden dieser Wirte suchen nun andere Lokale auf, in denen noch zu den früheren Preisen verkauft oder wo durch Einführung der Pfennigrechnung nur der wirkliche Steueraufschlag mehr verlangt wird.

Pfennigrechnung. In Dortmund verschenken zahlreiche Wirte zu 18 und 18 Pf. große Gläser Bier. In Herne macht die Pfennigrechnung Fortschritte. Auch in Wiesbaden ist die Pfennigrechnung eingeführt worden.

Einführung der Gesangsprobe. Um einen Bierhohltot einzuleiten, hat ein Verein in Oberhausen seine Proben eingestellt. In Verfolg einer Besprechung mehrerer Vereinsvorstände soll eine öffentliche Stellungnahme erfolgen durch Einberufung von Versammlungen.

Rückgang im Flaschenbierhandel. In Kiel ist der Flaschenbierhandel infolge des Aufschlags von 2 Pf. auf die Flasche bedeutend zurückgegangen. Auf den Wirten, in Fabriken und Werkstätten trinkt man wie auf den Wänten vorwiegend Milch und Kaffee. Auch in mehreren Nachbarkästen haben die Arbeiter die Verampfung der Bierpreiserhöhung durch Abstinenz beschlossen.

Bierkrieg in Lübeck. Hier sollte der Preis für das vier Bechtel-Bier-Klas um 5 Pf., für die Flasche um 2 Pf. heraufgesetzt werden. Verhandlungen mit den Wirten und Brauereien hatten das Resultat, daß der Glaspreis nur um 2 Pf. erhöht werden sollte, jedoch wollte man von der Preissteigerung des Flaschenbieres, das im Hafengebiet vorwiegend konsumiert wird, nichts nachlassen. Eine am Sonnabend abgehaltene Versammlung lehnte das Angebot ab. Laut Beschluß wird nunmehr versucht, durch Abstinenz die Beibehaltung der alten Preise zu erzwingen.

Verfehlte Spekulation. In Duisburg hatten sich Brauer und Wirte dahin geeinigt, durch Einführung der Zwangsmindestpreise den Konsumenten den Preis pro Liter um 7 1/2 bis 10 Pf. zu erhöhen; die Wirte sollten den Brauern 4 M. pro Hektoliter mehr zahlen. Aber die Herrschaften dürften das Red des Bären doch zu früh verkauft haben. In einer vom Gewerkschaftsrat einberufenen Volksversammlung wurde das Vorgehen des Brauereikapitals in Gemeinschaft mit den Wirten einer scharfen Kritik unterzogen und dann von den über 1500 Anwesenden einstimmig beschlossen, die Preiserhöhung abzulehnen. Zunächst soll im Interesse der in der Brauindustrie beschäftigten Arbeiter noch versucht werden, Verhandlungen zwecks Zurückführung der Bierpreise auf ein vernünftiges Maß anzuknüpfen. Sind diese Bemühungen nicht von Erfolg, so wird die vollständige Enthaltensamkeit des Biergenusses proklamiert.

Daß man sich von der Preiserhöhung, selbst nach den etwas reduzierten Sätzen gegenüber der ersten Forderung von 6 M. pro Hektoliter, eine ganz erhebliche Gewinnsteigerung verspricht, beweist die Kurdenwicklung der Braueraktien. Gegenüber dem Januarkurs ergibt sich im August dieses Jahres ein Vorsprung um 8,72 Proz., während im vergangenen Jahre ein Kursrückgang um 6,44 eingetreten war. Während bisher die Berliner Brauereien den Hauptanteil an der Steigerung hatten, ist im August auch der Kurs der außerhalb Berlins belegenen Brauereien außerordentlich gestiegen. Bei den Berliner Brauereien ist der Kurs von Ultimo Juli auf Mitte August durchschnittlich nur um 1,30 Proz. des Nominalkapitals hinaufgegangen, und zwar von 150,92 Ultimo Juli auf 152,22 Mitte August. Der Kurs der übrigen Brauereien dagegen ist von 140,57 auf 151,07 gestiegen, er nahm demnach um 4,50 Proz. des Nominalkapitals zu. Unter den nicht in Berlin belegenen Brauereien sind vornehmlich die hannoverschen, die rheinischen und schließlich noch die im Königreich Sachsen domizilierten Brauereien zu nennen, deren Kurs anscheinlich in die Höhe gegangen ist.

Aus der Partei.

Antwort auf drei Fragen des „Vorwärts“.

Nachdem nun auch die „Leipziger Volkszeitung“ gesprochen hat, will ich die Antwort auf die Vorwürfe, welche die Redaktion des „Vorwärts“ in der Sonntagsnummer an meine Adresse gerichtet hat, nicht länger hinausschieben.

Erstens: In Sachen der „Leipziger Volkszeitung“ stelle ich fest, daß dieses Blatt auch nicht die leiseste Spur eines Beweises für seine Behauptung erbringt, ich sei „Verhörerstatter rechtsliberaler russischer Blätter“. Sie hilft sich leblich nach der Weise einer unqualifizierbaren Journalistin dadurch aus der Verlegenheit, daß sie dasjenige russische Blatt, für das ich von Zeit zu Zeit Briefe über Sozialpolitik schreibe, heranzieht und dann mich als von der russischen Sozialdemokratie verworfenen hinzustellen sucht. Mit welchem Recht, mag man daraus ersehen, daß das mittlerweile unterdrückte, feinerzeit einzige große sozialdemokratische Tageblatt „Lavoritisch“ aus meinen Briefen an die „Ruskaia Wjedomosti“ mit Befriedigung Stücke übernahm und mich hat, auch ihm solche Briefe zu schreiben, welcher Einladung ich dann auch nachgegeben bin. Es liegt nicht der geringste Anlaß für mich vor, die Bezeichnung erlogen hinsichtlich der Notiz der „Volkszeitung“ zurückzunehmen. Ich habe sie vielmehr nur fast zu unterbreiten.

Zweitens: In Sachen des „Nimm mich mit“ stelle ich fest, daß vor etwa vier Wochen Genosse Hermann Müller vom Parteivorstand mir mitteilte, es seien Beschwerden über das Erscheinen eines Artikels von mir im „Nimm mich mit“ beim Vorstand eingelaufen und mich um Aufklärung ersucht. Ich teilte ihm mit, was ich an dieser Stelle berichtet habe, und Müller sagte mir etwas später, der Vorstand habe den Beschwerdeführern entsprechend geantwortet, die Sache sei damit erledigt. Um dieselbe Zeit habe ich ferner im Bureau des Parteiarchivs dem Genossen Schröder von der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“, der mich um den Aufsatz ersuchte, in Gegenwart anderer dort arbeitender Genossen ebenfalls erzählt, wie der Aufsatz in das „Nimm mich mit“ kam, und erst letzten Freitag, als ich im Archiv mit dem Genossen Stücken von sozialdemokratischen Pressebureau mich unterhielt und die Rede auf die „Nimm mich mit“-Affäre kam, bemerkte Stücken: „Ich weiß ja, wie die Sache da hineingekommen ist“. Alle die Genannten, Parteivorstand, Redaktion des Pressebureaus und Redaktion der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“, arbeiten in Bureaus auf demselben Stockwerk desselben Gebäudes, wie die Redaktion des „Vorwärts“, es findet zwischen ihnen über alle möglichen Dinge Informationsaustausch statt, wie sollte ich da auf die Idee kommen, daß die Redaktion des „Vorwärts“ hinsichtlich einer Sache, in bezug auf die, wie sie schreibt, sie selbst viele Zuschriften erhalten hat, allein in Unwissenheit geblieben war?

Ich würde indes den Vorwurf, daß die Redaktion ihre Notiz wider besseres Wissen formuliert hat, trotzdem nicht erheben haben, wenn die Redaktion nicht der Unterschrift, die das „Nimm mich mit“ meinem Bilde gab, eine die Beser des „Vorwärts“ irreführende Deutung gegeben hätte. Kein Leser konnte aus der Notiz des „Vorwärts“ ersehen, daß es sich um eine einzige Abhandlung, und zwar um eine sehr ernste, streng sachlich gehaltene sozialistische Abhandlung handelte. Ich habe schon bemerkt, daß auch eine Anzahl sozialdemokratischer Blätter sie ganz oder teilweise nachgedruckt haben und bemerke weiter, daß schon vor Wochen Anfragen aus Parteilreisen an mich gekommen sind, ob ich die Abhandlung nicht als Broschüre herausgeben werde. Das „Nimm mich mit“ ist ein Unterhaltungsblatt für die große indifferente Masse. Selbst wenn ich den Aufsatz für dieses Blatt geschrieben hätte oder wenn er mit meinem Wissen und Willen in es gelangt wäre, läge noch kein Grund vor, darüber in „Entrüstung“ zu geraten. Er läßt Leute, die sonst gewöhnliches Zeug lesen, über die Tendenzen der sozialen Entwicklung auf und zeigt ihnen, in wie hohem Grade diese Entwicklung die Bestrebungen der Sozialdemokratie rechtfertigt und unterstützt. Der Nachdruck des in fünf kurze Artikel eingeteilten Aufsatzes steht der Redaktion des „Vorwärts“ frei. Wenn sie lokal sein will, hätte sie jetzt die Pflicht, von dieser Freiheit Gebrauch zu machen.

Drittens und lehtens in Sachen der „Aushungerung“. Meine Erklärung zum Artikel der „Volkszeitung“ ward geschrieben, als ich von diesem Artikel nur erst das gelesen hatte, was der „Vorwärts“ ihm entnommen hat. Ich konnte mir den Artikel selbst nicht sofort verschaffen, wollte aber die Zurückweisung der Idee, als gäbe es irgendeine nennenswerte Gruppe in der Partei, die mich „aushungern“ wolle, keinen Augenblick ansetzen lassen. Diese Zurückweisung steht ganz unabweisbar in meiner Erklärung da, und mehr als sie befragt, kann ich der Sache nach auch heute nicht erklären. Ich rühre Vergangenes nicht gern wieder auf, aber nachdem Parteiblätter es schon betont haben, habe ich gleichfalls daran zu erinnern, daß mir nach dem Dresdener Parteitag — ich bemerke, gegen den Widerspruch des Parteivorstandes — die, ohnehin meinem Wissen und Können wenig entsprechende damalige Mitarbeit am „Vorwärts“ gelündigt wurde, ohne daß irgendeiner der Artikel, die ich für den „Vorwärts“ geschrieben, zu Beschwerden irgendwelcher Art Anlaß gegeben hätte, und daß ferner, als ich daraufhin das „Neue Montagblatt“ ins Leben rief, von einer bestimmten Seite sofort zum Wohltot dieses Blattes aufgefordert wurde. Eine Aufforderung, die anerkenntweiserweise von der großen Mehrheit der Berliner Vertrauensmänner zurückgewiesen wurde, aber eben doch beweist, daß es einzelne Elemente gibt, die dem sozialistischen Schriftsteller die Erwerbsmöglichkeiten — ich will es mild ausdrücken — über Gebühr zu verzerzen geneigt sind. Und darum konnte ich der Zurückweisung keine streng absolute Fassung geben.

Berlin, den 24. August 1909. E. D. Bernstein.

In dieser Zuschrift wird Genosse Bernstein endlich deutlich genug daß er seine Lage dadurch verbessert, glauben wir allerdings nicht.

Er hat den Vorwurf der Unehrlichkeit in Sachen des „Nimm mich mit“ gegen den „Vorwärts“ erhoben, weil die Genossen Müller vom Parteivorstand, Schröder von der „Partikorrespondenz“ und Stücken vom Pressebureau von dem Sachverhalt gewußt haben und weil diese Genossen im selben Gebäude und selben Stockwerk wie die „Vorwärts“-Redaktion ihre Bureaus haben. Diese Entschuldigung beleuchtet die Methode des Genossen Bernstein. Gätte er nicht die Pflicht gehabt, sich zu vergewissern, ob einer dieser Genossen mit uns über den Fall gesprochen habe, ehe er den schweren Vorwurf der wesentlich falschen Anklage gegen ein Blatt erhob, das, so wenig es ihm auch gefallen mag, doch immerhin ein nicht unbedeutendes Parteiblatt ist? Tatsächlich hat keiner der genannten Genossen, noch sonst irgend ein Wissender mit uns über die Sache gesprochen. Es lag dazu um so weniger ein Anlaß vor, als der „Vorwärts“ zu den Beschwerdeführern beim Parteivorstand nicht gehört hat, weil er die Mitarbeit beim „Nimm mich mit“ von vornherein nicht als einen Vorstoß gegen Parteibeschlüsse, sondern als eine Geschmackslosigkeit ansah. Deshalb hat er auch feinerzeit, als er die entwürstigten Zuschriften verschiedener Genossen erhielt, die öffentliche Erörterung unterlassen. Erst der „Tageblatt“-Artikel gab ihm Anlaß, die — vermeintliche — Weisheitsgenie des Genossen Bernstein in bezug auf die Mitarbeit bei bürgerlichen Organen auch nach anderer Richtung hin durch die Erwähnung der „Nimm mich mit“-Artikel zu illustrieren. Ueber die Qualitäten des „Nimm mich mit“ und die Opportunität der Mitarbeit von Genossen an diesem Sensationsorgan ein Wort zu verlieren, halten wir für unnötig. Den grotesken Witz, uns die Pflichten der Lokalität lehren zu wollen, sollte Genosse Bernstein aber endlich beiseite legen. Wie wenig er dazu kompetent ist, das beweist auch diese Zuschrift wieder und insbesondere die Beantwortung unserer dritten Frage.

Genosse Bernstein erklärt darin ungewissenhaft, daß es doch „einzelne Elemente“ in der Partei gibt, die ihn aushungern möchten. Er versucht das zu beweisen durch Anführung zweier Tatsachen. Erstens hat man ihm nach dem Dresdener Parteitag das feste Jahrespauschale für die Arbeit am „Vorwärts“ entzogen. Das ist richtig. Aber es wundert uns, daß Genosse Bernstein auf diese Sache rührt. Der Entzug des Pauschales, das ihm ursprünglich während seines Exils als englischer Korrespondent des „Vorwärts“ gezahlt wurde, ist damals unter Zustimmung der „Vorwärts“-Redaktion — nicht der jetzigen radikalen, sondern der alten „Vorwärts“-Redaktion — von den Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts“ beschlossen worden, und zwar war dabei vor allem der Umstand bestimmend, daß die Mitarbeit des Genossen Bernstein, nachdem er nach Deutschland zurückgekehrt war, so minimal war, daß die Bezahlung jener Beiträge im einzelnen noch nicht eine Monatsrate des Jahrespauschales ergeben hätte! Bleibt das „Neue Montagblatt“. Wir geben den wenigen Genossen, die es hochkottieren wollen, gewiß nicht Recht. Aber gegen die Unterstellung, daß sie den Wohltot gewollt hätten, um Bernstein auszuhungern, um ihn durch Hunger kurre zu machen, gegen diese insame Unterstellung müssen wir sie doch nachdrücklich in Schutz nehmen. Sie haben damals ihren Antrag gestellt, weil sie in der Gründung privater Montagblätter eine Gefahr für Parteipresse und Organisation sahen, aus sachlichen Gründen, und jeder Gedanke daran, den Genossen Bernstein die Existenzmöglichkeit zu verzerzen, hat ihnen absolut ferngelegen. Das müßte auch Genosse Bernstein wissen und anerkennen, wenn er es vermöchte, die Dinge von höherem Gesichtspunkte als seinen persönlichen Interessen aus zu betrachten, und dann wäre er davor bewahrt geblieben, der kapitalistischen Presse neue angebliche Anhaltspunkte für ihre verlogenen Angriffe auf die Sozialdemokratie zu liefern.

In Sachen der „Leipziger Volkszeitung“ bleibt Genosse Bernstein bei seinem „erlogen“. Die Leipziger „Volkszeitung“ hatte geschrieben:

Zur Charakterisierung des „sehr angesehenen demokratischen Blattes“ diene nur die Tatsache, daß es ein Organ der Kadetten ist, das heißt, jener Richtung, deren Führer, Professor Miljutow, erst unlängst mit anderen Dumabgelagerten zur Einleitung des Jarenbesuchs nach London fuhr und dort mit begeisterten Worten die Duldung als ein konstitutionelles Land feierte, wo die Kadettenpartei unter den bestehenden Verhältnissen gar nicht daran denke, seiner Majestät dem Jaren prinzipielle Opposition zu machen, sondern höchstens im Rahmen der bestehenden konstitutionellen Opposition treiben könne. Und innerhalb der Kadettenpresse ist die „Ruskaia Wjedomosti“ wiederum das zahllose aller Organe, das sich freilich durch seine Bahamtheit den Blutbanden Väterchens gegenüber nicht vor höchst nichtswürdigen und gemeinen Angriffen auf die Sozialdemokratie hindern läßt. In dieser Hinsicht ähnelt es völlig der „Freisinnigen Zeitung“, einem Organ, das vielleicht auch noch einmal als ein „sehr angesehenes demokratisches Blatt“ bezeichnet wird. Erst vor einigen Wochen entschuldigte die „Ruskaia Wjedomosti“ die Schirren „Seiner Majestät des Jaren“, als diese einen von Fabrikanten und Gewerkschaftlern besetzten „Stongreß für Fabrikhygiene“ unmöglich machten.

Sobiel zur „erlogenen“ Notiz der „Leipziger Volkszeitung“. Wenn Genosse Bernstein sich nun aber auf russische „Sozialisten“ berufen zu können glaubt, die ihm über Charakter und Tendenz der „Ruskaia Wjedomosti“ das Gegenteil von Beschwerden“ geäußert haben, so möchten wir dem Genossen Bernstein im eigenen Interesse dringend raten, sich nicht auf Urteile russischer Sozialisten zu berufen. Denn selbst die am weitesten rechtsstehenden Gruppen innerhalb der russischen Sozialdemokratie weisen beinahe keinen Vorwurf entwürsteter ab, als wenn man sie Bernsteinianer nennt.

Genosse Bernstein ist anderer Meinung über den Wert und die Haltung der „Ruskaia Wjedomosti“ als die „Leipz. Volksz.“, und daraus leitet er die Verechtigung her, ihr Lage vorzuwerfen. Auch das kennzeichnet seine Methode und seine Lokalität.

Sächsischer Landesparteitag.

Der Dienstagabend wohnt als Vertreter des Parteivorstandes Genosse Röllendörfer bei. Der Parteitag nahm zunächst ein ausführliches Referat des Genossen Flehner über die bevorstehende Landtagswahl entgegen. Der Redner schilderte eingehend die sächsische Politik, insbesondere die Wahlrechtsbewegung und das Verhalten der bürgerlichen Parteien und verlangte, daß die Sozialdemokratie zum Protest gegen das neue Wahlrecht sich mit aller Energie an den bevorstehenden Wahlen beteiligen solle. Eine bestimmte Stimmwählerparole zu geben, lehnte der Referent ab. Er beantragte im Einverständnis mit dem Komitee, daß unmittelbar nach den Hauptwahlen die Vorstehenden der in Betracht kommenden sozialdemokratischen Wahlkreise zusammen mit den sächsischen Abgeordneten, den Vertretern der Presse und den Agitationskomitees, eine Konferenz abgehalten werden solle, um die Nichtanahme für die Stimmwählerparole festzustellen. — In der Debatte herrschte im allgemeinen Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten. Nur vereinzelte wurde der Freisinn als das kleinere Übel hinzustellen versucht. Eindrucksvoll waren die Ausführungen des Genossen Geyer, der auf Grund seiner Erfahrungen den Nachweis führte, daß die ganze Entwicklung Sachsens dahin führe, daß bis bürgerlichen Parteien immer mehr eine einzige reaktionäre Klasse der Sozialdemokratie gegenüber bilden, und daß namentlich der Freisinn niemals im Sinne der Sozialdemokratie den Kampf gegen die Reaktion aufgenommen hat. Das Ergebnis der Debatte war die Annahme des Antrages der fünf Komitees, wonach über die Stimmwählerparole von

diesen — in Verbindung mit dem genannten Personalkreis — ein bindender Beschluß gefaßt werden soll.

Der Parteitag nahm ferner den bereits früher gestellten Antrag, wonach parlamentarische Doppellandidaturen zu vermeiden sind, in einer etwas klaren Fassung an. Daraus wurden für sämtliche Landtagswahlkreise die Kandidaten proklamiert; nur in drei Kreisen steht die Proklamation noch aus.

Genosse Geyer referierte sodann über die Reichsfinanzreform. Er kam dabei auch auf die Angriffe gegen die Fraktion wegen ihrer Haltung zur Erbschaftsteuer zu sprechen. Die Fraktion hatte über ihre Stellungnahme zur dritten Lesung überhaupt noch nicht beraten, es habe also keinen Zweck, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, was eventuell geschehen wäre. Persönlich könne er als dauerndes Mitglied der Finanzkommission sagen, daß er der Fraktion angeraten haben würde, in der dritten Lesung gegen die verhängte Erbschaftsteuer zu stimmen. In der Diskussion wurde von einer Seite eine Vorkontierung des Schnappes empfohlen.

Als Ort der nächsten Landesversammlung wurde Leipzig bestimmt. Der Sitz des Zentralkomitees bleibt in Dresden. Gegen 2 Uhr nachmittags schloß Genosse Lipinski mit einigen anfeuernden Worten die Landesversammlung.

### Der Hofgang der sieben Schwaben

Handel begreiflicherweise auch bei den Hamburger Genossen keinen Anklang. In der letzten Versammlung des Wahlvereins für den zweiten Reichstagswahlkreis wurde nach Erörterung des Schwabenschiedes folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Beteiligung der Genossen an dem Ausflug nach Friedrichshafen widerspricht unserer Auffassung vom Wesen der kapitalistischen Gesellschaft und der Theorie vom Klassenkampf und ist daher geeignet, auf das empfindlichste die Gefühle der Genossen zu verletzen. Diese hat in ein Ausflugs-Jener-Strömung, die darauf hinausläuft, die Partei zu verbürgerlichen und vom Boden des Klassenkampfes abzurücken. Die Genossen haben sich daher in Widerspruch gesetzt zu der Dresdener Resolution Nr. 130. Die Versammlung verurteilt daher auf das entschiedenste das Verhalten der sieben Genossen. Ferner befreit die Versammlung ganz entschieden die Behauptung, daß durch Beteiligung an monarchischen Demonstrationen die Interessen der Partei gefördert werden könnten. Des weiteren erklärt die Versammlung, daß die Vertrauensmänner die Bezeugen der Partei sind und im Sinne unserer Grundzüge und Beschlüsse zu handeln haben.“

### Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung des Kreiswahlvereins Brandenburg-Westhavelland tagte am 19. August in Rathenow. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1463. 351 weibliche Mitglieder sind vorhanden. Obgleich das Jahr einen Gesamtzuwachs von 923 Mitgliedern brachte, hat sich die Mitgliederzahl gegen das Vorjahr um 68 vermindert; von den beiden im Kreise existierenden Ortsvereinen zählte Brandenburg 2377 Mitglieder, einschließlich 815 weiblicher, Rathenow 777 Mitglieder, einschließlich 38 weiblicher. Rathenow hatte einen Zuwachs von 70 Mitgliedern, Brandenburg einen Verlust von 133 Mitgliedern. Der Verlust ist dabei an männlichen Mitgliedern ein erheblich höherer, da ja die vorhandenen weiblichen Mitglieder sämtlich im Laufe des Jahres eingetreten sind. Von den ländlichen Mitgliedern, die, da die Errichtung von Ortsvereinen in den Landorten trotz aller Bemühungen nicht möglich war, nun bei den Ortsvereinen angegliedert sind, ging der größte Teil verloren infolge Einführung des provinzialen Einheitsbeitrages von 30 Pf., wozu diese Genossen, die bisher nur 15 Pf. zahlten, mit einem Male doppelt belastet wurden. Die Reduzierung von ihnen zahlt indes den früheren Beitrag als freiwilligen Parteibeitrag an die Kreisliste weiter. Im übrigen sind die Ursachen des Abganges hauptsächlich in den Wirkungen der wirtschaftlichen Krise zu suchen, von der auch das Parteiorgan, die „Brandenburger Zeitung“, nicht verschont blieb, denn der Geschäftsbericht verzeichnet bei einem Gesamtumsatz von 199 718,10 M. einen Rückgang gegen das Vorjahr von annähernd 8000 M. Die Abonnentenzahl im Kreise betrug 5228, 151 weniger wie im Vorjahr. Zur schriftlichen Agitation wurden 42 000 Flugblätter und 6050 Exemplare der „Brandenburger Zeitung“ verbreitet. Außerdem gelangte der Kalender „Märkischer Landbote“ in 7000 Exemplaren zur Verbreitung. Die „Fackel“ wurde in 900 Exemplaren an regelmäßige Empfänger in den Landorten gesandt. Die Kreisfeier zeigte einen bedauerlichen Rückgang der Arbeitsruhe, dessen Erklärung nicht nur in dem wirtschaftlichen Niedergang und dem ungünstigen Lage der Feier, sondern sehr wesentlich darin zu suchen ist, daß zahlreiche führende Gewerkschafter einen Stempel einnehmen, der mit dem Grundgedanken der Feier im Widerspruch steht. Die Jugendbewegung zeigt einen hoffnungsvollen Anfang, ebenso haben sich die Bildungsausschüsse rege betätigt. Die Gewerkschaften zählen in den beiden Hauptorten des Kreises über 8000 Mitglieder.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Wittmoß, den 25. August.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Hgl. Opernhaus. Die Eugenien.  
Hgl. Schauspielhaus. Bop und Schmet.  
Festung. Die Wildente.  
Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Ketten.  
Kamerspiele. Freund Jod.  
Werkner. Einer von unsrer Leut.  
Neues. Sein Sündenregister.  
Neues Schauspielhaus. Mit Duddel.  
Thalia. Prinz Eust.  
Komische Oper. Hoffmanns Ges.  
Kasseler. Rimmere dich um Amelie.  
Festung. Die Revolutionsochzeit.  
Kasseler. Liebesgemitter.  
Kasseler. Familie Schmet.  
Kleine. Moral.  
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.  
Wein. Der ideale Bauer.  
Schiller O. (Wollner-Theater.) Jungfer Obrigkeit.  
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Wanderragen.  
Luisen. Der Hille See.  
Metropol. Die oberen Rehtausend.  
Holl. Capric. Drei Frauenhüte.  
Der Direktor usw. Anf. 6 1/2 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Gedr. Herrnsfeld-Theater. Frau Elmsa Reizen. Keine Keine Tochter.  
Vahag. Spezialitäten.  
Bernhard Viole. Der Tanzhusar.  
Noack Theater. Ein glunder Junge.  
Spezialitäten.  
Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten.  
Wolfgang. Spezialitäten.  
Brunnen. Carmen.

**Walhalla. Spezialitäten.**  
Reichshallen. Stettiner Säger.  
Urania. Fandenstraße 48/49.  
Die Insel Rügen.  
Sternwarte. Anwaltsstr. 67/68.  
**Lessing-Theater.**  
Wittmoß, 7 1/2 Uhr: Nfen-Johns: 5. Vorstellung: Die Wildente.  
Donnerstag, 8 Uhr: Neu einstudiert: Vom andern Ufer.  
**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr:  
Einer von unsrer Leut.  
Morgen: Einer von unsrer Leut.  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Sein Sündenregister  
Morgen und folgende Tage:  
Sein Sündenregister.  
**Theater des Westens.**  
Abendtäglich 8 Uhr:  
Der ideale Bauer  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Wittmoß, 25. August. Anfang 8 Uhr:  
Manöverregeln.  
Schauspiel in 3 Akten v. G. Schützler-Persiani und Kessler.  
Donnerstag: Der Widerspenstigen Zähmung.  
**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
8 Uhr! Zum 250. Male: 8 Uhr:  
„Kümmere Dich um Amelie.“  
Schauspiel in 3 Akten von Feydeau.  
Morgen und folgende Tage:  
Dieselbe Vorstellung.

— In einem Referat über das Thema Arbeiterklasse und „Bürgerrecht“ begründete der Reichstagslandrat, Genosse Peus, die Notwendigkeit, daß wir den politischen Kampf gegen die herrschenden Klassen zu führen, daß die zahlreichen Angehörigen der Schichten des Kleinbürgertums, der Beamten und der Intellektuellen, deren wirtschaftliche Interessen sie in demselben Maße wie die Arbeiterklasse auf die demokratische und soziale Entwicklung verweisen, nicht von uns abgehoben werden. — Über die Beschlüsse der Konferenz zum Parteitag haben wir schon berichtet. Zur Provinzialkonferenz wurden die Genossen Edermann, Rathenow und Hofmann und Kratz Brandenburg delegiert. Die Delegation für den im Dezember zu erwartenden Kreustag wurde den Genossen Rausinger, Rathenow und Sidow Brandenburg übertragen.

Die Generalversammlung des Wahlkreises Rüllichau-Schwiebus-Krosen fand am Sonntag zu Rüditz unter Beteiligung von 88 Delegierten statt. Außer dem Kreisvorstand waren die Abgesandten von 7 Ortsgruppen, die Vertreterinnen der etwa 50 organisierten Frauen, ein Vertreter des Provinzialsekretariats (Genosse Schmidt, Berlin), die Agitationskommission (Genosse Käter, Schöneberg) und der Kandidat des Kreises Genosse Otto Grauer, Lichtenberg zu den Verhandlungen erschienen. Das Berichtsjahr brachte der politischen Organisation 61 neue Kämpfer, der Mitgliederbestand stieg von 338 auf 397 am 30. Juni. Inzwischen ist die Werbearbeit von weiteren Erfolgen gekrönt worden. Die Einnahmen betragen 1643,25 M., die Ausgaben 1202,55 M., Bestand 390,70 M. Der weiteren Ausdehnung der Gewerkschaften hat die Wirtschaftskrise Abbruch getan. Von 2038 Mitgliedern büßten sie 271 ein, so daß noch 1768 Gewerkschaftsmitglieder gezählt wurden. Unternehmer und Behörden verweisen sich rechtlich im Drangsalieren und wirtschaftlicher Schädigung der Genossen, die die Organisationsarbeiten übernehmen, und doch klagen die Berichte aus in dem Verlangen: Immer mehr Agitation, der Boden und die Zeiten seien günstig! — Zum Organisationsrat der Partei, über das Käter referierte, erklärte sich die Versammlung für die Abänderungsvorschläge der Provinzialfunktionäre und delegierte 8 Genossen zur Provinzialkonferenz. Zur Tagesordnung des Parteitages referierte der Genosse Grauer. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, doch gab die kurze Diskussion zu erkennen, daß die Delegierten verlangen, der Parteitag möge den Zweifeln klarmachen, daß an der bisherigen Politik festzuhalten sei, daß es auch in Zukunft in der Parteifrage kein Zurück gebe. Die Versammlung delegierte die Genossen Grauer und Käter zum Parteitag. Zum Vortrat des Kreises wurde wiederum Schwiebus bestimmt und der bisherige Vorstand in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Vorsitzender des Zentralwahlvereins ist Genosse A. Schulz-Schwiebus. Beim Punkt Presse wurden recht lebhaft Klagen über die Expedition und die Geschäftsführung in der „Märkischen Volksstimme“, die auf der Generalversammlung nicht vertreten war, laut. Zum Mitglied der Preßkommission wurde Dehnst-Schwiebus wiedergewählt, und in einer Resolution ausgedrückt, die Preßkommission möge öfters als bisher — einmal im Jahre — zusammenzutreten, um den Wünschen der Kreise mehr gerecht zu werden. Der Abonnentenstand hat sich von 400 auf 418 erhöht.

Der Sozialdemokratische Verein des Nordhäuser Wahlkreises hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl ist von 1281 auf 1429 gestiegen. Die Einnahmen betragen 3917,61 M. und die Ausgaben 3456,73 M. Die Parteizentrale hatte unter der Krise, die sich hauptsächlich im Kaiserreich und dem Bauhandwerk bemerkbar macht, nicht unbedeutend zu leiden. — Zum Parteitag wurde der Kandidat des Kreises, Genosse Glocke, Berlin, delegiert. In der Diskussion über die Beschlüsse des Parteitages wurde der Schwabenschied der Württemberg Genossen berührt und einmütig die Hofgänger scharf beurteilt. Es wurde hervorgehoben, daß es Mitgliedern einer revolutionären Partei, wie die Sozialdemokratie, zuwidern sein müsse, in Kreisen zu verkehren, deren Bestreben darauf gerichtet ist, die Befreiung der arbeitenden Klasse von Ausbeutung und Rechtlosigkeit zur Unmöglichkeit zu machen.

### Im Befinden des Genossen Que

hält die Besserung an. Er ist jetzt fast ständig bei Bewußtsein, erholt sich aber nur sehr langsam.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein heringsfressender Reichsverwahrer.  
Wir berichteten am 7. Juli über ein vom Schöffengericht zu Stettin gefälltes, unbilliges Urteil. Dieses Gericht hatte den politischen Redakteur des hiesigen „Volksboten“, Genossen Sommer, wegen Beleidigung des Reichsverbandesagenten Reinhardt in Berlin zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt, obwohl für den Artikel der Lokalredakteur Genosse Rehlisch verantwortlich war. In ihm war freilich in etwas drastischen Ausdrücken, die Abfuhr geschleudert, die sich der Reichsverbandler in der Tabakstadt Posen bei den dortigen Arbeitern geholt hatte.

Auf die Berufung Sommer hin wurde nunmehr vom Landgericht Stettin Reinhardt mit seiner Klage abgewiesen. Er hat die Kosten zweier Instanzen zu tragen. Gegen Genossen Rehlisch aber ist die Antragsfrist inzwischen längst verstrichen. Pech!

### Soziales.

#### Gegen die Regeln des Handwerks.

Vor dem Innungsschiedsgericht klagten am Montag zwei Maler gegen den Malermeister Heinrich Urban auf Zahlung von 50 M. Entschädigung, weil sie durch die fristlose Entlassung an der Fertigstellung der ihnen übertragenen Akkordarbeit behindert worden seien. Ausgerüstet mit eidesstattlichen Versicherungen und begleitet von einigen Zeugen kam der Beklagte zum Termin, um darzutun, daß die Kläger so fahrlässig gearbeitet hätten, daß die Arbeit überhaupt nicht abnahmefähig gewesen sei. Doch schon bei der Verhandlung mit dem Beklagten zeigte sich, daß dieser vom Gewerbe wenig Verständnis besaß. Hatte er doch angeordnet, bereits geleimte Zimmerdecken zu fallen, was eine brauchbare Arbeit niemals geben kann. Das Schiedsgericht hielt deshalb die Weigerung der Kläger, die nicht durch ihre Schuld verbundene Arbeit auszubessern, für berechtigt. Es verurteilte auch auf die vom Beklagten gestellten Beweismittel und verurteilte diesen zur Zahlung der geforderten Entschädigung, weil ihm die Hauptschuld an der verbodenen Arbeit zuzurechnen sei, seine Anweisungen verließen wider alle Regeln des Handwerks.

#### Kapitalistischer Kindermord.

Von der in amerikanischen Faktoreien, Minen und Fabriken weitverbreiteten Kinderarbeit entwarf jüngst Charles Edward Russell in „Overhobby's Magazine“ (Zeitschrift für Jedermann) eine erschütternde Schilderung, die seinen bürgerlichen Lesern das Gewissen gegenüber einer der schändlichsten Ausbeutungsformen schärfen sollte. Er zeigte nicht nur das ohne weiteres in die Augen springende Elend der Kinderarbeit, sondern wies auch hin auf die schlimmen Folgen für die Zukunft. Russell schreibt: „Hier werden wir Körper, Geist und Seele. Hier vernichten wir ein Leben, das ebensoviel Anspruch auf Glück hat, als irgendein anderes, und das mit derselben Empfänglichkeit für Licht, Freude, Hoffnung und die Schönheit des Lebens begabt ist. Wie preisen Gesundheit, Sittlichkeit, Weisheit, Wissen, Streben und Wachstum aus ihm heraus... Hier sehen wir kindliche Arbeiter in den Baumwollfabriken des Südens, den Minen und Glasfabriken von West-Virginia und Indiana. Seht dort die kleine eifrigste Baumwollspinnlerin mit dem Gesicht einer vierzigjährigen Frau! Beachtet diesen einseitig vertierten Jungen aus dem Kohlenbergwerk! Das kleine Mädchen ist bereits völlig zur Maschine geworden, der Knabe hoffnungslos verbodnen. Mühselige Arbeit, Angst, die Würde des Lebens, lange, verzweifelte Stunden, der grimmige Daseinskampf — das alles ist klar zu sehen in den frühreifen Jagen dieser unjungen Geschöpfe. Hier werden Knaben und Mädchen zwisehaft herant: beraubt ihres Geburtsrechtes auf Kindheit, beraubt der Anwartschaft auf Mannheit und Weibtum... Sie werden kumpfsinnig gemacht, brutal gemacht, indem sie zu einem Mädchen der Maschine getrieben werden, das wie andere Mäder verschliffen und weggeworfen wird; und sind doch Kinder wie unsere eigenen, mit nicht geringerer Berechtigung zum Leben...“

In unserem glücklichen, reichen Lande gibt es Kinder, die auf diese Weise gemordet werden. Sollen wir jemand dafür zur Verantwortung ziehen? Ja, die Verbrecher.

Und mich.“  
Man hat Amerika das Land der unbegrenzten Möglichkeiten genannt. Die Stimme dieses Predigers in der Wüste bestätigt, daß in jedem Falle die kapitalistische Profitgier zu unbegrenzter Entfaltung gelangt ist.

Wie sieht es bei uns in Preußen-Deutschland mit dem Schicksal unserer Jugend vor Ausbeutung? Haben wir nicht reichlich vor der eigenen Tür zu sehen? Freilich haben wir so etwas wie einen gesetzlichen Kinderschutz. Aber das ist ein so durchlöcherter, unzulängliches Ding, daß sich wirklich kein Staat damit machen läßt. Die Ausbeutung der kindlichen landwirtschaftlichen Arbeiter wird bekanntlich durch das Gesetz überhaupt nicht getroffen. So haben es die Agrarier gewollt. „Wer hilft den Dienstkindern auf dem Lande?“ schrieb neulich ein preussischer Landesschullehrer in einer liberalen Zeitung. Er hat in seiner Schule ständig eine größere Anzahl von Dienstkindern, die von kinderreichen Familien gegen geringes Entgelt zu landwirtschaftlichen Arbeiten vermietet werden. Der Arbeitstag dieser Dienstkinder beginnt in der Frühe zwischen 4 1/2 Uhr und 5 Uhr und endet abends zwischen 10 und 11 Uhr. Dazwischen liegt ein vierstündiger Unterricht, von dem die in einem 19-20stündigen Tagewerk müde gehetzten Kinder so gut wie gar nichts profitieren.

Und so ergibt es unzähligen jungen, hoffnungsvollen Geschöpfen im agrarischen Machtbereich, in Preußen-Deutschland. Moralischer, intellektueller und schließlich auch physischer Kindermord bei uns wie im wilden Westen.

### Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O. (Wollner-Theater.)**  
Wittmoß, abends 8 Uhr:  
Jungfer Obrigkeit.  
Komodie in 3 Akten v. Gustav David.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Die Ehre.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Machbeth.  
**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Wittmoß, abends 8 Uhr:  
Der Biberpelz.  
Eine Dreieckskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Biberpelz.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Ein Erfolg.

### Schwarzer Adler

**Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5** (früher 120).  
Inh.: Gebr. Arnhold.  
Täglich: Gr. internation. Ringkampf-Konkurrenz  
um die Meisterschaft d. Prov. Brandenburg u. die Prämie 5000 M. in Bar.  
Heute Mittwoch, den 25. August, ringen: Aza-Kustralien gegen van der Berg-Holland, Jackson-Schottland gegen Gohardt-Berlin, Burghardt-Ortenreiter gegen Nilmann-Weißalen. Entscheidungskampf:  
Schibilski-Beim gegen Sauerer-Bayern.  
Vor den Ringkämpfen: Auftreten erkl. Spezialitäten mit Fr. Sobanski.

**Neues Operetten-Theater.**  
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.  
Anfang 8 Uhr:  
Die Dollarprinzessin.  
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

### BERNHARD ROSM THEATER

Or. Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
Der Tanzhusar.  
Lustspiel in 3 Akten v. D. Hoffmann.  
Auf der Gartenbühne Anf. 4 1/2 Uhr.  
Theatervorstellung. Spezialitäten.

### Luisen-Theater.

Sonnabend: Die Herren Söhne.

### Casino-Theater

Lützowinger Straße 37.  
Biedersteindamm, IX. Bezirk.  
Sonnabend, den 28. August.  
Lustspiel in 3 Akten v. G. Hauptmann.  
mit Dr. Hans Berg als Gustaf Gohn.

### W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Hill, Dammstr. 16.  
Nefomisch! Großer Lustspiel:  
Der Wildschütz  
oder: Die Stimme der Natur.  
Vorher: Das lustige bunte Progr.  
Anf. 7. Konzert 6. Rastelände 3 Uhr.  
Entrée 30 Pf.  
Sonnabend: Das Heiratdneht.

### Brunnen-Theater

Babstraße 58. Direktion: Will Voigt.  
Heute sowie täglich:  
Carmen.  
Gr. Ausstattung. Soldatenspiele mit Gesang und Tanz in 5 Akten.  
Rasseneröffnung 3 Uhr. Anf. 4 Uhr.

**So lange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch.**  
Ich bin stets müde und abgemattet gewesen, hatte, obwohl ich blutarm war, immer Kopfschmerzen und sah aus wie der Tod. Das ganze Jahr war ich in ärztlicher Behandlung, nahm alle möglichen blutbildenden Mittel ein, aber von einer Besserung war keine Spur. Mit der Zeit wurde ich melancholisch. Ein Freund von mir besuchte für mich 20 Flaschen Lamsfelder Stahlbrunnen; schon nach der 5. Flasche bemerkte ich eine wesentliche Besserung. Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hatte, war ich ein anderer Mensch. Wenn ich mich abends zu Bett legte, war ich nicht so müde als früher, wenn ich morgens aufwachte. Und das dankt ich nächst Gott Ihrem wunderbaren Wasser. — Mit Freuden teile ich Ihnen mit, daß ich eine Kur gebraucht und die ersehnte Hilfe gefunden habe. — Das Wasser kann wie ein rettender Engel, ich bin ganz glücklich, daß es mir so gut geht. — Der Stahlbrunnen hat bei meiner Frau verblühend gewirkt. — Es ist für alle Leute eine wahre Wohltat. — Das Wasser ist einfach köstlich und steht wohl einzig in seiner Art heilwiegend auf der ganzen Welt da. — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die heilvollen Eigenschaften dieser Heilquelle. Anweisungen im Laufe mit Lamsfelder Stahlbrunnen warm empfohlen. Keine Verunsicherung. Ausführliche Mitteilungen über Kurfolge und Anwendungsgebiet kostenlos durch die Verwaltung des Lamsfelder Stahlbrunnen in Düsseldorf SW. 164.

**URANIA.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Insel Rügen.**  
Lustspielhaus.  
Abends 8 Uhr:  
**Familie Schimek.**  
Täglich:  
**Großes Militär-Doppelkonzert.**  
Eintritt 1 M.,  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,  
Kinder u. 10 Jahren die Hälfte.

# Apollo Theater

Woch. 8 Uhr: Letzte Woche!  
9 Uhr:  
**Eine Haremsnacht.**  
9<sup>15</sup> Uhr:  
**Triumph der Schönheit.**  
Humpsti-Bumsti, Delvard, Nadrag,  
Ethel Whitesides u. a. m.

# Metropol-Theater

Die oberen Zehntausend.  
Amerik. Operette v. Jul. Freund.  
Musik v. Gust. Kerker. In Szene  
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.  
Tänze von Mr. Bishop.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

# WINTERGARTEN

Das gigantische  
Eröffnungs-Programm!  
**Henry Bender**

Trudy Shattuck, amerik. Operetten-  
Div. Bellechaire Brothers, mod.  
Gladiatoren. Geschwister Kirs,  
Gymnastik Akt. MIS Marquis mit  
ihren dressierten Ponnies. Six  
Cutty, musikal. Akt. Mile. Julie  
Sidwa, Prima Ballerina von der  
kaiserl. Hofoper St. Petersburg.  
Morris Cronin Truppe, moderne  
Jongleure. The 3 Pattersons, Rock-  
und Trampolin-Akt. Der Biograph  
mit neuesten Aufnahmen.  
„Leben und Treiben im Freien.“  
Tanz-Divertissement in 3 Bildern

# Passage-Theater.

Ein durchschlagender  
Erfolg!  
Alois Pöschl  
Edmondo Lucini  
The Lingtons  
und das großartige  
August-Programm!  
12 erstklass. Variété-Attraktionen.

# Passage-Panoptikum.

**Aga!**  
die schwed. Jungfrau.  
Ganz Berlin zürbricht  
sich wieder d. Kopf über  
Der Mann m. d. eisernen Schlund!  
Experimente d. IV. Dimension!  
Alles ohne Extra-Entree.

# Herrnfeld Theater

Kommandantenstr. 57. T. H. 4. 5083.  
Die erfolgreichsten  
Lach-Komödien  
Meine = Deine = Tochter  
Frau Elkan's Friseur  
mit Anton und Donat Herrnfeld.  
Vorverkauf 11-2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

# Puhlmann's Theater

Schönhauser Allee 143  
Kastanien-Allee 9783  
**Goldene Jugend.**  
Wauzi, sei süß.  
Zur rechten Zeit.  
**The Giffords**  
Kuffel Komödien.  
Anfang 4<sup>15</sup> Uhr. Entree 20 Pf.

# Walhalla- Variete-Theater

Wainbergsweg 19-20, Rosenthaler.  
Anfang 8 Uhr. Am Theater:  
D. interessantesten Spezialitäten  
Frei: Im Garten Konzert.  
Leben u. Treiben im Traumland.

# Volksgarten-Theater

früher Weimanns Volksgarten.  
Harry Steiner. Josephine DeLissaur.  
Max u. Moritz. The drei Barrotts.  
Der Aktienbubler.  
Sollst du m. Gef. u. Tanz in 5 Bildern.  
Heute:  
**Großes Gartenfest.**

# Karl Haverland Theater

77/79 Kommandantenstr. 77/79.  
14 erstklassige Spezialitäten.  
**Victor Ritter**  
Humorist der neuen Zeit.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
Anfang:  
Bischof:  
8 Uhr.  
Sonntag:  
7 Uhr.

# Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48.  
Täglich:  
**Spezialitäten und  
Theater-Vorstellung.**  
Anf. d. Vorstellung montags 7 Uhr,  
Konzert 6 Uhr. Sonnt. 6 bzw. 5 Uhr.  
Garteneröffnung 3 Uhr.  
Jeden Sonntag Elitetag. Spezial-  
itäten und Solree der „Lustigen  
Sänger“.  
Bei Regenwetter Vorstellung im  
großen Theater-Saal.

# Max Kliems

Sommer-Theater und Festsäle  
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.  
Täglich:  
**Großes Konzert, Theater und  
Spezialitäten-Vorstellung.**  
Mus. Leitung: Walter Gravitatz.  
Jeden Donnerstag: **Elitetag.**  
Führend und nach der Vorstellung  
**Tanzkränzchen.**

# Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7-9.  
Täglich:  
**Man lebt ja nur einmal.**  
Spezialitäten ersten Ranges.  
Konzert und Ball.  
Anfang 4<sup>15</sup> Uhr.

**Schweizer - Garten**  
Am Königstor. Am Friedrichshain  
Heute letztes diesjähriges  
**Kinderfreuden - Fest.**  
Spezialitäten, Theater, Kinema-  
tograph, Fackelzug, Illumination,  
Belustigungen.  
**Ball.** Freier Damentanz.  
Familien-Kaffeefocher.  
Anfang 5 Uhr. Entree 20 Pf.  
Sommergarten haben Gültigkeit.

# Vereins-Brauerei

Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wendt.  
Täglich:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Vorzugskarten  
haben montags Gültigkeit.  
Entree 15 Pf.

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot  
nach Mass, schick, dauerhaft,  
von 20 Mark an. **Moritz Laband,**  
Neue Promenade II. (Stadt-Börse).

**Ku'eke**  
Kinder-  
nahrung  
Kranken-  
kost.  
Hervorragend bewährte  
Nahrung.  
Die Kinder gedeihen  
vorzüglich dabei  
u. leiden nicht an  
Verdauungsstörung.

Am 1. Oktober wird die Expedition des „Vor-  
wärts“ für Rosenthaler und Dranienburger Vor-  
stadt von Aderstraße 36 nach  
**Bernauer Str. 9, vorn part.**  
verlegt.  
A. Hintze & Co. & S.: H. Raschke.

# Zentralverband der Zimmerer

Heute Mittwoch, den 25. August 1909, abends 8<sup>15</sup> Uhr, in der „Alhambra“, Wallner-Theaterstraße 15:  
**Allgemeine Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Zimmerer; die Bestrebungen  
unseres Zentralverbandes und die Arbeitgeberverbände. Referent Verbandsvorsitzender Fritz Schröder-  
Hamburg. 2. Diskussion. 254/16

Für unsere westlichen Vorortzweitzellen **Groß-Lichterfelde,  
Mariendorf, Steglitz, Teltow und Zehlendorf:**  
Freitag, den 27. August 1909, abends 8<sup>15</sup> Uhr, bei Wahrensdorf, Groß-Lichterfelde, Bäckstraße Nr. 22:  
**Gemeinsame Mitglieder-Versammlung,** in welcher Kamerad Schröder  
über dasselbe Thema referiert.  
Vollzähligen Besuch in beiden Versammlungen erwartet.  
Der Vorstand.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Reichthorstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.  
Donnerstag, den 26. August, abends 8<sup>15</sup> Uhr, im großen Saale des Gewerkschafts-  
hauses, Engelufer 15:  
**Mitgliederversammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1909. 2. Vortrag des Arbeiterssekretärs Kollegen  
Gustav Vink über: „Das neueste Attentat der Berliner Scharmacher im Malergewerbe  
gegenüber Leben und Gesundheit unserer Kollegen“. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten.  
Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen eines jeden einzelnen.  
Die Ortsverwaltung. 229/10

In allen Kreisen  
wird anerkannt, dass unsere  
**JOSETTI  
VERA**  
CIGARETTE  
mit vollem Recht als beste 3 Pfg. Marke  
in jeder Beziehung geschätzt wird. Ihre Güte  
sowohl wie ihre Billigkeit haben ihr diesen  
Ruf erworben, und sie zur tonangebenden  
und führenden Marke gemacht.  
Josetti Vera m. u. o. M.  
10 Stück 30 Pfg.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Col. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col. III. Amt 3, 1987.

# Achtung! Schlosser! Achtung!

Donnerstag, den 26. August 1909, abends 8 Uhr,  
in Freyers Festsälen (früher Keller), Koppensstraße Nr. 29:  
**Versammlung**  
der Schlosser Berlins und der Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen mit  
den Arbeitgebern und den Verlauf unserer Lohn-  
bewegung.  
Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang  
vorzuzeigen.  
Mitglieder anderer Organisationen, die der Gewerkschaftskommission  
angeschlossen sind, haben Zutritt.  
Sa freier Besuch wird erwartet.

# Donnerstag, den 26. August 1909, abends 8<sup>15</sup> Uhr,

in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:  
**Mitgliederversammlung**  
der Klempner Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über die gegenwärtige Situation in unserem Beruf.  
2. Diskussion.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen eines  
jeden Mitgliedes. Auch werden in dieser Versammlung die Bau-  
arbeiterqualifikationsbestimmungen ausgegeben.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

# Donnerstag, den 26. August, abends 8<sup>15</sup> Uhr,

im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45:  
**Versammlung**  
der  
**Gold- und Silberarbeiter**  
und verwandten Berufsgenossen.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Schenk über: „Der deutsche Bauern-  
krieg“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

# Donnerstag, den 26. August 1909, abends 8<sup>15</sup> Uhr,

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 7:  
**Branchen-Versammlung**  
der  
**Elektromonteur und Helfer Berlins  
und Umgegend.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Ber-  
siedenes.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Protokolle von  
der Generalversammlung in Hamburg a 40 Pf. im  
Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben sind.  
122/1 Die Ortsverwaltung.

# Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.  
**Achtung! Backofen-Maurer! Achtung!**  
Donnerstag, den 26. August, abends 8<sup>15</sup> Uhr, bei  
Voeker, Weberstr. 17:  
**Versammlung**  
aller an Backöfen beschäftigten Maurer.  
Tagesordnung:  
1. Berichterstattung von der Verhandlung mit den Arbeitgebern.  
2. Diskussion. 3. Beschlußfassung über eventuelle Abschließung eines Vertrages.  
NB. Diese Versammlung und deren Beschlüsse sind von so weit-  
tragender Bedeutung, daß kein Kollege in der Versammlung fehlen darf.  
Darum agitiere jeder Kollege für den Besuch dieser Versammlung.  
139/3\* Der Vorstand.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.  
Donnerstag, den 26. August, abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Volkshause, Rosenthalerstr. 3.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Gewerkschaftliches und  
Berufsdingenes. 88/16  
Nicht eines jeden Mitgliedes ist es, in der Versammlung zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

# Achtung! Fliesenlegerhilfsarbeiter Berlins u. Umgegend.

Donnerstag, den 26. August, abends 8 Uhr:  
**Oeffentliche Versammlung**  
im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 5.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Lage der Hilfsarbeiter im Verhältnisse der Fliesenleger.\*  
Referent Genosse Waldhelm. 2. Diskussion. 30/4  
Die Fliesenleger werden ersucht, ihre Hilfsarbeiter auf diese Versammlung  
besonders hinzuweisen. Der Einberufer. J. A.: A. Schindler.

**Seid einig, einig, einig**  
im Gebrauch von Weissenseifen-  
pulver „Goldperle“. — Es  
liegt jedem Paket ein reichendes  
praktisches Geheft bei.  
Fabrikant:  
Carl Bentner, Göttingen.  
Schutzmarke.  
!!! Achtung wegen den diesen minderwertigen Nachahmungen !!!

Partei-Angelegenheiten.

Friedenau. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag des Genossen Paul Göhre, Pastor a. D. Berichte von der Kreisgeneralversammlung und Groß-Berlin. Anträge und Verschiedenes. Zahlreiche Beteiligung, ganz besonders auch der Frauen, erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Vom Kampf gegen die Schulkwänger.

Die Ausübung der sogenannten Schulpolizei, d. h. die Anwendung unentschuldigbarer Schulverfügungen an den Eltern der säumigen Kinder, gehört in Berlin zu den Aufgaben der Stadtverwaltung. Sie bildet einen Teil jener wenigen und winzigen Polizeibefugnisse, die bei uns — in unserer „Haupt- und Residenzstadt“ mit ihrer „königlichen“ Polizei — der Stadtverwaltung überlassen worden sind. Was die „städtische Polizeiverwaltung“ im Kampfe gegen die Schulkwänger leistet, das wird alljährlich in ihrem Verwaltungsbericht mitgeteilt. Der neueste Bericht, der das Etatsjahr 1908 behandelt und soeben vom Magistrat veröffentlicht worden ist, hat einen besonderen Erfolg zu melden. Die Zahl der Strafverfügungen hat gegenüber dem Vorjahr sich bedeutend vermindert, wiewohl die Zahl der Gemeindefachkinder gleich hoch geblieben ist. Nebenbei bemerkt: in Betracht kommen hier tatsächlich nur die Gemeindefachkinder. Nur deren unentschuldigbare Schulverfügungen werden verfolgt und an den Eltern gehandelt, während gegenüber dem Nachwuchs der Bemittelten, der die höheren Schulen besucht, eine schulpolizeiliche Kontrolle nicht für nötig gehalten wird.

Die Minderung der Schulstrafen war in 1908 so bedeutend, daß ihre Zahl auf weniger als die Hälfte derjenigen aus 1907 heruntergegangen ist. Im Etatsjahr 1907 waren noch 10 133 Strafen in Höhe von 31 734 M. oder 18 427 Tagen festgesetzt worden; im Etatsjahr 1908 wurden nur 4918 Strafen in Höhe von 16 226 M. oder 7407 Tagen festgesetzt. Mit den Resten aber, die aus den Vorjahren unerledigt hinübergenommen werden mußten, stellte sich die Zahl der zu erledigenden Fälle für 1907 auf 12 959 Strafen mit 42 479 M. oder 24 272 Tagen, für 1908 auf 7345 Strafen mit 25 787 M. oder 12 886 Tagen. Erledigt wurden in 1908 (bzw. in 1907) im ganzen 6615 (10 230) Strafen; davon durch Zahlung 4062 (8071) Strafen mit 16 020 (23 047) M., durch Verbüßung 534 (581) Strafen mit 1094 (1334) Tagen, ferner durch Zurücknahme der Verfügung 430 (446) Strafen, durch Einstellung des Verfahrens 818 (435) Strafen, im übrigen wurde durch richterliche Entscheidung in 179 (297) Fällen auf Freisprechung erkannt und in 202 (400) Fällen die Verurteilung ausgesprochen. Werden diese Zahlen verglichen mit der Gesamtzahl der erledigten Fälle, so ergeben sich für 1908 (bzw. 1907) folgende Anteilssummen: Zahlung 75,0 (78,9) Proz., Verbüßung 8,1 (5,7) Proz., Zurücknahme 6,3 (4,4) Proz., Einstellung 4,8 (4,2) Proz., Freisprechung 2,7 (2,9) Proz., Verurteilung 3,1 (3,9) Proz. Beachtenswert ist hier, daß die Anteilssumme gesunken ist bei den durch Zahlung erledigten Fällen, gestiegen aber bei den durch Verbüßung erledigten. Vermutlich haben wir uns das daraus zu erklären, daß infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit die Möglichkeit, eine Schulverfügung durch Zahlung abzumachen, sich verringert hat. Zu denken gibt, daß die Anteilssummen der Fälle, in denen Zurücknahme oder Einstellung nötig wurden, gestiegen sind. Der Versuch, durch richterliche Entscheidung eine Aufhebung der Strafe herbeizuführen, wird nur selten gemacht. Die Anteilssumme dieser Fälle war im letzten Jahr noch geringer als im vorletzten, doch fällt auf, daß sie für die Freisprechungen sich fast auf gleicher Höhe gehalten hat, dagegen für die Verurteilungen beträchtlich heruntergegangen ist. Solche Ziffern zeigen, daß die städtische Schulpolizeiverwaltung doch noch recht oft auch danebengreift. Freilich wird die Vergleichung der Ergebnisse der beiden letzten Jahre dadurch erschwert, daß die Zahl der überhaupt ergangenen Strafverfügungen, wie schon gesagt, ganz plötzlich und sehr bedeutend gesunken ist. Da liegen offenbar besondere Umstände vor, die die Vergleichbarkeit in Frage stellen.

Der Bericht versucht, für den auffälligen Rückgang der Gesamtzahl der Strafverfügungen die Ursachen zu finden. Im vorigen Jahr sind neue Grundsätze für die Bearbeitung der Schulverfügungssachen aufgestellt worden. Der Bericht meint, daß der Einfluß dieses Umstandes nur unbedeutend gewesen sein könne, aber es erscheine nicht ausgeschlossen, daß die schleunigere Bearbeitung der Schulverfügungssachen nachhaltig gewirkt habe. Je schneller die Strafe verfügt und vollstreckt werde, desto mehr verhalte sie neue Veräußerungen. Ferner werde man die Minderung der Strafziffern daraus erklären können, daß andauernde Veräußerungen, die nur in den sozialen Verhältnissen der Familien ihre Ursache hatten, vielfach mit Erfolg auf andere Weise als durch weitere Bestrafung bekämpft worden seien. In zahlreichen Fällen seien Armeninspektion oder Waisenkommissionen gebeten worden, zu helfen; häufig sei das Vormundschaftsgericht ersucht worden, einzuschreiten; auch seien zahlreiche Anträge auf Fürsorgeerziehung gestellt worden, und schließlich sei oft polizeiliche Zuführung zur Schule erfolgreich angeordnet worden. Im ganzen gewinnt man aus diesen Darlegungen den Eindruck, daß früher doch manche Veräußerungssache sehr vorzeitig erledigt worden war.

Aber ebenso voreilig ist das Verfahren, gegen Schulkwänger baldigst die Fürsorgeerziehung zu beantragen. Wie mancher Berliner Junge, der wegen bloßer Schulkwängerei in Fürsorgeerziehung gegeben wurde, mag unter dem Einfluß von „Besserungsversuchen“ nach Pastor Breithaupt's Rezept nur zu rasch sich so weit entwickeln, daß er „unverbesserlich“ erscheint. Die Affäre Mielczyn hat aller Welt gezeigt, daß die Berliner Stadtverwaltung unfähig ist, die ihr durch das Fürsorgeerziehungsgesetz gestellte Aufgabe zweckentsprechend zu lösen, und daß im besonderen dem Berliner Kommunalliberalismus jedes Verständnis dafür fehlt, wie verwerflich die gegen Fürsorgeerzöglinge angewendete Erziehungsmethode Breithaupt's ist. Freilich paßt das Breithaupt'sche Rezept durchaus zu der Prägelpädagogik, die in den Gemeindefachschulen Berlins noch immer gebildet wird, obwohl gerade sie dazu beitragen dürfte, in manchen Kindern die Scheu vor der Schule zu steigern und so die Schulveräußerungen zu vermehren.

Vom Schwinden des Kindersegens. Der Rückgang der Geburtenziffer ist nicht aufzuhalten. Wir haben ihn seit Jahrzehnten, aber in Notstandszeiten tritt er noch schärfer als sonst hervor.

In Berlin war im Jahre 1908 die Abwärtsbewegung ganz besonders deutlich: 1907 hatte noch 52 599 Geburten gebracht, 25,24 pro Tausend der Bevölkerung, 1908 aber brachte nur noch 51 036 Geburten, 24,28 pro Tausend der Bevölkerung. Mit welcher Geburtenziffer wird das laufende Jahr 1909 abschließen? Wenn wir nach dem Ergebnis der ersten Jahreshälfte urteilen dürfen, so ist ein noch weiterer Rückgang zu erwarten. Geboren wurden

Table with 7 columns: Year, Jan, Feb, Mar, Apr, Mai, Juni, Kinder. Rows for 1908 and 1909.

zusammen in der ersten Hälfte von 1908 noch 28 407, aber in der ersten Hälfte von 1909 nur noch 24 446 Kinder. Diese Zahlen bedeuten: pro Tausend der Bevölkerung wurden geboren (auf das ganze Jahr erhöh)

Table with 7 columns: Year, Jan, Feb, Mar, Apr, Mai, Juni, Kinder. Rows for 1908 and 1909.

Da ist kein Monat, der nicht gegenüber dem Vorjahr — das schon ungünstig genug war — noch eine Verringerung der Geburtenziffer aufwiese. Niemals wenn Beschäftigungsmangel und Lebensmittelverteuerung die wertvolle Bevölkerung noch mehr als sonst bedrücken, tritt eine weitere Minderung des Nachwuchses ein, den die besitzende Klasse als Ausbeutungsobjekt und ihr Staat als Kanonenfutter nötig hat.

Zum Zeppelinflug.

Das Generalkommando des Gardekorps gibt aus Anlaß des Besuchs des Grafen Zeppelin am 28. August in Berlin u. a. folgendes bekannt:

Graf Zeppelin beabsichtigt gegen 5 Uhr nachmittags über dem Tempelhofer Feld einzutreffen. Um den Anblick des Luftschiffs in der Bewegung dem Berliner Publikum zu ermöglichen, ist Graf Zeppelin gebeten worden, folgendes Gelände langsam zu überfliegen und über ihm Bewegungen auszuführen:

Ostteil des Grunewalds — Egerzierplatz Charlottenburg — Humboldthain — Friedrichshain — Tempelhofer Feld — Straße Unter den Linden — Tiergarten in seiner ganzen Ausdehnung — Zoologischer Garten.

Die genannten Geländeteile werden in keiner Weise abgesperrt werden. Damit die Schulkinder während der Anflucht des Luftschiffes völlig ungefährdet bleiben, sind dem Magistrat ausreichende, geschlossene militärische Übungsplätze zur Verfügung gestellt, von denen aus der zu erwartende Weg des Luftschiffes ohne Gefährdung verfolgt werden kann. Den Hin- und Rückmarsch der Schulkinder nach und von diesen Plätzen regelt der Magistrat. In den militärischen Gebäuden wird für die vorläufige Pflege etwa unwohl gewordener Kinder gesorgt werden.

An dem der Landung folgenden Tage soll das Publikum, soweit es tunlich ist, zur Besichtigung des Luftschiffes zugelassen werden.

Zum Schluß wird die Bevölkerung zur ruhigen und besonnenen Haltung ermahnt. — Mit der Regelung des Bahnverkehrs auf der Strecke Berlin—Regel beschäftigt sich eine Konferenz im Verwaltungsgedäude der königl. Eisenbahndirektion am Schöneberger Ufer. Es wurde beschlossen, einen Sonderfahrplan für die Zeppellintage auszuarbeiten, der die 43 Züge zwischen Berlin und Regal verkehrenden Züge so erheblich vermehrt, daß ein 5- oder wenigstens ein 10 Minutenverkehr hergestellt wird. Auch soll zur Beschleunigung des Verkehrs ein Teil der Sonderzüge an den Zwischenstationen Gesundbrunnen, Rantow, Schönholz, Reinickendorf und Wittenau nicht halten. — Im Landratsamt von Niederbarnim hat eine Besprechung der Amtsvorsteher der nördlichen Vororte stattgefunden. Die gesamte Genbarmerie des Kreises Niederbarnim soll, soweit möglich, Sonnabend und Sonntag in Regal und Regalort Dienst tun.

Die Mägdel im Sturm.

Nicht weniger als 12 Boote sind infolge des böigen Windes am vergangenen Sonntag auf dem Müggelsee gekentert. Allein der Rettungsbooter auf der Station bei Rahnsdorf holte sieben Personen aus dem Wasser, und auf der Station mußten verletzten Seglern vielfach Verbände angelegt werden. Die geborgenen Boote wurden von Dampf- und Motorfahrzeugen ins Schlepptau genommen. Am Montagvormittag wurden noch drei leere Boote herrenlos treibend auf dem See gefunden. Im Müggelgemarkte kenterten drei Ruderboote mit einemmal, deren sämtliche Insassen bis auf ein Kind gerettet wurden. Als der Vater desselben das Fehlen des Kleinen bemerkte, stürzte er sich nochmals in die Fluten; hierbei muß wohl der Schwimmende einen Herzschlag erlitten haben, denn er ging plötzlich unter. Der Sturm schlug gegen Abend zu einem wahren Orkan um, und infolgedessen mußten auf der Rettungsstation etwa 20 Boote verbleiben.

In eine entsetzliche Lage geriet am Montag der 60 Jahre alte Kaufmann Julius Koch aus der Koloniestraße 124. A. hatte in Hermsdorf gewinkt und wollte abends um 9 Uhr wieder nach Berlin zurückfahren. Als der Zug eingelaufen war, suchte er nach einem leeren Abteil, um dort seinen Koffer unterzubringen. In dem Augenblick, als er den Koffer in das Abteil schob, wurde das Abteilssignal gegeben und der Zug setzte sich in Bewegung. A., der in diesem Augenblick auf dem Trittbrett stand, kam zu Fall und stürzte unglücklicherweise zwischen das Trittbrett und den Bahnsteig. Wäre nicht im nächsten Augenblick der in nächster Nähe stehende Stationsvorsteher hinzugesprungen und hätte A. emporgerissen, so wäre der alte Mann zweifellos von den Rädern des Zuges germalmt worden. Er hatte eine erhebliche Gehirnerschütterung und äußere Verletzungen erlitten, sodaß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Der Turmeinsturz auf der Gadenkalt.

Die Reinerungen der Sachverständigen über die Einsturztatstrophe auf dem Gelände der Gasanstalt in Schöneberg gehen stark auseinander. Während von der einen Seite der starke Wind als Ursache des Einsturzes angesehen wird nimmt man auf der anderen Seite an, daß eine fehlerhafte Konstruktion oder Materialfehler im Innern der Eisenteile die Schuld an dem Einsturz tragen. Auch die ständige Erschütterung, die durch das Vorbeifahren der Eisenbahnzüge erzeugt wird, soll einen Einfluß auf die Festigkeit des Gerüstturmes ausgeübt haben. Seit vorgestern wird in dem neuen Gasometer weitergearbeitet. Die Arbeiter bedienen sich des kleinen, etwa 50 Meter hohen Eisengerüsts, das bei dem Unfall unbeschädigt geblieben ist. Wie berichtet, wird die Staatsanwaltschaft eine Anklage nicht erheben, da mit Sicherheit nicht bestimmt werden kann, ob eine Fahrlässigkeit bei der Turmkonstruktion vorlag. Ob der Unfall Zivilprozesse nach sich ziehen wird, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Der am schwersten verletzte Reisende Tichauer befindet sich den Umständen angemessen, wohl. Eine Lebensgefahr besteht bei ihm nicht mehr.

Strassenunfälle. Unter die Räder einer Kraftdroschke geriet vorgestern am Kurfürstendamm der 41 Jahre alte Arbeiter Schäfer aus der Kapar-Theis-Straße 9 in Grunewald. Er erlitt schwere innere Verletzungen und einen Bruch des rechten Unterschenkels. Der Verunglückte wurde nach dem Schöneberger Krankenhaus gebracht. Der an dem Unfall schuldige Chauffeur wurde polizeilich

festgestellt. — Gegen 3 Uhr nachmittags ereignete sich in der Hubertusstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Geschäftsaufomobil der Firma Siegenberg aus Berlin und einem Luxusautomobil Nr. 3300, die infolge falscher Steuerung des Führers des ersten genannten Autos heftig gegeneinanderstießen. Bei dem Anprall wurden die Insassen des Privatautomobils, zwei Damen, von ihren Sitzen geschleudert und erlitten durch Glassplitter Schnittwunden im Gesicht und an den Händen und anscheinend auch innere Verletzungen.

Die Verkehrstatistik des Eisenbahndirektionsbezirks Berlin, die soeben von dem Rechnungsjahr bis zum 31. März 1909 fertig gestellt worden ist, bringt eine wichtige Neuerung zum ersten Male bei den Berliner Bahnhöfen der Fernverkehr von dem Stadt-, Ring- und Vorortverkehr getrennt, so daß man jeden für sich allein beurteilen kann. Im ganzen Bezirk entfallen nun auf den Fernverkehr 11 247 588 verkaufte Fahrkarten, auf den Stadt-, Ring- und Vorortverkehr 132 556 484 Fahrkarten. Während die Zunahme des gesamten Verkehrs im Vorjahre noch fast 9 Millionen betragen hatte, betrug sie im letzten Rechnungsjahre noch nicht 1 Million. Den größten Fernverkehr von allen Berliner Bahnhöfen hat der Steintiner Bahnhof mit 1 558 102 verkauften Fahrkarten. Der Anhalter Bahnhof, dessen Verkehr man bisher für den größten hielt, steht dem Steintiner allerdings nur wenig nach. Er hatte 1 543 417 abfahrende Reisende. An dritter Stelle kommt der Lehrter Bahnhof mit 957 071 Fahrkarten, dann der Schleifische Bahnhof mit 933 774. Offenbar sehr überschätzt wird in der Regel der Bahnhof Friedrichstraße, den man häufig den Zentralbahnhof nennt. Er kommt erst mit seinem Fernverkehr an fünfter Stelle mit 815 125 Fahrkarten. Dann kommt der Potsdamer mit 609 193, der Alexander-Platz mit 455 204, der Gärtnicher Bahnhof mit 419 434, dann erst der Zoologische Garten mit 329 333 und endlich der Bahnhof Charlottenburg mit 229 433 Fahrkarten. Das amtliche Reisebureau auf dem Potsdamer Bahnhof hat endlich 94 315 Fahrkarten verkauft. Der Nahverkehr weist natürlich wieder die übliche Riesenzahl auf: Friedrichstraße 6 686 201, Alexander-Platz 6 807 914 usw. Der gesamte Stadt- und Ringverkehr einschließlich Fischlamp und Grunewald erreichte 69 681 854 Fahrten, der Ringbahnhaltungen 79 619 238, im Vorortverkehr fanden auf den Stadtbahnhaltungen 11 034 758 Fahrten statt, auf den Ringbahnhaltungen 15 331 320. Der Verkehr zeigt im allgemeinen nur wenig Zunahme gegen das Vorjahr. Auf den Stadtbahnhaltungen kommen auf fast 19 Millionen Reisende 3. Klasse etwa über 9 Millionen 2. Klasse.

Eine billige und schnelle Briefpost nach den Vereinigten Staaten von Amerika geht wieder von Cuxhaven am 26. August morgens ab. Sie benutzt den auf diesem Tage in See gehenden Dampfer „Kaiserin Auguste Viktoria“. Jekspennbriefe für den Dampfer gehen zuletzt in der Nacht vorher von Berlin 11,56, von Magdeburg 12,17, Hannover 3,27, Hamburg 6,35 früh ab. Dem Dampfer werden Nachverladende in Southampton und Cherbourg zugeführt. Diese Posten gehen von Köln am 26. August abends 6,01 nach dem englischen und 10,45 nach dem französischen Hafen. Für die Nachverladenden müssen natürlich auch Briefe nach den Sägen des Weltpostvereins frankiert sein. Der Dampfer ist am 4. September in New York fällig. An demselben Tage sind alle Arten von Verlesendungen dort, die am 27. August von Deutschland und am 28. August mit dem fälligen Dampfer der American-Linie von Southampton oder Cherbourg nach New York befördert werden. Die letzten Bahnposten zu diesem Dampfer gehen von Köln am 27. August abends 6,01 nach Southampton, 10,45 nach Cherbourg. Dann befördert erst wieder ein schneller Dampfer Briefe nach Amerika in der nächsten Woche, der aber gleichzeitig auch Jekspennbriefe mitnimmt.

Mit dem Einbau von Straßenbahnlinien in der Neuen Hofstraße zwischen Wall- und Alte Jakobstraße soll am morgigen Tage begonnen werden. Während der Dauer der Arbeiten wird die Motoromnibuslinie B der Großen Berliner Motor-Omnibus-Gesellschaft von der Alten Jakobstraße anstatt durch die Neue Hofstraße und Wallstraße, durch die Neue Jakobstraße und Inselstraße geführt werden.

Erhängt aufgefunden wurde in der Nähe der Alten Fischerhütte, unweit der Potsdamer Eisenbahn, der Tapezierermeister Georg Friedrich aus der Kleinberenerstr. 24. Der 36jährige Mann, der an hochgradiger Nierenschwäche litt, hatte erst vor einigen Tagen eine Heilanstalt verlassen, ohne den gewünschten Erfolg dort gefunden zu haben. Am Sonnabend verabschiedete er sich von seiner Frau und seinen Kindern im Alter von 3 und 5 Jahren und fuhr nach dem Grunewald, wo er seinem Leben ein Ende bereitere. Vorgestern wurde seine Leiche an einem Baume hängend von Aushüglern aufgefunden und nach dem Friedhof bei Schildhorn gebracht.

Von einer Kutschfahrt überfahren und schwer verletzt wurde am Montag zwischen der Schul- und Rosarethstraße ein 45—50jähriger Mann. Wie uns mitgeteilt wird, fuhr der Führer des Autos weiter, ohne sich um den Ueberfahrenen zu kümmern. Der Verletzte wurde zunächst nach der Unfallstation gebracht.

Ueberfahren wurde gestern nachmittags 5 Uhr vor dem Hause Mariannenstr. 30 ein Stallmann der Allgemeinen Omnibus-Motoren-Gesellschaft. Derselbe wollte die Pferde von der Haltestelle Kottbuser Weide nach dem Depot in der Köpenicker Straße bringen. Wäglings gingen die Tiere durch; der Stallmann fiel dabei vom Pferde und geriet unter einen Transportwagen der Firma Wille Nachf., Dranienstraße 103, welcher ihn über den linken Fuß fuhr. Der Verunglückte wurde mittels Droschke nach der Unfallstation gebracht.

„Ueber die Luftschiffahrt im Dienste der Wissenschaft“ hält Herr Professor Dr. Verson am heutigen Mittwoch abends 8 1/2 Uhr einen Vortrag in der Tropen-Sternwarte. Prof. Verson ist bekanntlich derjenige Luftschiffer, der im Juli 1901 bei einem Aufstieg bis zu einer Höhe von 10 800 Meter gelangte. Der Vortragende wird auch in seinem Vortrage auf seine Reise nach Afrika, die er ebenfalls im Dienste der Wissenschaft unternommen hatte, zu sprechen kommen. — Im Anschluß an den Vortrag ist dann wie gewöhnlich Gelegenheit geboten, eine Beobachtung mit dem großen Fernrohr vorzunehmen, mit welchem zurzeit ein Sternhaufen im Herkules, sowie die Planeten Mars und Saturn gezeigt werden, während am Tage die Sonne beobachtet wird. Außerdem ist den Besuchern Gelegenheit geboten, an kleineren Fernrohren beliebige Himmelsobjekte zu beobachten.

Feuerwehrbericht. In der gestrigen Nacht kam ein größerer Brand in einer Wohnung in der Voltumstr. 15, angeblich aus Unvorsichtigkeit zum Ausbruch. Der 13. Zug mußte kräftig löschen, um die Flammen, die an Möbeln, Betten usw. reiche Nahrung gefunden hatten, zu löschen. Gleichzeitig wurde der 8. Zug nach der Kottbuser Straße 16 alarmiert, und etwas später, um 4 Uhr nachts, der 7. Zug nach der Gubener Straße 44, wo in einem Keller Ferkeln unter großer Qualmentwicklung brannten. Gestern früh um 6 Uhr kam ein gefährlicher Brand in einem Kesselhaube Blumenstraße 74 aus. Der 7. Zug mußte kräftig Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. Nach der Wallner-Theater-Straße 1 wurde die Feuerwehr zweimal gerufen. Erst brannten dort Kleidungsstücke und anderes in einem Konfektionsgeschäft, und zum zweiten Male handelte es sich um blühende Feuerlilien, herbeigerufen durch Wasserdampf und Brandgeruch. Ferner hatte die Feuerwehr in der Hoaststr. 1, Fürbringer Straße 10, Petersburger Straße 10, Tegeler Straße 56 und an anderen Stellen zu tun. Fühobden, Pallenlagen, Betten usw. brannten dort in Küchen usw. Außerdem mußte die Wehr vielfach Hilfe leisten.

# Vorort-Nachrichten.

## Charlottenburg.

Die Stadt der Millionäre in Preußen ist Charlottenburg, denn hier kommen auf 1000 Steuerzahler 22,9 Millionäre. Frankfurt a. M., die als Stadt der reichen Leute bekannte Gemeinde, hat nur einen Millionär von 28,4 Millionären aufzuweisen, während Berlin mit 21,9 pro Tausend erst an fünfter Stelle steht. Schöneberg mit 4,7 pro Tausend und Nizdorf mit 8,4 pro Tausend, die als die nächst größten Berliner Vororte in Frage kommen, rangieren erst an 26. resp. an 28. Stelle. — Und wer die Gegend am Kurfürstendamm, Zoologischen Garten, an der Hardenbergstraße, Berliner Straße und das neu erschlossene Villenbiiel auf Westend näher kennt und weiß, daß in manchen Häusern am Kurfürstendamm zugleich mehrere Millionäre wohnen, wird sich über diesen Vorrang Charlottenburgs nicht wundern.

Welchen Einfluß diese schwerreichen Leute aber in Charlottenburg haben und in welchem Umfange bei der Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung den Wünschen dieser Kreisse auf Grund des „herrlichen“ Dreiklassenwahlrechts Rechnung getragen werden kann, mögen folgende Zahlen zeigen: Für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl sind 48 033 Wähler in die Liste eingetragen. Davon gehören 720 oder 1,52 Proz. in die erste Wählerabteilung, 6050 oder 12,6 Proz. in die zweite Abteilung und der große „Rest“ von 41 263 Wählern, gleich 85,84 Proz., kommt in die dritte Abteilung. Jede der Abteilungen hat die gleiche Zahl von Stadtverordneten, nämlich 8, zu wählen. Daraus ergibt sich, daß auf 87 Wähler der 1. Abteilung ein Stadtverordneter zu wählen entfällt. In der zweiten Abteilung sind schon 766 Wähler dazu erforderlich, und in der 3. Abteilung kommt auf 5156 Wähler ein Stadtverordneter.

Um Wähler der 1. Klasse sein zu können, muß man wenigstens 2875 M. jährlich Steuern zahlen, während in der 2. Abteilung der Steuerjah bis auf 280,20 M. heruntergeht. Dafür aber haben diese geldbegnadigten Mitbürger auch das „Recht“, daß, wenn sie zur 1. Wählerabteilung gehören, ihre Stimme bei der Stadtverordnetenwahl neunmal schwerer wiegen zu sehen, als die Stimmen der Wähler der 2. Abteilung, und neunundfünfzigmal schwerer, als die der dritten Abteilung. Die Wähler der 2. Abteilung sind den „Proleten“ in der 3. Klasse in der Schwere ihrer Stimmen noch immer um das Siebenfache voraus. Dazu kommt noch für die Hälfte der Stadtverordneterzahl die Vorkaufs-, Hausbesitzer sein zu müssen, in Betracht.

Man kann sich denken, daß unter diesen Umständen der Einfluß der arbeitenden Bevölkerung auf die Gestaltung der Gemeindepolitik immer ein beschränkter bleiben muß. Die Besitzenden haben durch ihren großen Geldsack das „Recht“ und die Macht in der Hand. Sie bestimmen — und machen zurzeit in Charlottenburg in „liberaler“ Politik. — Eine „liberale“ Politik, die in letzter Linie darauf hinausgeht, es dem Reichen so angenehm wie möglich in Charlottenburg zu machen. Darauf ist alles bei uns zugeschnitten, und auch die sozial-fürsorglichen Maßnahmen, die hier und dort vorgenommen werden, können diesen Grundzug unserer offiziellen Gemeindepolitik nicht verdecken. Immer mehr reiche Leute herbeigekommen, das ist das Prinzip unserer Stadtverwaltung. Darauf wird der Etat aufgebaut, danach richten sich alle Verwaltungsmassnahmen. Und manchen Leuten in Charlottenburg scheint das Ideal der Zustand zu sein, daß auch in der 3. Wählerabteilung nur Millionäre wählen. Bei den letzten Landtagswahlen passierte das in mehreren Wahlbezirken bereits zum Teil.

Der Kampf gegen die Schwindsucht wird seit einigen Jahren auch durch die städtische Fürsorgestelle für Lungenkranke geführt. Diese Einrichtung besteht darin, daß lungenkranke Personen, deren eigene Mittel zur Bekämpfung der Krankheit aller Voraussicht nach nicht ausreichen würden, von den Ärzten an die Fürsorgestelle verwiesen werden können. Auch steht es jedem Kranken selbst frei, dorthin zu gehen. Diese Fürsorgestelle wird von einem von der Stadt damit beauftragten Arzt geleitet, der die Kranken untersucht und nun in Verbindung mit der Armenverwaltung darauf sieht, daß die Kranken in die entsprechende Behandlung genommen werden können. Eintheilung übernimmt die Stadt die Kosten für das Heilverfahren, sie ist aber bestrebt, für anspruchsberechtigte Personen Aufschüßungen bei der Landesversicherungsanstalt, bei Krankenkassen usw. geltend zu machen.

Je länger diese Einrichtung besteht, je weiter läßt sie den Umfang der Wirkungen dieser schrecklichen Volkspein erkennen, und von Jahr zu Jahr wächst der Umfang der Tätigkeit der Fürsorgestelle. So wurden neue Fälle, gemeldet 1905: 1754, 1906: 1705, 1907: 2345 und 1908: 2443. Von diesen im Jahre 1908 der Fürsorgestelle überwiesenen Personen waren 684 tuberkulös, 435 tuberkulös verdächtig, 609 Strophulös und 815 anderweitig krank, während bei 400 Personen keine Erkrankungen festgestellt wurden. Insgesamt betragen die in der Fürsorgestelle vorgenommenen Untersuchungen 8390, im Jahre 1905 dagegen nur 4102.

Auch auf Familien erstreckt sich die Fürsorge. So wurde dieselbe im Jahre 1908 auf weitere 442 Familien ausgedehnt, womit am 1. Januar 1909 1556 Familien unter Beobachtung der Fürsorgestelle standen. 188 Desinfektionen wurden vorgenommen, und um die größte Not in diesen schwer getroffenen Familien ein bisschen zu lindern, wurden an 112 Familien Zuschüsse für Miete, Feuerung usw. gegeben. Wie groß der Jammer in diesen Kreisen sein muß, erhellt auch daraus, daß an 23 Familien Betten verteilt werden mußten, damit die Kranken wenigstens in einem eigenen Bett ruhen konnten. Auch Wäsche mußte geliefert werden.

Eine Reihe von Kranken, 300 Personen, wurden in Heilstätten untergebracht. Aber auch auf dem Gebiete der Heilpflanzenerziehung ist heute noch völlige Unzulänglichkeit zu bemerken; denn schon 1907 sollten viele Kranke in die Heilstätten kommen, da dieselben aber besucht waren, mußten die Angemeldeten bis 1908 warten. Dann erst, als ein Schuß Kranke aus den Anstalten entlassen wurden, konnten die Neuen nachrücken. Zumeist aber kommt die Heilstättenbehandlung schon zu spät. So konnten von 168 erkrankten Kranken 1908 nur 68 als „geheilt“ entlassen werden, die anderen 100 blieben mehr oder minder krank. Wenn sie in die frühere Umgebung zurückkommen, ist das alte Elend in kurzem von neuem da. — Bei den Kindern, die nach Nordern, Hohenhagen oder in das Kinderheim nach Richterfelde kamen, waren die Heilfolge befriedigenderen Umfangs.

In die Waidholungsanstalten wurden 1003 Personen, 61 Männer, 228 Frauen und 713 Kinder, geschickt. Die Kranken erwachsen litten zumeist an Rheumatis, Herzvergrößerungen, Nervenleiden und Asthma. Die Kinder an Strophulose und Blutarmut.

So kann diese Fürsorge nur einen Teil des endlosen Jammers stillen, dessen gängliches Verstummen erst eintreten wird, wenn man mit besonderem Nachdruck nicht nur die körperlichen Folgen, sondern auch die wirtschaftlichen Ursachen der Tuberkulose energisch bekämpft.

Schwere Brandwunden erlitt am Montagvormittag der 27 Jahre alte Schlosser Friedrich Tschöpe aus der Krimhildstr. 8 zu Schöneberg. Im Reichsmilitärgerichtsgebäude in der Wihlebenstraße waren am Sonnabendabend die zur Warmwasserbereitung erforderlichen Kessel angeheizt worden. Z. bemerkte, als er gestern die Arbeit wieder aufnahm, daß die Feuerung nicht richtig funktionierte und öffnete den Verschluß. In demselben Augenblick schlug eine Stichflamme heraus, die den Schlosser am Hals, im Gesicht und auf dem Kopf schwer verbrannte. Auf der Unfallstation XVIII in der Kaiser-Friedrich-Straße, wohin man den Verunglückten

brachte, erhielt er einen schmerzstillenden Verband und wurde dann mittels Krankenwagen nach dem Krankenhaus Westend übergeführt.

## Steglich.

Ärztliche „Hilfe“ für verunglückte Arbeiter. Am Montagmittag verunglückte auf einem Neubau in der Sedanstraße der Arbeiter Sch. dadurch, daß ihm heiße Masse, wie sie bei Dachdeckerarbeiten verwendet wird, über den rechten Arm und die Hand gegossen wurde. Der Verletzte eilte sofort zu dem in der Albrechtstraße 38 wohnenden Arzt Dr. Schönhoff, von dem er Einbringung seiner Schmerzen erschloß. Er wurde jedoch, wie er und persönlich mitteilte, in seiner Hoffnung arg getäuscht. Der Herr Doktor meinte: „Ach, Sie haben sich mit Teer verbrannt. Ja, da kann ich nichts machen, da müssen Sie nach der Rettungswache gehen.“ Der verblüffte Arbeiter befolgte den Rat und demütigte sich nach der Rettungswache, wo man sich seiner bereitwillig annahm. — Wenn sich die Sache so verhält, wie hier mitgeteilt, woran wir vorläufig zu zweifeln keine Veranlassung haben, dann ist das Verhalten des Arztes, der in der Nähe der Unfallstelle wohnt und den Verletzten nach der 20—25 Minuten entfernten Rettungswache verweist, unverständlich. Vielleicht nimmt der Herr Doktor Veranlassung, zu erklären, aus welchen Gründen er einem Verunglückten seine ärztliche Hilfe versagt.

## Kaulsdorf.

Eine den hiesigen Verhältnissen entsprechend gut besuchte Volksversammlung hörte am Sonnabend einen Vortrag des Genossen Wähler über „Die Ausbeutung des deutschen Volkes durch die neuen Steuern“. Die Versammelten folgten den Ausführungen des Redners mit großem Interesse. Den Nachruf des Referenten an die Versammelten, sich, soweit dies noch nicht geschehen, der Organisation anzuschließen, kamen mehrere Besucher nach, indem sie sich zur Aufnahme in den Wahlverein meldeten. In der dem Vortrage folgenden Diskussion sprachen mehrere Genossen und Genossinnen im Sinne des Referenten. Alle Redner waren sich auch darin einig, daß auf die Volksauspfländerung von 1909 bei den nächsten Reichstagswahlen eine Abrechnung folgen müsse.

## Reinickendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst erstattete der Bürgermeister Bericht über die stattgefundene Klassenrevision. Ferner teilte er mit, daß der Provinzialrat die Erhebung des von der Gemeindevertretung auf 60 M. nominieren Fremdenzuschuldes genehmigt hat. Der Kreisaußschuß hatte die Ermäßigung auf 35 M. pro Jahr verlangt. Für die Errichtung eines Fernsprechnachdienstes ab 1. April 1910 beim hiesigen Fernsprechamt verlangt die Postverwaltung eine Garantiesumme von 250 M., die nach der Seelenzahl auf die drei dem Reinickendorfer Fernsprechamt angeschlossenen Orte Reinickendorf, Rosenthal und Wittenau verteilt werden sollen. Die Versammlung stimmt dem zu. Der Landrat verlangt die vor kurzem beschlossene neue Friedhofsanordnung in einigen Punkten abgeändert und außerdem eine Neupflanzung der Straßenbäume, ob ihre Interessen gewahrt seien. Die Versammlung lehnte bis auf einen Punkt sämtliche Forderungen ab. Vom Verein für gemeinnützige Rechtsauskunftstellen in Verbindung mit dem Landrat wird der Antrag gestellt, in Reinickendorf eine öffentliche Rechtsauskunftsstelle zu errichten. Sämtliche sächlichen Kosten, sowie die Kosten für einen Sekretär soll die Gemeinde tragen, außerdem 500 M. pro Jahr für den vom Verein zu stellenden Juristen. Derselbe soll an 2 Wochenenden vormittags von 9½—11½ Uhr Sprechstunden abhalten. Auch sollen Schriftsätze gegen geringes Entgelt angefertigt werden. Unsere Genossen erklärten ihre prinzipielle Zustimmung zu dem Projekt. Nur müßten die Sprechstunden auf den Abend, vielleicht von 6—9 Uhr, verlegt werden. Herr Denicke und Herr Dr. Rahmemann sind gegen die Errichtung. Letzterer sieht kein Bedürfnis dafür, da fast alle Erwerbsgruppen, einschließlich der Arbeiter, isoliert sind und von dem juristischen Beirat ihrer Verbände die sie interessierenden Auskünfte erhalten können. Er verlangte aber ebenfalls bei etwaiger Errichtung die Sprechstunde auf den Abend verlegt zu werden. Herr Denicke kann es nicht begreifen, daß die Auskünfte völlig unentgeltlich erteilt werden sollen. Eine kleine Gebühr solle wenigstens erhoben werden, damit die Leute nicht wegen jeder Kleinigkeit die Auskunftsstelle aufsuchen. Die Gemeindevertretung stimmte der Errichtung im Prinzip zu und beauftragte den Gemeindevorstand, mit dem Verein wegen Verlegung der Sprechstunden auf den Abend zu verhandeln, eventuell eine Verlage auszuarbeiten, die die Auskunftsbereitstellung durch einen nicht vom Verein zu stellenden Juristen vorsieht. Bei der Aufstellung des Geländes der Wohnhäuser Erben wurden von diesen für den Anschluß an die Entwässerungsanlagen Anliegerbeiträge erhoben, die gegenüber den Selbstkosten der Gemeinde überhöht ergeben bei der Straßentwässerung in Höhe von 2337 M. und bei der Kanalisation in Höhe von 44 214 M. Die Gemeindevertretung beschließt, von der ersteren Summe 4387 M. in den nächsten Etat zu übernehmen und 18 000 M. an einen zu bildenden Reservefonds für Erweiterung des nach dem See führenden Entwässerungsgrabens zu überweisen. Die zweite Summe von 44 214 M. soll dem Kanalisations-Erneuerungsbaufonds zugeführt werden. Herr Herr Müller möchte als „Bauer“ mit ziemlich ausgedehntem in Kürze baureif werdenden Grundbesitz, auch bei dieser Gelegenheit etwas für die Notleidenden dieser Klasse herausheben. Befragt um das Wohl der Gemeinde, bezweifelt er das Recht der Gemeinde, zur Erhebung von Beiträgen, die über die Selbstkosten hinausgehen. Aber unser Genosse Ohl sowie der Bürgermeister beruhigten den gewissenhaften und ängstlichen Anfeindungs. Für das Realgymnasium ist die Neueinstellung zweier neuer Lehrkräfte erforderlich. Die Gemeindevertretung beschließt gemäß dem Vorschlag des Vorstandes, ebenso die Wahl zweier Mitglieder für die Steuervoreinschätzungs- und die Wege- und Straßenkommission.

## Vorfingwalde.

In der Generalversammlung des Bezirkswahlvereins konnte der Bezirksleiter, Genosse Fubel, den Tätigkeitsbericht infolge Erkrankung nicht erstatten. Den Rassenbericht vom letzten Halbjahr gab Genosse Kriest. Der Einnahme von 705,00 M. steht eine Ausgabe von 518,55 M. gegenüber, es verbleibt somit ein Bestand von 186,45 M. Ein Antrag, 50 M. für die Bibliothek zu bewilligen, wurde angenommen, bezugleich wurde beschlossen, 50 M. als Extrabeitrag an den Kreis abzuliefern. Eine rege Diskussion folgte dem Bericht von der Kreisgeneralversammlung; die meisten Redner sprachen sich gegen die Zentralisation der Bibliotheken, sowie die Errichtung eines Bildungsausschusses über Groß-Berlin aus. Die Versammlung war nur schwach besucht, es ist Pflicht der Parteigenossen, bei so wichtiger Tagesordnung, die Versammlungen mehr als bisher zu besuchen.

## Französisch-Buchholz.

Zum Gemeindevorsteher von Französisch-Buchholz wurde in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung der Bureaudirektor Maßne-Pankow gewählt. Die Neuwahl war durch die Amtsniederlegung des Amts- und Gemeindevorstehers Schulze notwendig geworden.

## Neu-Bittan (Kreis Weesow).

Die am letzten Sonnabend bei Trent abgehaltene Generalversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Bericht des Kassierers entgegen. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung erstattete Genosse Schulz. Nach einer kurzen Debatte hierüber wurde das eigentümliche Verhalten des Genossen Wilhelm König, Maurex, scharf kritisiert, derselbe war zu dieser Versammlung besonders eingeladen, aber nicht erschienen. Auf Antrag wurde König aus der Mitgliedsliste gestrichen. Zum Schluß hielt Gen. Schulz einen kurzen Vortrag über: politische Vereinigungen; demselben schloß sich ein rege Diskussion an.

## Notowald.

Ein Einbruch in die Druckerei von Imberg u. Lesson in Notowald wurde am Sonntagmorgen verübt. Die Diebstahlsgegenstände auf dem abgelegenen Grundstück die zur Sicherung

führende Türe und gelangten dadurch in die Druckereiräume. In der Buchbinderei rafften sie einige Arbeitskleider zusammen und schleppten sie auf den Herd; auch der Kantine stahlen sie einen Bechsch, indem sie ein Fenster einschlugen, ohne jedoch von den darin befindlichen Vorräten etwas zu entnehmen. Schließlich entfernten sie sich unter Mithahme eines der Firma gebührenden Fahrades, wobei sie einen Spazierstock zurückließen. Die Art des Einbruchs läßt vermuten, daß die Diebe, von denen bisher noch niemand ermittelt ist, mit den Verlichtheiten vertraut gewesen sind.

## Spandan.

Bei Einsichtnahme in die Wählerliste ist bereits festgestellt, daß eine ganze Anzahl Arbeiter und Parteigenossen in die Wählerliste nicht aufgenommen sind; es ist daher Pflicht eines jeden, sich davon zu überzeugen, ob sein Name auch in die Wählerliste eingetragen ist. Diejenigen, deren Namen in den Listen nicht vermerkt sind, haben sofort mündlich bei dem Magistrat Einspruch gegen die Richtigkeit der Wählerlisten einzulegen. Die Listen liegen während der Dienststunden im Stadtschreiberamt Zimmer Nr. 13—14 des Rathauses nur noch bis zum 30. August in der Zeit von vormittags 9—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr zu jebermanns Einsicht aus. In Betracht kommt die Wohnung, welche der Wähler am 1. Oktober 1908 innegehabt hat.

Für diejenigen, welche keine Zeit und Gelegenheit zur persönlichen Einsichtnahme haben, haben sich nachstehende Personen bereit erklärt, Einsicht in die Liste zu nehmen:

E. Koepnick, Restaurateur, Pichelsdorfer Straße 89. G. Keinert, Restaurateur, Hölzerstraße 8. Fr. Wöhle, Restaurateur, Habelstr. 20. Ferd. Schuster, Restaurateur, Bräuhändlerstr. 11. Alh. Meile, Restaurateur, Wismarstr. 8. Jul. Feuerherdt, Kurstr. 21. A. Weilig, Probierstr. 12. R. Gottwald, Restaurateur, Schönwalder Straße 80. W. Sack, Schuhmachereister, Pichelsdorfer Straße 11. M. Weis, Barbier, Seeburger Straße 33. Fr. Göhe, Restaurateur, Seeburger Straße 88. Krüning, Barbier, Seefeldstraße 116. W. Pieper, Fingerringler, Reber Straße 12. Otto Krendt, Seifengeschäft, Lynarstr. 7. E. Köppen, „Vorwärts“-Expedition, Jagowstr. 9.

# Gerichts-Zeitung.

## Zwei Bauernfänger,

welche die Warteplätze der Bahnhöfe unsicher gemacht hatten, wurden am 4. Juni d. J. durch die Aufmerksamkeit eines Kriminalbeamten auf frischer Tat ertappt. Der Badergeselle Baerzinal war am 4. Juni aus seiner polnischen Heimat das erste Mal nach Berlin gekommen. Auf dem Schlesischen Bahnhof wurde er von zwei Landesknechten in seiner Muttersprache angehalten. Alle drei suchten den Warteplatz vierter Klasse auf, wo bei Bier und Schnaps ein frohliches Wiedersehen gefeiert wurde. Infolge des reichlich genossenen Alkohols überließ den B. bald eine große Müdigkeit und nach kurzer Zeit war er auf der Bank eingeschlafen. Die beiden „Landknechte“ überzeugten sich erst davon, daß ein am Redentisch sitzender angelegener Arbeiterstande angehöriger Mann ebenfalls fest schlief und begannen dann die Taschen des B. auszuraumen. Hierbei wurden sie jedoch durch den scheinbar schlafenden „Arbeiter“ gestört, der ihnen plötzlich eine kleine Weisungsmarke vorhielt, mit welcher er sich als der Kriminalhauptmann Busdorf legitimierte. Die beiden Fledderer ergaben sich in ihr Schicksal und ließen sich willig abführen. Es waren dies die angelegenen Arbeiter Joseph Bayac und Joseph Kucera. Das Schöffengericht verurteilte beide zu je drei Monaten Gefängnis. Während sich Kucera hierbei betrug, legte Bayac Verwahrung ein, die aber von der Strafkammer verworfen wurde.

## Durch Nichtaufnahme einer Verichtigung

sollte sich der Redakteur einer medizinischen Fachschrift strafbar gemacht haben. Der Angeklagte B. hatte in einem Artikel das von der Firma Pierson hergestellte Mittel Lactagol-Jodvalogen als minderwertig bezeichnet und sich auch sonst noch gegen die Firma gewandt. Eine Verichtigung der Firma nahm er nicht an. Er rechtfertigte dies damit, daß die in der Verichtigung angegebenen Tatsachen zum Teil nicht der Wahrheit entsprächen, was er beweisen konnte. Zur Aufnahme einer solchen Verichtigung sei er nicht verpflichtet, weil nach § 11 des Reichspressgesetzes zu den Voraussetzungen, unter denen eine Verichtigung aufgenommen ist, die gehört, daß sie sich auf tatsächliche Angaben beschränkt. Tatsächlich wäre, was wahr sei, also müßten die Angaben der Verichtigung der Wahrheit entsprechen. Durch Gerichtsbescheid wurde jedoch die Aufnahme der Verichtigung in die „Therapeutische Wochenschrift“ angeordnet und das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte außerdem den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 1 Mark, im Gegenfall zum Schöffengericht, welches den letzten Satz des § 19 des Pressgesetzes angewendet hatte, wo gesagt ist: „Ist die unbedeutende Verweigerung (der Aufnahme der Verichtigung) im guten Glauben geschehen, so ist unter Freisprechung von Strafe und Kosten lediglich die nachträgliche Aufnahme anzuordnen.“ Das Landgericht ging davon aus, daß Angeklagter mit der Annahme irrt, daß nach § 11 des Gesetzes nur Verichtigungen aufgenommen werden brauchen, welche der Wahrheit entsprechen. Dieser Irrtum betreffe den gesetzlichen Umfang der Verichtigungspflicht, sei also ein strafrechtlicher Irrtum und könne vor Strafe nicht schützen. Denn der § 19, letzter Satz, des Pressgesetzes habe für Verweigerung eine Abweichung von den allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen über den Irrtum nicht beachtet. Mit dem guten Glauben sei dort nur ein Irrtum gemeint, der sich auf das Vorhandensein einer der tatsächlichen Voraussetzungen des § 11 beziehe. Nur ein solcher solle von Strafe befreien. Darum handele es sich hier nicht.

Der Ferien-Straferrat des Kammergerichts verwarf die gegen das Urteil eingelegte Revision mit folgender Begründung: Nach dem Befehl habe dem Angeklagten nicht das Recht zugestanden, zu prüfen, ob die Verichtigung wahr oder unwahr sei. Er habe die Verichtigung einfach aufzunehmen, sofern sie den formalen Voraussetzungen des § 11 entspreche. Das sei festgestellt. Mit „tatsächlichen Angaben“ im Sinne des § 11 seien nicht wahre Angaben gemeint, sondern lediglich Angaben tatsächlicher Art. Wenn der Angeklagte über den Umfang der rechtlichen Verpflichtung irrt, dann sei das ein Irrtum über den Inhalt gesetzlicher Bestimmungen, der ihn von der Strafe nicht befreit.

# Vermischtes.

## Die Explosionkatastrophe in Genf.

Aus Genf wird hierzu noch gemeldet: Die Vergungsarbeiten an der Unglücksstelle der gestrigen Gasexplosion haben die ganze Nacht fortgedauert. Die Gesamtzahl der Toten beträgt 13; es sind drei Ingenieure, ein Werkmeister und neun Arbeiter deren Leiden die 9 Uhr vormittags alle geborgen waren. Unter den Toten befinden sich auch der Pariser Ingenieur Parvillat, der im Augenblick der Katastrophe die Gasfabrik besuchte. Der Dienst des Gaswerkes ist vollständig eingestellt, so daß die Stadt für einige Zeit ohne Gas sein wird.

Die Rettung der Opfer ging schnell von statten. Die in der Fabrik geborgenen Verwundeten sind sichtlich verstimmt. Die Kleider sind in Fetzen zerissen. Eine ungeheure Menschenmenge umlagerte bis zum späten Abend die Unglücksstätte. Stellenweise kam es zu einem heftigen Gedränge; Automobile und Pkare eilten von allen Seiten herbei, vermochten aber nicht vorzudringen. Alle umliegenden Straßen sind mit Trümmern überfüllt. Hunderte von Wohnungen sind unbewohnbar geworden.

Nach Aussagen eines Arbeiters, der im Moment der Explosion sich in einer Kanalanlage befand, soll die Explosion infolge Entzündung von Gasen durch Funken, die bei Steinarbeiten an der Kanalanlage hervorsprangen, herbeigeführt sein.

**Der Blutschlag in den Kirchen.** Aus der mittelitalienischen Stadt Lucca wird gemeldet: In den Kirchen des Dorfes Vello schlug der Blitz ein. Der Turm durchschlagend im Sturze das Kirchendach, durch dessen Trümmer zwei Frauen getötet und 15 Personen verwundet wurden.

**Eine Schiffskatastrophe.**

Von einem furchtbaren Schiffsunglück gibt ein Telegramm aus Buenos Aires Kunde. Der argentinische Dampfer „Columbia“, der Passagiere nach Montevideo an Bord hatte, stieß mit einem deutschen Dampfer, der den lokalen Passagierverkehr vermittelt, am Eingang des Hafens von Montevideo zusammen und brachte ihn zum Sinken. Es sollen 150 bis 300 Personen, meistens Frauen und Kinder, ertrunken und nur wenig Passagiere gerettet sein. Der Kapitän versuchte Selbstmord zu verüben, wurde aber daran verhindert.

Nach einer späteren Meldung aus Buenos Aires ist bei dem Zusammenstoß nicht der deutsche Dampfer, sondern der argentinische Dampfer „Columbia“ gesunken. Näheres über den deutschen Dampfer ist nicht bekannt.

London, 24. August. Nach einer Logmeldung aus Montevideo ist der deutsche Dampfer, der mit dem gesunkenen argentinischen Dampfer „Columbia“ kollidierte, der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Schlesien“, der ebenfalls bei dem Zusammenstoß Beschädigungen erlitt. Die erste Meldung, daß es sich um einen dem Lokalverkehr von Montevideo dienenden deutschen Dampfer handele, ist somit unzutreffend.

Zum Unglück des französischen Ballons „Bazard Clément“ wird noch gemeldet: Das Luftschiff „Bazard Clément“ ist sehr völlig aus dem Wasser gezogen. Man hofft, daß es in vierzehn Tagen wieder aufsteigen kann. In der Gondel des in die Seine geratenen Luftschiffs „Bazard Clément“ befand sich auch der russische Oberst Koch. Nach 2 1/2 stündiger glücklicher Fahrt waren die Landungsseile bereits ausgeworfen, als ein starker Windstoß das Unglück herbeiführte. Es wird behauptet, daß der russische Oberst Koch an der Katastrophe schuld sei. Ein Privattelegramm aus Paris erklärt: Der Sturz des „Bazard Clément“ in die Seine ist darauf zurückzuführen, daß der russische Oberst Koch von Angst ergriffen wurde, als sich der Ballon der Seine näherte, und die Rettungsleine zog.

**Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Georg Selzer“.** Heute abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Volke, Robenbergsstraße 8. **Les- und Diskussionsklub „Eduard“.** Heute abend 9 1/2 Uhr: Sitzung bei O. Reibhardt, Göttinger Straße 58. Gäste willkommen.

**Eingegangene Druckschriften.**

**Original und Reproduktion.** Zeitschrift für Kunsthandel und Kunstsammlungen. Bd. 2. Heft 2. Herausgeber O. Loosje. O. F. Schacht, Leipzig.

**Käuferpostkarten für das Gordon-Bennett-Wettfliegen 1909.** 6 Karten 1,50 Fr. Vertriebsstelle Paris II, Montparnasse 23.

**Trennung von Staat und Kirche.** Von E. Vogtherr. 10 Bl. Deutscher Freiender-Bund, München 31.

**Berliner Kalender 1910.** Herausgegeben vom Verein für die Geschichte Berlins. Musiktext von O. Bauhsch. 1 R. R. Oldenbourg, Berlin SW. 48.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Blakenstraße 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, **Freitag** 10 bis 12 Uhr wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. **Freitag** 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Dankzettel und eine Post als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Billige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

**M. 6.** Die Herbstreise beginnt am 20. August und dauert 22 Tage. — **P. 101.** Die Latentierungen entfernt werden, sagt Ihnen gewiß ein Arzt. — **M. 9.** Verlangen Sie bei der Landesversicherung durch persönliche Vorstellung die Erhöhung des Krankengeldes, das bis zum vollen Krankengeld gehen kann, zu erzielen. Nebenbei aber wenden Sie sich an die Stiftungszentrale des Krankheits, Poststraße 15. — **G. P. 40.** An der Jellaherzingsstraße des Anhalter Bahnhofes werden Sie auf Anfrage genaue Auskunft bekommen. — **G. 2.** In solcher Allgemeinheit ist die Frage nicht zu beantworten. Legen Sie das frei mal einem Schriftführer vor.

— **G. 2. 1205.** 1. Nicht nur bestiegen, sondern auch befahren mittels der Bahndampfbahn. 2. Gauriharhar (Mont Everest, Himalaya) 8840 Meter. — **M. 2, No. 1.** Ein seltenes Metall, das in der Farbe zwischen Eisen und Zink, sehr geschmeidig und schmelzbar wie Zink. Seine Bezugquellen sind uns nicht bekannt. — **Briefkasten 1.** Der Platz ist schließlich abgemessen. Ob und welche Veränderungen geplant sind, entzieht sich unserer Kenntnis. 2. Ueber Pferde oder Wägen können wir Auskunft nicht erteilen.

— **G. M. 24.** Die Frage wird Ihnen ein Gärtner sicherer beantworten können als wir. — **M. 1.** Am 19. Juni 1882 war das Eisenbahnunglück bei Strehly. — **Martha.** Es wäre zu empfehlen, wenn Sie vorher Ihre Tochter in die Kinderpflanzenschule Stallstraße 54 entsenden wollten. Meldungen bei Fraulein Anna Seifried, Oranienstr. 150, von 1 bis 2 Uhr. Schulgeld monatlich 3 R. — **M. W. 100.** Kein.

— **M. 2. 232.** Sollen Sie nicht gefälligst einmal in unserer Redaktion von 6-8 Uhr abends vorbeisprechen. — **P. G. Becht.** Heilwarte B. 1. Die Sätze richten sich in der Regel nach dem Alter der Kinder. — **Kremlorium N. 2. 1000.** Sie müssen dann auch den Briefkasten verfolgen. In der Nummer 155 vom 11. August ist Ihre Anfrage beantwortet. — **G. 5. 51.** Die Revisionen sollen nicht angemeldet werden. Es wäre aber recht gut, wenn Sie den Vorgang der Berliner Gewerkschaftskommission einmal vortragen wollten. — **M. 2. 62.** 1. In der Igl. Charité, Abteilung für Pflege. 2. Beide Donnhäuser sind in der Behrenstraße. 3. Im Königskloster des Kaiser-Friedrich-Museums. — **G. W. 93.** Kein.

**Ämtlicher Marktbericht der Königlich Preussischen Markt-Verwaltung über den Großhandel in den Zentral-Marktblättern. Markttage: Freitag: Preis: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. Getreide: Zufuhr in Gänze über Bedarf, sonst knapp, Geschäft fest, Preise befriedigend. Fisch: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise nachgehend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft reger, Preise wenig verändert.**

**Witterungsübersicht vom 24. August 1909, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 5 P. M.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 5 P. M.
Stettin	763	S	2	wolken	16	Kaprun	758	SO	6	heiter	17
Damberg	762	SO	2	bedekt	13	Petersburg	760	SO	2	heiter	14
Berlin	764	SO	1	wolken	15	Stettin	758	SO	4	bedekt	16
Frankfurt	764	SO	1	Dunst	12	Aberdeen	752	SW	1	heiter	13
München	760	O	2	heiter	12	Wien	763	O	2	bedekt	14
Wien	765	SW	1	bedekt	12						

**Wetterprognose für Mittwoch, den 25. August 1909.** Ein Tage mäßig warm bei etwas lebhafteren südwestlichen Winden, langsam zunehmende Bewölkung und etwas Regen. **Berliner Wetterbureau.**

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 23. 8.	seit am 22. 8.	Wasserstand	am 23. 8.	seit am 22. 8.
Remsl. Mühl	155	-1	Saale, Großh.	58	-2
Regel, Ansb. Burg	—	—	Oabel, Spandau	36	-2
Reichl, Thora	88	-2	Kathow	32	-3
Ober, Ratibor	84	-6	Spree, Spremburg	68	0
Kroffen	68	-4	Reesow	64	-2
Frankfurt	85	-3	Sefer, Minden	-108	-14
Wartb., Schimm	22	+3	Minden	-32	+3
Wartb., Randberg	-13	+3	Rhein, Magdeburg	440	-1
Rehe, Nordamm	-23	+2	Rhein, Saub	293	+1
Eibe, Leitmeritz	-43	+2	Rhein, Köln	184	0
Fresden	-164	+2	Redar, Weibromm	43	-3
Barby	49	-8	Rain, Weibromm	95	0
Magdeburg	64	-4	Wojel, Trier	18	0

+) + bedeutet Hoch. — Fall. — ) Unterpegel.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Stralauer Viertel, Bezirk Nr. 328 I.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Kämpfer **Gustav Bieck** Stralauer Allee 20a gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 25. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
219/15 Der Vorstand.

**Zentralverband der Töpfer Deutschlands Filiale Berlin.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Sonntag, den 22. August, verstarb plötzlich der Kollege **Gustav Bieck** (Bezirk Osten) im Alter von 32 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Marktes-Kirchhofes in Neu-Hohenschönhausen, Berliner Straße, aus statt.  
193/8 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 8. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 21. August verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Hermann Schubert** (Brunnenstr. 65).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 25. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des südlichen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
220/19 Der Vorstand.

**Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.**  
**Nachruf.**  
Auf einer Wanderung durch Bommern der umgingliche am Dienstag, den 17. August, in der Nähe von Teplitz a. T. beim Baden in der Tollense unser Mitglied **Paul Schäfer** im Alter von 27 Jahren. Er wollte Rettung bringen und ließ dabei sein Leben.  
Wir verlieren in dem Verunglückten einen guten Genossen. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.  
Die Beerdigung hat am Freitag, den 20. d. M. in Berlin bei Teplitz a. T. stattgefunden.  
1/9 Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.**  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kammacher **Immanuel Pröhl** am 21. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 25. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Augustin-Kirchhofes aus nach dem Dankes-Friedhof, Müllerstraße, statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
122/2 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Zweigverein Berlin.**  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Flaschenteiler-Arbeiter **Georg Stein** (Schulze-Brauerei, III) nach langer, schwerer Krankheit verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
43/7 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Zweigverein Berlin.**  
**Nachruf.**  
Am Sonnabend, den 21. d. M., nach kurzem Leiden unsere umgängliche Tochter, Schwester und Schwägerin **Hildegard Kupfer** im 7. Lebensjahre.  
Dies zeigt tiefbetört an **Paul Kupfer u. Familie,** Petersburger Str. 58.  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 25. d. M., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des südlichen Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

**Gänse, Enten,**  
gar lebend und 7 Monate alt, vollkommen ausgewachsen, vollständig geflügelt, 10 St. ca. 8 Pf. Schwere Gänse 30 Mark; 18 Schwere Enten 27 Mark. 250/4  
Stroilan, Dzieditz, Schlesien 45.

**Kathreiners Malzkaffee**  
ist nicht teurer geworden!  
Er wird nach wie vor in allen einschlägigen Geschäften zu den seitherigen Preisen abgegeben. Kathreiners Malzkaffee eignet sich wegen seines angenehmen aromatischen Geschmades, seiner absoluten Belömmlichkeit und seiner Billigkeit am besten als tägliches Familiengetränk. Man beachte die jedem Paket aufgedruckten Kochvorschriften. In ganzen, halben und viertel Paketen; das viertel Paket nur 10 Pfg.  
92/12

**Von der Reise zurück**  
veranstalte ich  
**Mittwoch und Donnerstag**  
**Total-Räumungs-Ausverkauf**  
einen bis auf zum Teil 1/3, 1/4, 1/5 selbst auf 1/6 des Originalwertes herabgesetzten Preisen!  
Zu demselben Zwecke gratis schon bei Einkauf von nur 12 Mk. an: passenden Stoff zu einem **gediegenen Bordürenrock!**  
Es gelangen im besonderen zum Verkauf!  
**Leinen-, Bast-, Seiden-, Rips-, Tuch-Konfektion!** □ **Mäntel! Kostüme! Paletots! Jacketts! Kleider! Capes! Golljacks! Röcke! Kimonos! Blusen!** • **Eigenes Fabrikat!** • **Immense Auswahl!**  
Preise beginnend von 3.—, 4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 8.— usw. bis 400 M.  
**Einsegnungs- und Prüfungskleider!** Täglich Eingang neuer, hochmoderner Modelle für die Herbst- und Wintersaison! **Vorkauf zum Teil für die Hälfte des Wertes!**  
**Besondere Auswahl für Damen von selbst überstarker Figur!**  
**Westmanns Spezial-Konfektionshaus**  
Hauptgeschäfts: Berlin W., Mohrenstraße 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemstraße,  
und Berlin NO., Große Frankfurter Straße 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von d. Andreastraße.)

**Außerordentliche General-Versammlung**  
der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der **Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter** und verwandten Gewerbe zu Berlin  
am Montag, den 6. September d. J., abends 8 1/2 Uhr,  
in **Schulz' Frachthallen,**  
Am Köpenickergraben 15a.  
Tagesordnung:  
1. Statutenänderung.  
2. Verschiedenes.  
Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Einsicht in die Kassenbücher notwendig ist, müssen mündlich oder schriftlich behufs Beantwortung derselben in der General-Versammlung bis zum 5. September d. J. dem Vorstande mitgeteilt werden.  
11604  
Da die Versammlung frühestens 8 1/2 Uhr eröffnet wird, so ist pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter unbedingt erforderlich.  
Das Mandat legitimiert.  
Berlin, den 24. August 1909.  
Der Vorstand  
Fr. Schmidt, W. Heidenhals.

Billigste Bezugsquelle  
gedieg. Trauergarderobe  
**Westmanns**  
Trauer-Magazin  
Berlin W., Mohrenstr. 37a  
NO., Gr. Frankl. Str. 115.  
Genauere Besichtigung meiner Firma u. Hausnummer geboten! \*

**Sofastoffe**  
Wesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle-Reste! Moquettes, Plüsch, Reste! Satteltaschen.  
**Zimmer und Treppen Läuferstoffe**  
Kocos Haargarn, Velour etc.  
**Muster bei näherer Angabe franko.**  
**Teppich-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
Mein neuer Pracht-Katalog mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

